Abdullah Öcalan

Gefängnisschriften

# DIE ROADMAP FÜR VERHANDLUNGEN

Mit einem Vorwort von Immanuel Wallerstein

International Initiative Edition

PAHL RUGENSTEIN

ABDULLAH ÖCALAN

# DIE ROADMAP FÜR VERHANDLUNGEN

PAHL-RUGENSTEIN

Die Roadmap für Verhandlungen
Abdullah Öcalan
Originaltitel: Türkiye›'de Demokratikleşme Sorunları, Kürdistan'da Çözüm Modelleri (Yol Haritası) [Probleme der Demokratisierung in der Türkei, Lösungsmodelle in Kurdistan (Roadmap)]

Herausgegeben von
International Initiative Edition
Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 100511
50445 Köln
www.freedom-for-ocalan.com, freeocalan.org

aus dem Türkischen übersetzt von Reimar Heider

mit einem Vorwort von Immanuel Wallerstein, aus dem Englischen übersetzt von Birgit Heumann
Satz und Einband: Holger Deilke

Titelmotiv: Şewqa evinê welat II von Rodi Khalil
50x70 cm, Mischtechnik, Naturfarben mit Pigment

ISBN: 978-3-89144-460-3

Erste Auflage 2013

**Der Weg zur Roadmap** **5**

Anmerkungen der Herausgeberin zur 1. englischen Auflage 5
Anmerkungen der Herausgeberin zur deutschen Ausgabe 10

**Vorwort** von Immanuel Wallerstein **11**

**Vorbemerkung** **15**

**I. Einführung** **16**

**II. Begrifflicher, theoretischer und prinzipieller Rahmen** **21**

**A – Begrifflicher Rahmen** **21**

**B – Theoretischer Rahmen** **24**

**C – Prinzipieller Rahmen** **32**

1 Prinzip der demokratischen Nation 32
2 Prinzip der gemeinsamen, demokratischen Heimat 33
3 Prinzip der demokratischen Republik 33
4 Prinzip der demokratischen Verfassung 34
5 Prinzip der demokratischen Lösung 34
6 Prinzip der Untrennbarkeit von individuellen und kollektiven Rechten und Freiheiten 36
7 Prinzip der ideologischen Freiheit und Unabhängigkeit 36
8 Prinzip der Historizität und Aktualität 38
9 Prinzip von Moralität und Gewissen 39
10 Prinzip der Wehrhaftigkeit von Demokratien 40

**III. Das Problem der Demokratie in der Türkei und die Lösung der demokratischen Verfassung** **43**

**A Entstehung, Entwicklung und Folgen des Problems der Demokratie in der Türkei** **43**

**B Ausweg aus der Krise und die Lösung der demokratischen Verfassung** **70**

**A Die historische Dialektik der türkisch-kurdischen Beziehungen** **77**

**B Stagnation des republikanischen Projekts der demokratischen Moderne und Entstehung der PKK** **83**

**C Mögliche Lösungen der kurdischen Frage** **98**

1. Die Lösung der Hegemonie der kapitalistischen Moderne: nationale Vernichtung 99
2. Die nationalstaatliche Lösung des kurdischen Föderalismus 104
3. Die Lösung der demokratischen Nation 107
4. Konkretisierung und Name der demokratischen Lösung: KCK 112
5. Mögliche Dimensionen der Umsetzung der KCK-Lösung 115

**V. Aktionsplan** **120**

1 – Der traditionelle Plan von Verleugnung und Vernichtung 122
2 – Der föderalistisch-nationalistische Lösungsplan 122
3 – Der Demokratische Lösungsplan 124

**VI. Schluss** **127**

**Glossar** **132**

**Stichwortverzeichnis** **137**

**Weitere Veröffentlichungen Abdullah Öcalans** **146**

# Der Weg zur Roadmap

## Anmerkungen der Herausgeberin zur 1. englischen Auflage

Die Roadmap ist ein außergewöhnliches Dokument. Sie bildete das Herzstück des geheimen Dialogprozesses zwischen Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat, der 2009 begann und Mitte 2011 abgebrochen wurde. Es war nicht das erste Mal, dass der Staat an Öcalan herantrat um Gespräche zu führen – seit Mitte der 1990er Jahre, vor und nach seiner Verschleppung hatte es mehrere derartige Anstrengungen gegeben. Doch diese jüngsten Gespräche waren die mit Abstand bedeutsamsten.

Anfang 2009 suchte eine staatliche Delegation Öcalan, den zweifellos einflussreichsten kurdischen Politiker in der Türkei, auf und bat ihn, seine Ansichten ausführlich darzustellen. Angeführt wurde diese Delegation von Hakan Fidan, dem heutigen Direktor des nationalen Nachrichtendienstes MİT. Öcalan ließ öffentlich erklären, dass er eine solche Roadmap verfassen werde und rief gleichzeitig Intellektuelle, Journalisten, Genossen und und Freunde des kurdischen Volkes auf der ganzen Welt auf, ihre Meinungen bezüglich einer Roadmap für die Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage kundzutun.

Damit versuchte er gleichzeitig, die Isolation ein wenig zu durchbrechen, in der er seit seiner Verschleppung am 15. Februar 1999 gehalten wird. Er besitzt keine Möglichkeit, mit Personen außerhalb des Gefängnisses zu kommunizieren und Meinungen auszutauschen. Er kann Briefe weder schreiben noch empfangen; er kann nicht telefonieren und Besuch nur von seinen Geschwistern und Anwälten empfangen. Fast elf Jahre lang war er der einzige Gefangene auf İmralı Island, 23 Stunden am Tag eingesperrt in seiner Zelle, bewacht von 1000 Soldaten, inmitten eines neu geschaffenen militärischen Sperrgebiets. Diese Haftbedingungen haben dem Gefängnis auf İmralı Island zurecht den Beinamen »europäisches Guantánanmo« eingebracht.

Damals erschien eine Wende möglich, denn die türkische Regierung erweckte den Eindruck, das drängendste Problem der Türkei – die kurdische Frage – ernsthaft lösen zu wollen. Meinungen von Experten wurden eingeholt, Gutachten von Akademikern angefordert. Ministerpräsident Erdoğan erklärte die Angelegenheit zu »seinem persönlichen Problem«. Präsident Abdullah Gül versprach, es werden »gute Dinge geschehen«. Die Regierung rief eine »kurdische Öffnung« aus. Die PKK hielt einen einseitigen Waffenstillstand ein. Es bestand die Hoffnung, dass die Fehler der Vergangenheit endlich korrigiert werden könnten.

Öcalans Aufruf wurde in der Presse breit diskutiert. Dadurch erlange die Roadmap bereits viel Aufmerksamkeit, bevor sie überhaupt geschrieben wurde. Gleichzeitig wurde dadurch offenbar, dass die Regierung keinen eigenen umfassenden Plan vorlegte. Ein bekannter türkischer Journalist, der für seine Nähe zum Militär bekannt ist, schrieb seinerzeit: »Wir kennen die Grundzüge von Öcalans Plan – doch wo ist Erdoğans Plan?«

Öcalan stellte diesen Text am 15. August 2009 fertig – auf den Tag genau 25 Jahre nach dem Beginn des bewaffneten Kampfes – und adressierte ihn an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg als Teil eines Beschwerdeverfahrens über seine Isolationshaftbedingungen, das seit 2003 anhängig ist. Die türkische Regierung verhinderte jedoch in einem beispiellosen Vorgehen 18 Monate lang die Weiterleitung des Dokuments an das Gericht. Dies sollte sich als böses Omen erweisen.

Nur kurze Zeit später, im Oktober 2009, überquerte auf Öcalans Aufruf hin und in Absprache mit den staatlichen Autoritäten eine »Friedensdelegation« aus 26 unbewaffneten Mitgliedern der Guerilla und politischen Flüchtlingen die Grenze zwischen Irak und Türkei am Übergang Habur. Nach einer kurzen Ingewahrsamnahme wurden sie freigelassen. Zehntausende jubelnde Kurden bereiteten ihnen einen begeisterten Empfang in der Hoffnung, dass nun endlich der Frieden nah sei. Doch die Regierung hatte die Öffentlichkeit nicht auf die Ankunft der Friedensdelegation vorbereitet, sondern von einer »Kapitulation« gesprochen. Türkische Nationalisten empörten sich über die Freudenkundgebungen. Erdoğan hätte in einem mutigen Schritt erklären können, dass die Freude angesichts des bevorstehenden Endes des

Blutvergießens nur natürlich sei. Dadurch hätte er den Dingen eine neue Wendung geben können. Er tat es nicht, und von diesem Zeitpunkt an fiel die die »kurdische Öffnung« in sich zusammen.

Unmittelbar nach dem Erfolg pro-kurdischer Kandidatinnen und Kandidaten bei den Kommunalwahlen im April 2009 begann die Regierung mit Massenverhaftungen kurdischer Politiker und Aktivisten. Die Verhaftungen dauern bis heute an. Mehr als 6500 Menschen, überwiegend Kurdinnen und Kurden, wurden in den sogenannten »KCK-Operationen« verhaftet; die meisten von ihnen befinden sich immer noch in Untersuchungshaft und warten auf ihren Prozess. Diese Operationen zerstörten das Vertrauen in die »kurdische Öffnung«, die bald darauf ohnehin anders genannt wurde.

Als die Roadmap schließlich im Januar 2011 beim Gerichtshof eintraf, gab es immer noch ein Fünkchen Hoffnung, dass es eine Einigung geben könnte. Die staatliche Delegation versicherte Öcalan, dass Ministerpräsident Erdoğan »mit 95 Prozent der Roadmap« übereinstimme. Eine 45-minütige Aufnahme von parallel stattfindenden Gesprächen mit hochrangigen PKK-Mitgliedern, die später im Internet auftauchte, bestätigt dies.

Öcalan drängte derweil auf konkrete Schritte. Wieder auf Vorschlag der Regierung skizzierte er drei kurze »Protokolle« über die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, die Schaffung eines Komitees zur Erarbeitung einer demokratischen Verfassung und nicht zuletzt konkrete Abläufe für den Rückzug der PKK und ihre anschließende Entwaffnung. Die staatliche Delegation legte diese Protokolle den führenden PKK-Gremien vor, die sie ebenfalls unterschrieben. Die Delegation versprach bis kurz vor den Parlamentswahlen im Juni 2011, dass die Regierung positiv antworten werde. Jedoch traf keinerlei schriftliche oder mündliche Antwort auf İmralı ein. Die Delegation erschien kein weiteres Mal. Im Juli 2011 erklärte Öcalan, dass ihm unter diesen Umständen keine Wahl bliebe, als sich von den Gesprächen zurückzuziehen.

Die Parlamentswahlen brachten eine dritte Regierungszeit für die von Erdoğan geführte AKP-Regierung – woraufhin die Antwort endlich eintraf: in Form von massiven Militäroperationen innerhalb und außerhalb der Türkei. Dabei wurden wahrscheinlich auch chemische Waffen

eingesetzt. Bei Luftangriffen kamen mehr als 40 Zivilisten ums Leben, 36 davon alleine bei einem Massaker in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Uludere/Şırnak. Neue Wellen von Massenverhaftungen trafen die politische Opposition, besonders Mitglieder und Unterstützer der pro-kurdischen Partei BDP. Mittlerweile haben sich die Verhaftungen auf Journalisten, Schriftsteller und Akademiker ausgeweitet, was zu lauter werdenden Aufschreien von Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Presse führte.

Die vielsagendste Antwort ist vielleicht, was Öcalan selbst und seinen Anwältinnen und Anwälten widerfuhr. Seit dem 27. Juli 2011 war es niemandem von ihnen möglich, ihn zu besuchen. Das Gefängnis auf der Insel İmralı, das »Europäische Guantánamo«, befindet sich wieder in vollständiger Isolation. Darüber hinaus wurden am 22. November 2011 in einem für die Geschichte der Türkei beispiellosen Vorgang 36 von Öcalans Anwälten verhaftet. Sie befinden sich weiter im Gefängnis, ihr Prozess wird voraussichtlich im Juli 2012 beginnen. Öcalan wurde das Recht auf Verteidigung vollständig genommen. Während wir diese Zeilen schreiben, ist Öcalan bereits mehr als neun Monate völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Genau genommen weiß niemand, ob er überhaupt noch am Leben ist.

Die AKP-Regierung hat ihre Kurdenpolitik so vollständig revidiert, dass man nicht um die Frage herumkommt, wie ernst die »kurdische Öffnung« von vornherein gemeint war. Die wütenden Angriffe von Regierung, Polizei und Justiz auf die Kurden seit Sommer 2011, die aggressiven Militäroperationen, der wahrscheinliche Einsatz chemischer Waffen, die Bombardierung von Zivilisten und Öcalans erneute Totalisolation lassen den Kurden wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung. In vielerlei Hinsicht ist die Situation heute schlimmer als in den 1990er Jahren.

Der Unterschied zwischen der AKP und früheren Regierungen ist, dass letztere, während sie Kurden umbrachten, nicht behaupteten, sie wollten die kurdische Frage lösen. Die AKP-Regierung jedoch redet täglich, auch auf diplomatischer Ebene, noch immer von der Notwendigkeit, die Frage zu lösen – und eskaliert dabei den Einsatz von Gewalt gegen das kurdische Volk bis hin zu Massakern. Die Geschichte hat jedoch immer wieder gezeigt, dass dies nicht zu einem Sieg führen kann.

Darüber hinaus birgt diese Herangehensweise das Risiko, dass Islamo-Nationalismus zum integralen Bestandteil der türkischen Gesellschaft wird. Konfrontiert mit derartigen Entwicklungen, wird es den Kurden schwer fallen, ihren Glauben an und ihre Hoffnung auf ein gemeinsames Leben in der Türkei aufrecht zu erhalten.

Inmitten dieser Wirrung verkörpert Öcalan die Stimme der Vernunft, wie Sie beim Lesen dieses Buches feststellen werden. Bevor jeglicher Kontakt zur Außenwelt im Juli 2011 unterbrochen wurde, betonte er, dass für ihn diese Roadmap weiterhin Gültigkeit besitzt. Stimmen aus der demokratischen Opposition und sogar regierungsnahe Kreise stimmen uns zuversichtlich, dass die Roadmap auf beiden Seiten einflussreich bleibt. Niemand sonst hat bis heute einen anderen nichtmilitärischen Lösungsvorschlag unterbreitet.

Noch sind Entwicklungen in beide Richtungen möglich. Wir hoffen, dass sich beide Seiten für eine friedliche Lösung des kurdischen Konflikts am Verhandlungstisch treffen. Dafür haben wir uns seit 1999 eingesetzt. Wir rufen alle auf, dasselbe zu tun: auf eine friedliche Verhandlungslösung hinzuarbeiten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass bei zukünftigen Verhandlungen die Roadmap wieder auf dem Tisch liegen wird.

Wir freuen uns, die englische Übersetzung der Roadmap veröffentlichen zu können und glauben, dass sie hält, was der Originaltitel verspricht: »Probleme der Demokratisierung in der Türkei und Lösungsmodelle in Kurdistan«.

Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Köln, im Januar 2012

## Anmerkungen der Herausgeberin zur deutschen Ausgabe

Kurz vor Drucklegung der deutschen Ausgabe der Roadmap häufen sich Zeitungsberichte über eine neue Gesprächsrunde des türkischen Staates mit Abdullah Öcalan auf Imralı. Offenbar fanden nach dem 68-tägigen Hungerstreik kurdischer politischer Gefangener, der durch eine Intervention Öcalans beendet wurde, ab November 2012 von Ministerpräsident Erdoğan auf Imrali wieder Gespräche statt. Noch ist nicht abzusehen, inwieweit diese Bemühungen zu einem ernsthaften Friedensprozess führen werden. Die Berichte lassen jedoch den Schluss zu, dass die Roadmap und insbesondere Teil V. «Aktionsplan» dabei im Mittelpunkt stehen.

Trotzdem sind weiterhin die meisten Anwältinnen und Anwälte Öcalans in Haft, seit dem 27. Juli 2011 konnte kein einziger anwaltlicher Besuch auf der Insel Imrali stattfinden. Es bleibt auch 2013 dabei: Ob die Regierung ernsthaft an einem Friedensprozess interessiert ist, wird sich am deutlichsten an der Haftsituation Öcalans ablesen lassen.

Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Köln, im Januar 2013

# Vorwort

**von Immanuel Wallerstein**

Die Roadmap schlägt »eine Lösung für die kurdische Frage« in der Türkei vor. Doch schneidet das Buch Themen an, die viel grundsätzlicherer Natur sind und viel weiter reichen als die spezifischen geohistorischen Fragen, die es behandelt. Nach meinem Eindruck gibt es die folgenden vier unterschiedlichen, wenn auch sehr stark miteinander verwobenen Widersprüche in der Funktionsweise des modernen Weltsystems, das eine kapitalistische Weltwirtschaft ist:

1 die Suche der Staaten nach Souveränität
2 das Bestreben aller Staaten, Nationen zu werden
3 die Forderungen, dass Staaten demokratisch sein sollen
4 die Methoden, durch die der Kapitalismus sein Gleichgewicht aufrecht erhält

Um sie angemessen zu behandeln, müsste jedem dieser Widersprüche ein Buch gewidmet werden. An dieser Stelle kann ich die Themen nur kurz anreißen.

(1) **Souveränität:** Die formale Struktur des interstaatlichen Systems, das als Teil des modernen Weltsystems geschaffen worden ist, besteht darin, dass alle Staaten souverän sind. In der Theorie bedeutet Souveränität, dass die Staaten autonom Entscheidungen treffen, ohne Einmischung anderer Staaten oder institutioneller Strukturen innerhalb der Grenzen des Staates.

Sobald man diese theoretischen Merkmale geltend macht, ist es natürlich offensichtlich, dass kein einziger Staat diese Souveränitätskriterien erfüllt. Es stellt sich heraus, dass der Anspruch eines Staates, souverän sein zu wollen, im Kern ein Anspruch, ein Ziel ist, dem manche Staaten mehr, andere weniger gerecht werden, das jedoch keiner vollständig erreicht.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass dieser Anspruch sich in zwei Richtungen erstreckt – nach außen, jenseits der Staatsgrenzen, und nach innen, bezogen auf Gruppen innerhalb des Staates. Je weniger ein Staat in der Lage ist, sich nach außen zu verteidigen, desto mehr legt er seinen Schwerpunkt darauf, sich gegen die innere Erosion seiner Souveränitätsansprüche zu verteidigen. Die Republik Türkei fällt unter die letztere Kategorie, wobei dies natürlich nicht nur für die Republik Türkei gilt. Die große Mehrheit der Staaten im modernen Weltsystem befindet sich in dieser Situation.

(2) **Der Nationalstaat:** Der grundsätzliche Mechanismus, mit dem Staaten versuchen, ihre Souveränität gegen Gruppen oder Institutionen innerhalb ihrer Grenzen zu verteidigen, ist der sogenannte Jakobinismus. Man kann den Jakobinismus sehr einfach definieren. Es geht um zwei Aspekte. Erstens ist dies die Forderung, dass alle »Bürger« eines Staates ihre Zugehörigkeit zu einer einzigen »Nation« anerkennen – wie auch immer sich diese Nation definiert. Zweitens geht es um die Forderung, dass die Loyalität gegenüber dieser Nation Priorität haben soll vor allen anderen Bezugspunkten des Bürgers – seien es Loyalitäten gegenüber seiner Klasse, dem Geschlecht, einer religiösen Gemeinschaft, einer »Ethnizität« oder gegenüber Verwandtschaftsgruppen, kurz: Priorität der »Nation« vor jeder anderen Gruppe als der »Nation«, wie sie vom Staat definiert wird.

Während der Druck, diese nationale Loyalität zu erzeugen (wobei diese dann das Etikett des Patriotismus bekommen kann), den Staat hinsichtlich seines Souveränitätsanspruchs nach außen zu stärken scheint, sorgt er offensichtlich für erhebliche innere Spannungen. Alle Arten von möglichen Gruppen widersetzen sich der Unterwerfung unter die Forderung nach nationaler Loyalität. Und manchmal, sogar ziemlich oft, führt dieser Widerstand zur Anwendung von Gewalt. In den letzten Jahrzehnten hat der Jakobinismus seinen Glanz verloren, und in vielen Ländern gibt es die Forderung, der Staat solle sich als »plurinational« definieren – was viele verschiedene institutionelle Formen annehmen kann.

Die Schwierigkeit besteht darin, die institutionellen Formen und »Grenzen« des Plurinationalismus zu definieren. Allein durch die

Behauptung, dass ein Staat plurinational sei, wird das Problem nicht gelöst.

(3) **Demokratie:** Eines der großen Vermächtnisse der Französischen Revolution war die weltweite Legitimierung des Konzepts, dass »Souveränität« weder einem Herrscher, noch einer Legislative gehört, sondern dem »Volk«. Das Problem ist, dass dieses Konzept, wenn es auch rhetorisch legitim ist, die Machthaber, Prestigeträger und Privilegierten abschreckt. Sie versuchen, diesen Anspruch auf jede nur erdenkbare Weise zu negieren.

Was das ausgehende 20. Jahrhundert angeht, so blieb kaum ein Staat übrig, der nicht behauptet hätte, »demokratisch« zu sein. Normalerweise wurde dieser Anspruch darauf gestützt, dass es nationale Wahlen und ein Mehrparteiensystem gab. Es ist nicht schwierig aufzuzeigen, dass es wohl kaum der Idee der Volkssouveränität genügt, alle paar Jahre solche Wahlen abzuhalten und die repräsentative Macht auf Parteien – sogar abwechselnd auf mehrere – zu übertragen, deren tatsächliche Programme sich nur begrenzt unterscheiden. Ich persönlich glaube nicht daran, dass es heute irgendeinen Staat gibt, der meiner Definition von Demokratie entspricht, obwohl einige sicherlich schlimmer sind als andere.

Der Kampf um die Demokratisierung ist im Verlauf der letzten fünfzig Jahre sehr viel aktiver und intensiver geworden, indem immer mehr Gruppen auf ihrer tatsächlichen Teilhabe an der Entscheidungsfindung bestehen. Das ist sehr positiv, jedoch ist es eine Aufgabe, mit deren Lösung gerade erst begonnen wurde, und sie ist weit davon entfernt, auch nur zur Hälfte bewältigt zu sein.

(4) **Kapitalismus:** Unser modernes Weltsystem ist ein kapitalistisches System; es basiert auf dem Streben nach der endlosen Akkumulation von Kapital. An diesem Maßstab gemessen war es in den letzten fünfhundert Jahren ein recht erfolgreiches System. Das Kapital hat sich stetig vermehrt, und es kam zu einer fortgesetzten Konzentration und Zentralisierung in den Händen der Kapitalbesitzer.

Wie alle in irgendeiner Weise variablen Systeme fluktuieren seine Prozesse mit einer gewissen Regelmäßigkeit – in den zyklischen Rhythmen eines Systems. Das System überlebt, weil es eingebaute Mechanismen gibt, die diese Fluktuationen zurück in ein Gleichgewicht zwingen, ein

sich bewegendes Gleichgewicht. Langsam, aber unerbittlich nähern sich diese Prozesse Asymptoten an. Langfristig gibt es den Trend, dass Punkte erreicht werden, an denen die Fluktuationen sich zu weit vom Gleichgewicht entfernen; und das System kann die relativ stabile Umwelt, in der es normalerweise operiert hat, nicht länger aufrecht erhalten.

Wenn das geschieht, gerät das System in eine tödliche Krise. Es spaltet sich und wird »chaotisch«. In den dann folgenden politischen Kämpfen geht es nicht länger um das Überleben des Systems, sondern darum, welcher der sich auftuenden alternativen Ausläufer der Gabelung gewinnt und zur Basis eines Ersatzsystems wird. Gegenwärtig befinden wir uns in dieser Periode eines systemischen Übergangs. Uns stehen weitere zwanzig bis vierzig Jahre des Kampfes bevor, bis die kollektive »Entscheidung« getroffen worden sein wird. Es ist intrinsisch unmöglich, das Ergebnis vorherzusagen, aber es ist sehr wohl möglich, es durch unsere individuellen und gemeinschaftlichen kollektiven Aktivitäten zu beeinflussen. Ein mögliches Ergebnis ist ein neues System, das in einem nicht-kapitalistischen System die schlimmsten Merkmale des kapitalistischen Systems nachahmt, – ein System, das hierarchisch, ausbeuterisch und polarisierend ist – in einem nicht-kapitalistischen System, das vielleicht noch schlimmer ist als das kapitalistische. Das andere mögliche Ergebnis ist ein relativ demokratisches und relativ egalitäres System, wie es die Welt noch nie gesehen hat – das jedoch durchaus möglich ist.

**Schlussfolgerung:** Wir können den Nutzen politischer Aktionen innerhalb der Türkei, innerhalb der kurdischen Gemeinschaft nicht bewerten, wenn wir unsere Analyse nicht im Kontext dieser vier Widersprüche sehen: des fortgesetzten Strebens des türkischen Staates nach Festigung seiner Souveränität; des Drängens vieler Menschen in der Türkei darauf, dass die Implementierung und Anwendung der jakobinischen Option bestätigt wird; des Strebens vieler Menschen danach, ein höheres Maß an Demokratisierung zu erreichen; und der Weise, auf die all diese Arten politischen Handelns den weltweiten Kampf darüber beeinflussen werden, welche Art von System das nun dem Untergang geweihte kapitalistische Weltsystem ersetzen wird.

Übersetzung: Birgit Heumann

# Vorbemerkung

In den vergangenen Jahren konnte der politische Beobachter erleben, wie sich die Diskussionen über die Demokratisierung der Türkei verdichteten. Die kurdische Frage als ein zentrales Element dieser Diskussionen hat dabei derart an Bedeutung gewonnen, dass selbst der türkische Staatspräsident Abdullah Gül mit der Aussage an die Öffentlichkeit trat: »Sie wird auf jeden Fall gelöst werden.« Diese Entwicklungen und die Verantwortung, die ich trage, machen es erforderlich, diesen Text vorzulegen. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich ferner aus dem Umstand, dass alle für die Staatssicherheit zuständigen Institutionen offen die Dringlichkeit einer Lösung des Problems erklärt haben und gleichzeitig Einschätzungen über und Aufrufe an meine Person veröffentlicht werden.

Einfluss hatten in diesem Zusammenhang auch die mündlichen und schriftlichen Bitten von Staatspräsident Turgut Özal zu Anfang der 1990er Jahre und von Ministerpräsident Necmettin Erbakan im Jahre 1997, die Memoranden, die mich zur selben Zeit aus der Abteilung für gesellschaftliche Beziehungen der Armee erreichten, ferner die Gespräche während meiner zehntägigen Untersuchungshaft 1999 und danach mit einigen Verantwortlichen. Schließlich sind es auch meine Briefe und Überlegungen, die ich an verschiedene Stellen gesandt habe, sowie die Tatsache, dass die Tendenz der Republik Türkei etwas klarere Konturen gewonnen hat.

# I. Einführung

Probleme der Demokratisierung existierten stets in der Geschichte; es handelt sich demnach keineswegs um ein Phänomen, das erst mit der europäischen Moderne auftritt. Demokratische Tendenzen sind stets ein natürlicher Bestandteil von Gesellschaften. Demokratie hat wesentlich mit Eigeninitiative, Orientierung und Selbststeuerung zu tun, die wir bei jedem Wesen beobachten können. Daher gehe ich davon aus, dass es sich um eine universelle Erscheinung handelt.

Bereits bei den frühesten Staatsbildungsprozessen, bei den Sumerern, scheinen Räte, die aus Sprechern der bäuerlichen Gesellschaft und der Stadtbevölkerung gebildet worden waren, eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Es ist daher nicht zu leugnen, dass die ersten bekannten demokratischen Institutionen nicht in Athen entstanden, sondern in den sumerischen Städten. Mit der Zeit verloren diese Institutionen an Bedeutung, im gleichen Maße wie der Einfluss von Priestern, politischen Führern und militärischen Machthabern in der Administration zunahm. Im Zeitalter der Gottkönige, der Ära der Pharaonen und Nimrods, wurde das gesamte Volk als »Geschöpfe und Knechte« begriffen. Daher kann in diesen Staaten von demokratischen Institutionen nicht mehr die Rede sein. Ähnliche Entwicklungen fanden in beinahe allen Zivilisationen statt. Die Athener Demokratie und die Römische Republik bilden die letzten Beispiele der Antike.

Zwar besaßen demokratische Elemente auch in der Frühzeit des Christentums, als es noch nicht Staatsreligion im Römischen Reich geworden war, und in den Anfangsjahren des Islam Bedeutung, doch die stärkere imperiale Tradition fegte diese schnell hinweg und manifestierte sich in strikt zentralistischen Regierungen. Es existiert eine lange Tradition demokratischer Regierungsformen in den zu Beginn des zweiten Jahrtausends in Europa aufstrebenden Städten. Die Städte mussten lange Zeit ihre demokratischen Institutionen gegen feudale Autoritäten verteidigen. Auch beim Widerstand der Fürsten und freien

Dorfgemeinschaften gegen die entstehenden Königreiche spielten demokratische Elemente eine wichtige Rolle.

Die Königreiche, die sich ab dem 15. Jahrhundert in absolute Monarchien verwandelten, ließen wie die traditionellen Zivilisationen die demokratischen Institutionen größtenteils außen vor. Nur auf der britischen Insel, wo 1216 die Magna Charta gegen die Monarchie durchgesetzt wurde, erhielt sich eine demokratische Tradition. Die Französische Revolution von 1789 begann zwar als eine Volksrevolution gegen die absolute Monarchie, verwandelte sich aber mit der Zeit in eine Diktatur der Bourgeoisie. Diese Diktatur organisierte sich als Nationalstaat und statte sich mit einer Autorität aus, welche die der absolutistischen Monarchie bei weitem übertraf. Durch die Teile-und-herrsche-Politik des Britischen Empire nahm die Zahl der kleinen Nationalstaaten in Europa zu und es wurde ein Kräftegleichgewicht etabliert. Die Regime innerhalb der Nationalstaaten waren allen liberalen Idealen zum Trotz von Eliten beherrschte Oligarchien. Den existierenden parlamentarischen Institutionen gelang es niemals, die Herrschaft der oligarchischen Eliten zu beseitigen. Doch zweifellos wurden auch die demokratischen Institutionen, die auf lange Kämpfe der Stadt- und Landbevölkerung zurückgingen, niemals völlig beseitigt. Daher ist die bis heute in Europa vorherrschende Demokratie eine Klassendemokratie unter Führung der Bourgeoisie mit einer nur begrenzten Ausrichtung an der Bevölkerung. Trotz der Bemühungen seit den 1950er Jahren, die Europäische Union als eine die Nationalstaaten transzendierende demokratische Konföderation aufzubauen, ist es bisher nicht gelungen, das oligarchische Monopol der Nationalstaaten zu brechen. Der Versuch ist lobenswert, aber die Erfolgsaussichten bleiben unklar.

Im Zeitalter des Kolonialismus geriet auch das Osmanische Reich unter den Einfluss des Britischen Empire und anderer großer europäischer Mächte, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre auf der industriellen Revolution beruhende Hegemonie festigten. Um seine Auflösung unter dem Ansturm der schnell wachsenden nationalen Strömungen zu verhindern, versuchte das in der alten mittelöstlichen Staatstradition errichtete Osmanische Reich, sich durch bürokratische Reformen zu erneuern und in einen strafferen, zentralistischen osmanischen Nationalstaat umzuwandeln. Aufstände im Inneren wurden mit harter Hand

niedergeschlagen. Am Ende blieb als Erbe des Reiches in Anatolien und Nordmesopotamien das neu geschaffene Gebilde der heutigen Republik Türkei. Es setzte sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, von denen die türkische und die kurdische Gruppe die beiden größten sind. Eine entscheidende Rolle hierbei spielte das Britische Empire.

Die so genannte türkische Bourgeoisie, die aus verschiedenen Nationalitäten bestand und sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts in der Partei für Einheit und Fortschritt innerhalb des Staates organisierte, strebte mit einem äußert strikten Nationalismus in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches (1908-1922), als dieses als konstitutionelle Monarchie verfasst war, und unmittelbar danach in der Republik eine Diktatur an. Trotz einiger charismatischer Führungsfiguren wie Mustafa Kemal Pascha ist es der oligarchischen Diktatur innerhalb des Staates gelungen, bis heute ihre Existenz zu behaupten. Etatistischen Parteien und Vereinigungen, egal ob links oder rechts, laizistisch oder religiös, legal oder illegal, ist es nicht gelungen, sich vom institutionellen und ideologischen Einfluss dieses oligarchischen Diktats freizumachen. Das ⊠Ergenekon-Verfahren, das jetzt durchgeführt wird, hat diese oligarchisch-diktatorische Tradition innerhalb des Staates im letzten Jahrhundert zum Inhalt. Daher scheint die Behauptung nicht zu hoch gegriffen zu sein, dass von seinem Ausgang die weitere Entwicklung der Demokratie abhängt.

Über Demokratie wurde nicht erst in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches diskutiert, sondern bereits in der als ⊠tanzimat bekannten Reformphase des Osmanischen Reiches (1838-1876). Allerdings ist sie weder in der Theorie noch in der Praxis entwickelt worden; insbesondere ist die Demokratie niemals auf ihren eigentlichen Träger, das Volk, ausgedehnt worden. Sie wurde eher zu einem Spiel zwischen zwei oligarchisch-elitären Gruppen, die sich auf den Landadel und die Staatsbürokratie stützten. Alles, was tatsächlich im Interesse der Bevölkerung lag, wurde von beiden elitären Gruppen gemeinsam unterdrückt. Das System organisierte sich auf den Gebieten Wirtschaft, Ideologie, Politik, Militär und Kultur sehr straff und schottete sich gegen die Teilhabe der eigenen Bevölkerung ab. Dies gilt bis zum heutigen Tag. Jedoch wird diese gesellschaftliche Struktur seit ihrer Errichtung immer wieder

durch soziale Kämpfe und Volksbewegungen erschüttert. Die Probleme der Demokratisierung müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Der introvertierte Charakter des Regimes und der starre Nationalismus in Verbindung mit religiösen, sexistischen und positivistisch-szientistischen Ideologien verhinderten, dass die Probleme auch nur in der Sphäre der Diskussion zutreffend definiert wurden. Das Recht war lediglich ein staatliches Regelwerk. Weder dem Individuum noch dem Volk wurden grundlegende demokratische Rechte gewährt. Was erlaubt war, wurde stets zu kontrollieren versucht und oftmals durch Militärputsche wieder verboten. Weder gewährte man eine wahrhafte Freiheit der Meinungsäußerung noch Organisationsfreiheit. Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit konnten in der Geschichte der modernen Türkei wiederholt suspendiert werden, weil sie nicht auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhten. Wo aber kein Konsens hinsichtlich einer grundlegenden Meinungs- und Organisationsfreiheit besteht, können diese von Völkern, unterdrückten Klassen und Schichten und religiösen Gemeinschaften, den wichtigsten Komponenten der Demokratisierung, nicht in Anspruch genommen werden. Jedes der angeblich gewährten Rechte, jeder vermeintliche Schritt vorwärts wurde entweder infolge von Militärputschen wieder suspendiert oder einfach nicht umgesetzt.

Dieses eherne staatliche Handeln betraf insbesondere alles, was einen Bezug zu Kurden und Kurdistan besaß – und es wurde als ungeschriebenes Gesetz gnadenlos umgesetzt. Neben physischen Bestrafungen sollte durch äußerst umfassende Assimilationsprogramme alles vernichtet, verboten oder von der offiziellen Ideologie absorbiert werden, was mit Kurdentum oder Kurdistan zu tun hatte. Die PKK war eine von vielen Gruppen, die sich gegen diese Verbotspolitik stellte. Sie kam aus einer linken Tradition und begann ihren Widerstand in den 1970er Jahren, führte ihn über mehrere Etappen und behauptete sich um den Preis großen Leides und schwerer Verluste bis heute. Dieser Widerstand und seine Folgen spielten eine große Rolle bei der Verdeutlichung der Demokratiedefizite und bei ihrer Lösung.

Dass die USA und die EU nicht länger auf die Oligarchie setzen, die mittlerweile auch ihre Interessen beeinträchtigt, sondern sich demokratischen Lösungen öffnen, erhöht erstmals die Chancen auf eine wirklich demokratische Lösung in der türkischen Geschichte. Als

wichtigste Bedingung für eine Lösung hat eine neue, zivile Verfassung zu gelten, die auf einem gesellschaftlichen Konsens beruht. Dabei ist ein Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen von entscheidender Bedeutung: Er muss die Garantie der grundlegenden individuellen und gesellschaftlichen Rechte, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Organisationsfreiheit umfassen. Erst durch eine Verfassung, die auf den individuellen und gesellschaftlichen Rechten und Freiheiten fußt, werden die Attribute der Republik – demokratisch, sozial, laizistisch und rechtsstaatlich – im wirklichen Sinne funktional und dauerhaft garantiert werden.

Ein derartiger verfassungsmäßiger Rahmen wäre auch die beste Grundlage, andere gesellschaftliche Probleme wie die kurdische Frage einer Lösung zuzuführen. Eine Republik, die das starre Korsett des Nationalstaats flexibler macht, wird dadurch, dass die Kurden ihre individuellen und gesellschaftlichen Rechte erlangen, nicht gespalten werden. Vielmehr wird einer der Pfeiler, auf dem sie errichtet wurde, stabilisiert und sie selbst auf diese Weise zu einem wahrhaft und dauerhaft demokratischen Ganzen. So wird sie von den schweren Traumata der Vergangenheit, den endlosen Verlusten an Menschenleben und Sachwerten, von Trauer und Tränen erlöst werden. Dann werden Sicherheit, Wohlstand und Glück für das Land und die Bevölkerung auf Dauer gesichert sein.

# II. Begrifflicher, theoretischer und prinzipieller Rahmen

Auf dem Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage und zu einer Demokratisierung der Türkei sind klare Definitionen einiger Begriffe, einiger Grundannahmen sowie des theoretischen Rahmens und der Prinzipien, die einzuhalten sind, vonnöten. In Anbetracht nicht nur kurzfristiger, sondern auch struktureller Probleme erscheint die Klärung von Begriffen angebracht, die sich auf verschiedene Zeiträume beziehen. Generell ist dabei zu bedenken, dass aus kurzfristigen Lösungen meist keine dauerhaften Strukturen hervorgehen. Durch Gesetzesänderungen können beispielsweise einige Probleme beseitigt werden, doch lassen sich strukturelle und konstitutionelle Probleme nicht allein durch Erlasse und Gesetze lösen. Strukturelle Probleme sind mit dem verfassungsmäßigen System verknüpft und erfordern Lösungen in diesem Rahmen.

## A – BEGRIFFLICHER RAHMEN

Bis in die jüngste Vergangenheit konnten in der Türkei einige Probleme selbst auf der begrifflichen Ebene nicht diskutiert werden. Es war bisweilen sogar mit Strafe belegt, sie auch nur zu benennen. Wie viele linke Begriffe hatte man auch die Bezeichnung »Kurden« verboten. Noch immer wird der Begriff »Kurdistan« gescheut und von offiziellen Stellen vermieden. Statt einer längeren wissenschaftlichen Herleitung des Terminus sei lediglich darauf verwiesen, dass dieser Begriff sich auf die in der Region lebenden Menschen bezieht und zu Zeiten der Seldschuken und Osmanen in der Bedeutung »Land der Kurden« intensiv verwendet wurde. Noch in der Gründungsphase der Republik findet er sich in Bezeichnungen wie »kürdistan mebusu« (Abgeordneter von Kurdistan), »kürdistan meclisi« (Parlament von Kurdistan) und »kürdistan vilayeti« (Regierungsbezirk Kurdistan). Selbst Mustafa Kemal

Pascha hat ihn persönlich häufig verwendet. Das Verbot der Begriffe »Kurde« und »Kurdistan« in der Zeit der Verleugnung und Assimilation konnte ihre faktische Existenz und Gültigkeit nicht beeinträchtigen. Auf dem Weg zu einer Lösung führt die Beibehaltung dieses Verbots von vornherein in eine Sackgasse. Sollten die Bezeichnungen »Kurden« und »Kurdistan« dagegen in falscher und inakzeptabler Weise verwendet werden, dann würden einige diesen Gebrauch und das entsprechende Denken ablehnen.

Einer der zentralen Begriffe, die zu Beginn definiert werden müssen, ist derjenige der »Demokratisierung«. Es handelt sich um einen Begriff, der in der Türkei stark verzerrt wird. Demokratisierung muss alle Bereiche der Gesellschaft umfassen, ohne den Stempel einer Klasse oder Schicht zu tragen. Sie garantiert Meinungs- und Organisationsfreiheit, gleiche Rechte und Freiheiten gegenüber dem Staat für alle Teile der Gesellschaft, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Mehr- oder Minderheit, einer Sprachgruppe, Religionsgemeinschaft, ethnischen oder nationalen Gruppe. Es wäre weder richtig, den Staat in der Demokratie aufgehen zu lassen, noch die Demokratie im Staat. Beide besitzen unterschiedliche Rollen und Funktionen.Als eines der wichtigsten Probleme der Demokratisierung stellt sich die Balance zwischen Demokratie und Staat dar.

Zwei weitere Begriffe von großer Bedeutung, die auf dem Weg zu einer Lösung geklärt werden müssen, sind »Republik« und »Nationalstaat«. Nicht jede Republik ist ein Nationalstaat – denken wir nur an die Römische Republik. Auch ist längst nicht jeder Nationalstaat, der sich »Republik« nennt, auch tatsächlich eine solche. Der Begriff der Republik ist mit der Demokratie verwoben und bezeichnet im modernen Sinne eine repräsentative Regierungsform aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Bevölkerung ist dabei in ihrer ganzen Bandbreite beteiligt, ohne sich von oligarchischen, monopolistischen Eliten daran hindern zu lassen. Der Nationalstaat in seiner extremsten Ausprägung hingegen beruht auf der Gleichsetzung von Nation und Staat, wie es (in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts) am besten die faschistischen Staaten Italien, Deutschland und Japan demonstriert haben. Diese Form erkennt die Existenz und die Rechte und Freiheiten verschiedener Interessengruppen innerhalb einer Nation nicht an. Es handelte sich in diesen

Fällen um Diktaturen. Dies gemahnt uns auf dem Weg zu einer Lösung in der Türkei, die Begriffe »Republik« und »Nationalstaat« exakt und zutreffend zu definieren. So kann beispielsweise die kurdische Frage in einer Republik gelöst werden, nicht jedoch in einem Nationalstaat, der die Negation einer Republik darstellt.

Auch die Klärung der Begriffe »gemeinsame Heimat« (ortak vatan) und »gemeinsame Nation« (ortak millet) ist für eine Lösung von außerordentlicher Wichtigkeit. Es ist durchaus möglich und in der Geschichte wiederholt vorgekommen, dass verschiedene Völker beziehungsweise Kulturen das gleiche geographische Gebiet als gemeinsame Heimat betrachteten. Beispielsweise waren Anatolien und Mesopotamien, die heute im Allgemeinen als Türkei und Kurdistan bezeichnet werden, die gemeinsame Heimat vieler Völker – von Türken, Kurden, Armeniern, Aramäern, Arabern, Juden, Christen, Griechen und von verschiedenen kaukasisch-stämmigen Gruppen. Es wäre eine grobe Verdrehung, es nur zur Heimat von Türken und Kurden zu erklären. Dass sie in den Grenzen des Staates »Republik Türkei« liegen, begründet keinen alleinigen Besitzanspruch der türkischen Ethnie.

Ähnlich lässt sich eine Definition für den Begriff »gemeinsame Nation« entwickeln. Eine Nation besteht nicht nur aus den einzelnen Mitbürgerinnen und Mitbürgern; darüber hinaus, und das ist womöglich noch wichtiger, sollte sie auch als Nation der Völker, denen diese Menschen angehören, sogar als Nation der Nationen begriffen werden. Wenn der Begriff »gemeinsame Heimat« so verstanden wird, dann bilden alle Völker und Nationen, die von diesem Begriff umfasst werden und in den Grenzen desselben Staates leben, die Nation dieses Staates. So, wie wir von der »Republik Türkei[1]« und von der »Großen Nationalversammlung der Türkei[2]«, dem Parlament, sprechen, sollte uns auch der Begriff der »Nation Türkei[3]« aus Sicht der Demokratisierung eine Lösung näher bringen.

Auch eine Klärung des Begriffs Identität wird zur Lösung beitragen. Identität bezeichnet eine beliebige Art einer Zugehörigkeit, sei sie etwa

1 Türkiye Cumhuriyeti ist der offizielle Name der Türkei und wird meist fälschlich als »Türkische Republik« übersetzt.

2 Türkiye Büyük Millet Meclisi

3 Türkiye milleti

religiös, national, ethnisch, kulturell oder sexuell begründet. Wichtig ist hierbei, ob wir diese Identitäten als offen und flexibel oder als geschlossen und starr betrachten. Offenheit und Flexibilität leisten einen enormen Beitrag zu demokratischen Lösungen, Geschlossenheit und Starrheit dagegen erschweren sie beträchtlich. Es sollte als ein großer Reichtum betrachtet werden, dass Identitäten sich vermischen. Wichtig ist zu verstehen, dass eine Synthese etwas völlig anderes ist als die Auflösung einer Identität in einer anderen. Beides widerspricht einander.

Von enormer Bedeutung in Bezug auf Definitionsfragen ist jedoch, Begriffe weder zu tabuisieren noch zu verteufeln und nicht eine beliebige gesellschaftliche Tatsache als einen übertriebenen Begriff und unrealistischen, chauvinistischen Wert zu präsentieren. Beispielsweise widerspricht es dem Geist demokratischer Lösungen, auf variablen und abstrakten Kategorien wie Nation, Land, Religion oder Sprache als fundamentalen, dogmatischen Werten zu insistieren.

## B – THEORETISCHER RAHMEN

Die Klärung der theoretischen Grundlagen von Demokratisierung ist eine wichtige Voraussetzung für eine Lösung. Zunächst sollte eine scharf theoretische Unterscheidung zwischen Nationalstaat und demokratischer Nation getroffen werden. Der Nationalstaat beruht auf der Homogenität seiner Bürger, auf einer Ethnie und auf einer Sprache. Darüber hinaus konditioniert er die Bürger, die gleichen Rituale zu vollziehen, indem er sie an einen »Staatsglauben« bindet. Dieser Glauben ist kein Patriotismus, sondern ein chauvinistischer Nationalismus und mit einer Religion gleichzusetzen. Der Nationalstaat akzeptiert in seinem Innern keine gesellschaftlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen. Offenbar bietet eine derartige Theorie der Nation Anknüpfungspunkte für die faschistische Ideologie. Die Theorie der demokratischen Nation unterscheidet sich davon wesentlich. Letztere definiert Nation als zusammengesetzt aus Gruppen (Ethnien, Nationen und Kulturen) und Individuen mit verschiedenen Interessen, Glaubenszugehörigkeiten, eventuell sogar Sprachen. Sie geht nicht von der absoluten Gleichförmigkeit der Bürger und Gruppen aus. Sie

akzeptiert auch keine Gleichsetzung von Staat und Nation, sondern setzt voraus, dass beide Begriffe unterschiedliche Gebilde bezeichnen. Staat und Demokratie sind zwei Bereiche, die sorgfältig getrennt voneinander behandelt werden müssen. Diese strikte Trennung muss sich auch als eine wesentliche Grundlage in der Verfassung wiederfinden. Beide Bereiche müssen gegenseitig ihre Legitimität anerkennen und in einem Gleichgewicht existieren können. Der Begriff der »demokratischen Nation« erachtet nicht nur die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Individualität als wichtig, sondern ebenso Gruppen, religiöse Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft und sorgt für eine verfassungsmäßige Garantie ihrer Existenz. Ein abstrakter Bürgerbegriff ist nichts als liberales Geschwätz. Bürgerschaft ergibt erst durch die Zugehörigkeit zu Gruppen, Gemeinden oder zivilgesellschaftlichen Institutionen einen Sinn.

Ein weiteres bedeutsames theoretisches Problem betrifft die Verfassung. Es geht um die Frage, ob der Staat wichtiger ist oder das Individuum. Sie bildet den Ausgangspunkt für die Verfassungstheorie und wird intensiv diskutiert. Es besteht jedoch ein großer Unterschied zwischen der Verfassungstheorie als Gesamtheit der Vorschriften, die den Staat regulieren, und der Verfassungstheorie als Regulierung der Rechte und Freiheiten dem Staat gegenüber. Selbiges gilt für die kollektiven Rechte und Freiheiten. Die Verfassungstheorie, die für die Theorie der Demokratisierung zur Grundlage genommen werden muss, stützt sich natürlich auf die Verteidigung der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten gegenüber dem Staat. Der Staat als maximal organisierte Macht braucht nicht geschützt zu werden. Seine Existenz demonstriert bereits die Existenz eines Schutzes. Seine Funktionsweise an bestimmte Regeln zu binden widerspricht nicht der Theorie einer demokratischen Verfassung.

Aus der Perspektive einer Theorie der Demokratisierung ist auch die Differenzierung zwischen den Theorien etatistischer Lösungen für gesellschaftliche Probleme und der Theorie demokratischer Lösungen von höchster Bedeutung. Die etatistische Theorie sieht die Lösung für alle gesellschaftlichen Probleme in der Verstaatlichung. Doch wenn selbst ein Bereich wie etwa die Religion, die den Glauben und die metaphysische Philosophie betrifft, verstaatlicht wird, dann führt dies nicht zu

einer Lösung, sondern verursacht im Gegenteil neue Probleme. Immer wieder sind Stimmen zu hören, denen zufolge viele andere wirtschaftliche, soziale, kulturelle und nationale Fragen angeblich gelöst werden, sobald sie verstaatlicht werden oder unter die Kontrolle des Staates gestellt werden. Die Geschichte lehrt jedoch, dass diese Theorie die Probleme nicht löst, sondern sie lediglich vermehrt und verschlimmert. Die Theorie der demokratischen Lösung hingegen geht davon aus, dass der Adressat einer Lösung nicht der Staat ist, sondern die Gesellschaft, und dass somit die Lösung aus der betreffenden Gesellschaft selbst kommen sollte. Sie behauptet, dass die betreffende Untereinheit einer Gesellschaft der angestrebten Lösung in dem Maße näher kommt, wie es ihr gelingt, sich frei zu äußern und zu organisieren. Während die etatistische Theorie der betreffenden Gesellschaft stets Regeln aufzwingt, besagt die demokratische Theorie, dass Eigeninitiative wichtig ist und dass sie das Recht hat, sich selbst zu bestimmen und zu strukturieren. In Bezug auf den Staat enthält sie weder eine völlige gegenseitige Ablehnung noch das Gegenteil. Es mag Spannungen im Verhältnis geben, aber sie sieht eine friedliche Koexistenz und Kompromisse vor. Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen einer demokratischen Lösung und Frieden. Nicht jeder Frieden orientiert sich an einer demokratischen Lösung, aber jede demokratische Lösung garantiert, dass das entsteht, was wir einen »Frieden mit Würde« nennen. Ein würdevoller Frieden wird dann verwirklicht, wenn die Frieden schließenden Kräfte gegenseitig das Recht auf Existenz und Entwicklung anerkennen.

Ein anderer Nachteil von etatistischen Theorien ist, dass sie die Kräfte der Gegenseite, die unter dem Problem leidet, ebenfalls in den Etatismus treiben. Es besteht das Risiko, dass diese die Forderung nach einem eigenen Nationalstaat als einzige Lösung betrachten. Dadurch entsteht eine Mentalität, die einen Staat gegen einen anderen Staat stellt. Die demokratische Theorie hingegen besitzt ein deutlich größeres Potenzial, Lösungen hervorzubringen. Denn sie erfordert weder eine Separation staatlichen Territoriums noch eine Ausrichtung auf einen gegnerischen Nationalstaat. Die große Chance für demokratische Theorien liegt darin, dass sie eine nichtstaatliche, flexible Lösung vorsehen, die weder einen Staat anstrebt noch negiert noch verleugnet.

Ein weiteres grundlegendes Problem stellt die Theorie der

individuellen und kollektiven Rechte dar. Dieses Thema leidet unter enormer Begriffsverwirrung und bewussten Verzerrungen, für die der liberale Individualismus verantwortlich ist. Bereits ein Mindestmaß an Verständnis für Sozialwissenschaften reicht aus um zu verstehen, dass das Individuelle gesellschaftlich und das Gesellschaftliche individuell ist, dass also das eine das andere beinhaltet. Außerdem reicht der gesunde Menschenverstand aus um zu begreifen, dass die Gesellschaft aus individuellen Aktivitäten und Beziehungen gebildet wird. Das Problem ist, dass der Liberalismus die Rechte von Gruppen, religiösen Gemeinden und der Zivilgesellschaft ablehnt, um eine homogene Nation und gleichförmige Bürger zu schaffen. Je mehr die Rechte und Freiheiten dieser Kollektive beschnitten werden, desto mehr steigen die Chancen der kapitalistischen und nationalstaatlichen Monopole auf eine Maximierung der Ausbeutung und ihrer Machtbefugnisse. Von individuellen Rechten zu reden und von kollektiven Rechten zu schweigen oder sie gar zu leugnen grenzt an Faschismus. Die Anerkennung individueller Rechte ohne eine gleichzeitige Anerkennung der Rechte und Freiheiten von Kollektiven, denen die Individuen angehören, besitzt nur beschränkten Wert. Selbst in der Theorie ist dies unmöglich – es handelt sich lediglich um einen Taschenspielertrick. Beispielsweise wäre die Erlaubnis zur individuellen Ausübung des Islam bei einem gleichzeitigen Verbot seiner kollektiven Ausübung nichts weiter als faschistische Demagogie und üble Trickserei. Individuelle und kollektive Rechte und Freiheiten sind untrennbar miteinander verwoben. Natürlich zählt es zu den grundlegenden Kriterien einer Theorie der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten, extreme Überbetonung von religiösen Gemeinschaften oder Kollektiven bis hin zur Verleugnung des Individuums genauso abzulehnen wie einen extremen Individualismus, der die Gesellschaft negiert.

Beim Entwurf des theoretischen Rahmens der Probleme der Demokratisierung darf der wichtige Hinweis nicht fehlen, dass eine Vielzahl von Problemen vom europäischen, besonders vom französischen positivistischen Szientismus herrührt. Der positivistische Szientismus hatte entscheidenden Anteil daran, dass Frankreich gegenüber dem Britischen Empire seinen Anspruch auf Hegemonie in Europa und der Welt einbüßte. Auch die Ursache dafür, dass Frankreich trotz der Erfahrung

von fünf Republiken noch immer Probleme im Bereich Laizismus, Staatsbürgerschaft und Umgang mit religiösen Gemeinden hat, ist hier zu suchen. Die Republik Türkei und vor ihr das Osmanische Reich machten in den Zeiten der tanzimat-Reformen (1876-1878) und der ersten und zweiten konstitutionellen Periode (1908-1922) im Wesentlichen die Erfahrungen der Dritten Französischen Republik. Beide Gebilde machten sich auch den französischen Positivismus als Ideologie der Moderne zu eigen. Es ist von großer Bedeutung, dessen Anteil an den heutigen Problemen der Demokratisierung genau festzustellen. In den rund 90 Jahren ihrer Existenz erfolgte die Demokratisierung der Republik Türkei allenfalls im Schneckentempo. Ohne den theoretischen Einfluss des französischen Positivismus und den praktischen Einfluss der republikanischen Erfahrungen auf diese Tatsache zu untersuchen wird es schwierig sein, die alten Probleme erfolgreich zu lösen. Dabei spreche ich nicht von einer kompletten Ablehnung aller Einflüsse des französischen Positivismus und der Erfahrungen des Republikanismus. Aber wenn wir die großen Fortschritte der wissenschaftlichen Revolution seit den 1950er Jahren und der Demokratietheorie nicht nutzen, um die negativen Einflüsse zu korrigieren, vergeben wir die Chance auf eine umfassende Demokratisierung und eine Befreiung des Denkens.

Der französische Einfluss besitzt in theoretischer und praktischer Hinsicht auch für die Gegenwart große Bedeutung. An den europazentrierten Sozialwissenschaften im allgemeinen wird heute große Kritik geübt. Die Brille des Orientalismus, durch die der Mittlere Osten lange betrachtet wurde, erweist sich zusehends als unscharf. Ich versuche Folgendes zu vermitteln: Seit 15.000 Jahren beweist der Mittlere Osten kulturelle Führungsqualitäten, er prägte insbesondere die kulturellen Werte der wesentlichen Zivilisationen der letzten 5.000 Jahren. Das darin liegende Potenzial für Lösungen wurde meist verkannt und ignoriert. Ich glaube nicht, dass mit den aus der europäischen Kultur der letzten 500 Jahre stammenden vulgärmaterialistisch-positivistischen Ansätzen unsere grundlegenden gesellschaftlichen Probleme sinnvoll verstanden und gelöst werden können. Die Lösungen, die auf der Grundlage jener Kultur erarbeitet werden, können allenfalls die existierenden mangelhaften Strukturen weiter korrumpieren. Richtig wäre es, sich von der europazentrierten ideologischen Hegemonie zu befreien und

sich die humanen Werte der mittelöstlichen und aller andern östlichen Traditionen für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme zunutze zu machen. Wenn wir über ein Modell für die Türkei oder den Mittleren Osten reden, so muss sich ein solches offenbar aus diesen sozialen und historischen Realitäten ableiten.

Eine bemerkenswerte Folge der positivistischen Philosophie ist, dass sie entgegen ihrem eigenen Anspruch zu starrem Dogmatismus führt. Im Namen der Wissenschaftlichkeit hat sie den Dogmatismus der Moderne legitimiert und einem Überzeugungs-Fanatismus den Weg geebnet, der den religiösen Fanatismus in den Schatten stellt. Beispielsweise wurden Begriffe wie Nation, Staat, Klasse oder Gesellschaft mit einer höheren Bedeutung aufgeladen, als dies beim Begriff »Allah« der Fall war. Auf diese Weise wurden diese Begriffe zu mächtigeren Gottheiten als Gott selbst und verloren ihren wahren Inhalt. Auf der anderen Seite besitzen verallgemeinerte Aussagen, die sich auf Phänomene jenseits des untersuchten Bereiches beziehen, eine verminderte Validität. Das führt zu einem gefährlicheren Dogmatismus als etwa Subjektivierung. Somit besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem positivistischen Materialismus und den Tatsachen der weltweiten Kriege der letzten 500 Jahre und des Erreichens der Grenzen der Nachhaltigkeit in vielen Bereichen.

Wir wollen uns zwar vom objektiven Dogmatismus befreien, jedoch keineswegs zugunsten eines subjektiven Dogmatismus. Unsere Priorität muss sein, uns von der ideologischen Hegemonie des Westens zu befreien. Erst dann können wir die gesellschaftlichen Probleme einschließlich des wichtigsten, der Demokratisierung, gemäß der eigenen gesellschaftlichen Natur angehen. Denn die Diskussionen über eine dauerhafte Demokratisierung können nur dann zu einer Lösung führen, wenn sie in einer Atmosphäre der völligen geistigen Freiheit und gemäß der eigenen gesellschaftlichen Natur geführt werden. Mit eurozentrischen soziologischen Begriffen und Theorien können wir den großen, vielschichtigen Komplex unseres kulturellen Erbes einschließlich der islamischen Kultur nicht weiterentwickeln. Die Umsetzung des Orientalismus in den letzten 200 Jahren hat dies ausreichend unter Beweis gestellt. Als Beispiel dafür, wie positivistische Begriffe mehr Probleme schaffen können als lösen, ist der so genannte »israelisch-arabische« Konflikt zu nennen. Die positivistischen Begriffe einer israelischen und einer arabischen Nation

führen in die Sackgasse, da sie den Anspruch, eine Realität zu beschreiben, beide nicht erfüllen können. Entsprechend gerät man tiefer in die Sackgasse, je stärker diese Begriffe mit Bedeutung aufgeladen werden.

In ähnlicher Weise können wir auch die Begriffe »Türken« und »Kurden« betrachten. Je mehr Wert und Bedeutung wir ihnen zumessen, desto mehr verschärfen sich die Probleme um diese Begriffe herum. Die Begriffe »Türken« und »Kurden« haben erst im vergangenen Jahrhundert einen Hauch von Realität gewonnen. Dass sie trotz dieses dünnen Realitätsbezugs übertrieben gepriesen wurden, hat zu schwer lösbaren Problemen geführt. Der Nationalismus als positivistische Religion hat stärker als die traditionellen Religionen zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Probleme beigetragen. Kurz: Theorien der Demokratisierung können zu realistischen Lösungen in dem Maße beitragen, wie sie sich von objektivem und subjektiven Dogmatismus frei machen.

Ein weiteres Problem der Theorie ist das Verhältnis von Geschichte und Gegenwart. Der vom Positivismus inspirierte Dogmatismus des Objektiven zeigt sich am deutlichsten in der Auffassung von Geschichte und Gegenwart. Er betrachtet die Gegenwart entweder als eine streng deterministische, quantitative Akkumulation der Geschichte oder er sieht die Geschichte als eine in die Vergangenheit extrapolierte Gegenwart. Im Grunde ignoriert er den Unterschied zwischen Gegenwart und Geschichte und negiert so die letztere. Die Vergangenheit mit der Gegenwart gleichzusetzen führt aber zu gravierenden Fehleinschätzungen. Ohnehin beruht die positivistische Konstruktion des Jetzt zum allergrößten Teil auf der Negation der Wahrheit. In Bezug auf die Geschichte führt der Positivismus entweder zu einer Negation ungeheuren Ausmaßes oder zum Gegenteil, einer Übertreibung.

Richtig und notwendig ist die sorgfältige Erforschung, wie die Geschichte das Jetzt bedingt. Kein gesellschaftliches Problem kann losgelöst von der Geschichte oder im Widerspruch zu ihr behandelt und gelöst werden. Das Jetzt ist nicht ohne seine Geschichte denkbar. Wir können das Heute in der Geschichte suchen oder die Geschichte im Heute. Beide Methoden haben ihre Richtigkeit. Jedoch sollte daraus nicht der Schluss gezogen werden, Geschichte und Heute seien gleichzusetzen. Zweifellos ist das eine durch das andere bedingt. Eine Gleichsetzung vorzunehmen ohne das Ausmaß dieser Bedingtheit festzustellen,

wäre gefährlich. Wer auf diese Weise vor dem Schicksal kapituliert kann weder ein Problem begreifen noch jemals eine Lösung finden. Wir müssen das Jetzt als Chance für eine Lösung begreifen, dabei jedoch deren Bedingungen in den historischen Wahrheiten suchen. So tragen sowohl das notwendige Bewusstsein der Bedingtheit als auch das Bewusstsein für die Unterschiede zu einer Lösung bei.

Die letzte Komponente des theoretischen Rahmens müssen wir in einem an Religion und Moral orientierten Denken und Handeln suchen. Es wäre weder gerecht noch mit dem Gewissen vereinbar, die Probleme der Demokratisierung allein im Rahmen einer politischen Theorie lösen zu wollen. Die Gesellschaft besteht nicht nur aus ihrer politischen Realität, sie besitzt auch eine moralische und religiöse Realität. Religiöse und moralische Institutionen bildeten über Jahrtausende hinweg den Bezugsrahmen für die Suche nach Lösungen der Probleme ihrer jeweiligen Gesellschaften. Diese unverzichtbaren historischen Institutionen aus der Analyse auszuklammern und nur auf die politisch-ökonomischen Realitäten zu blicken, wird mangelhafte und möglicherweise falsche Lösungen hervorbringen. So kann der Versuch, Probleme in einer Weise zu lösen, sie auf andere Weise noch verschlimmern.

Eine der destruktiven Auswirkungen des Positivismus auf die Gesellschaft besteht in der Minimierung der Rolle, die der Religion und Moral bei der Lösung von Problemen zugebilligt wird. Insbesondere im Mittleren Osten bilden die religiösen und moralischen Werturteile das Destillat aus den gesellschaftlichen Erfahrungen tausender Jahre beim Analysieren und Lösen von Problemen mithilfe der Maßstäbe der Gerechtigkeit und des Gewissens. Sie können nicht ignoriert werden. Der Orientalismus hat durch das Abtun dieser traditionellen Lösungswege sowohl die despotische Repression als auch die Problematik der Demokratie verschärft. Eine Gesellschaft kann ohne Gerechtigkeit und Gewissen nicht leben. Auf die eiskalten Kalkulationen des Kapitals reduzierte, streng deterministische, ökonomistische und machtorientierte Herangehensweisen können allenfalls ein Chaos entfesseln – und so stellt sich ein Großteil der gegenwärtigen Situation tatsächlich dar.

Für eine demokratische Lösung der ins Gigantische angewachsenen gesellschaftlichen Probleme ist die Rückkehr zu Gewissen und Gerechtigkeit ein Muss. Um beispielsweise die Tragödien zu bewältigen, die das

armenische und das assyrisch-aramäische Volk durchlebt haben, reichen weder ihre wirtschaftliche noch ihre politisch-militärische Stärke aus. Die Besinnung auf die in der Kultur des Mittleren Ostens seit jeher vorhandenen Werturteile von Religion und Gewissen kann dazu beitragen, die Tragödien dieser Völker zu überwinden, die auch eine Folge der kapitalistischen Moderne waren.

## C – PRINZIPIELLER RAHMEN

Der prinzipielle Rahmen muss in Zusammenhang mit dem theoretischen Rahmen entwickelt werden. Denn die zu entwickelnde Lösung kann nur von Dauer sein, wenn sie strukturell angelegt ist. Sie soll nicht über den Tag retten, sondern eine tragfähige Basis für die Zukunft sein. Ein funktioneller Staat und dauerhafte gesellschaftliche Stabilität erfordern Lösungen dieser Art. Da die Demokratie sowohl eine Staatsform als auch ein Gesellschaftssystem ist, müssen die Schritte zur Demokratisierung von systematischer Natur sein. Die Prinzipien, die hier aufgelistet werden, sind insofern lediglich die Mindestanforderungen für den Aufbau eines demokratischen Systems und könnten noch erweitert werden.

### 1 Prinzip der demokratischen Nation

Eine die Einheit achtende Nation sollte nicht als Staats-Nation, sondern als demokratische Nation aufgebaut werden beziehungsweise die bestehenden Nationen sollten danach streben, sich in demokratische Nationen zu transformieren. Offene Identitäten und ein flexibler Nationenbegriff können einen hinreichenden Ausgangspunkt auf dem Weg zu diesem Ziel darstellen. Wenn die Nation eine innere Einheit gewinnen soll, so wird es darauf ankommen, sie nicht durch die Gewalt der Machthaber, sondern auf freiwilliger Basis zu erbauen oder zu transformieren. In einer demokratischen Nation ergänzen sich individuelle und kollektive Rechte und Freiheiten wie zwei Seiten einer Medaille. Sie umfasst nicht nur die Bürgerinnen und Bürger; verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen, Religionsgemeinschaften und Volksgruppen stellen als kollektive Einheiten jeweils eine Bereicherung dar. Die

Position der Bürgerinnen und Bürger wird in dem Maße gestärkt, wie sie Elemente eines funktionellen Kollektivs sind.

### 2 Prinzip der gemeinsamen, demokratischen Heimat

Wir sollten die Auffassung von einer gemeinsamen, demokratischen Heimat zugrunde legen. Es kommt der Realität am nächsten, sich das Heimatland nicht als einsprachig und monoethnisch vorzustellen, sondern als eine Heimat von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Nationen, Sprachen und Religionen. Dies entspricht mehr den Zielen der Einheit und Geschwisterlichkeit. Ein Heimatbegriff, der lediglich die Zugehörigkeit zu einer einzigen Ethnie suggeriert, grenzt einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger aus. Ein solches Vorgehen führt nicht nur zu einer Polarisierung, sondern es stellt spaltendes, separatistisches Denken dar. Die Vorstellung eines einzigen Modells von Bürger entspringt offensichtlich faschistischem Denken. Unterschiede bereichern sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft das Leben. Patriotische Gefühle sind besser, wenn sie sich nicht als Chauvinismus und Rassismus äußern, sondern sich auf Erhaltung und Entwicklung von Landschaft und Ökosystemen beziehen.

### 3 Prinzip der demokratischen Republik

Ein weiterer Faktor der Ausgrenzung liegt in der Interpretation der Staatsform »Republik« als Nationalstaat, besonders in dessen starrer Ausprägung. Die ideale Form für die Republik ist nicht der Nationalstaat, sondern der demokratische Staat. Ein Staat kann nicht gleichzeitig Nationalstaat und demokratischer Staat sein, beides widerspricht einander.

Es macht einen demokratischen Staat aus, dass er für ein demokratisches System empfänglich ist und mit ihm Kompromissen eingehen kann. Der Nationalstaat besitzt keine derartige Ausrichtung. Im Gegenteil versucht er, die demokratische Gesellschaft zu assimilieren. Das Prinzip der demokratischen Lösung kann mit der Republik harmonieren, nicht jedoch mit ihrer Ausprägung als Nationalstaat. Entscheidend wird sein, die Republik als Dachorganisation der Demokratisierung zu denken und aufzubauen. Für eine demokratische Lösung kommt es darauf an, die Staatsform oder die Republik nicht ideologisch

aufzuladen und sie nicht an eine einzige Ethnie oder eine Religion zu binden. Der Begriff der Republik sollte vielmehr durch eine juristische Definition als demokratische Dachorganisation aller Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Die Republik sollte also unbedingt als demokratisch-rechtliche Organisierung aller Bürgerinnen und Bürger definiert werden. So werden die Grundsätze der Sozialstaatlichkeit und des Laizismus wirklich Teil der Definition der Republik. Auf diese Weise definieren wir die Republik unabhängig von einer Ethnie, Religion oder Ideologie. Eine Definition, die ohne die Begriffe »türkisch« und »kurdisch«, die auf Abstammung und Ethnie verweisen, und ohne die religiösen Begriffe Islam, Christentum oder Sunnitentum oder andere ideologische Zuschreibungen auskommt, ist umfassender und der Einheit zuträglicher.

## 4 Prinzip der demokratischen Verfassung

Obwohl die Demokratisierung einen politischen Prozess darstellt, kann sie ohne eine durch gesellschaftlichen Konsens entstandene Verfassung nicht zu einer dauerhaften und systematischen Regierungsform werden. Demokratische Verfassungen sind der Ausdruck eines Kompromisses der demokratischen Gesellschaft mit dem Staat. Individuelle Rechte und Freiheiten bekommen erst durch die demokratische Gesellschaft Sinn, denn anders wären sie nicht gegen die enorme Machtkonzentration, die der Staat darstellt, zu verteidigen. Eine demokratische Verfassung ist auch unverzichtbar um zu garantieren, dass der Staat als Feld von Expertentum und Erfahrung zu Lösungen beiträgt und sich nicht als Institution präsentiert, die ständig neue Probleme schafft und bestehende verschärft. Eine demokratische Verfassung muss dem Staat Funktionalität verleihen und den Zement bilden, der Gesellschaft und Staat zusammenhält, indem sie seine Erfahrung und sein Expertentum nutzbar macht.

## 5 Prinzip der demokratischen Lösung

Das Prinzip der demokratischen Lösung ist ein Modell, das nicht auf den Staat abzielt, sondern auf der Demokratisierung der Zivilgesellschaft beruht. Diese darf kein Anhängsel des Staates sein, sondern muss eine demokratische Gesellschaft bilden. Dieses Prinzip konzentriert sich

nicht auf grundlegende Veränderungen der Staatsform, sondern auf Lösungen, die ein demokratisches Regime anstreben, welches in der Gesellschaft selbst agiert. Für den Staat fordert dies in erster Linie eine demokratische Verfassung. Natürlich müssen für das Erstellen einer demokratischen Verfassung theoretische und praktische Bemühungen in befriedigendem Maße geleistet werden. Diese Verfassung sollte das Wohl der Gesellschaft über das Wohl des Staates stellen. Das Gegenteil einer demokratischen Lösung stellt das Oktroyieren einer etatistischen, machtbasierten Lösung dar. Die demokratische Lösung befasst sich prinzipiell nicht mit der Aufteilung von Macht, sie hält sich sogar von Macht fern. Denn eine Konzentration auf die Macht führt in gleichem Maße zu einer Entfernung von der Demokratie. Wenn Gesellschaften nur nach den Vorstellungen von Regierungen oder Staaten gestaltet werden, ergibt sich ein antidemokratisches System. Der Grund dafür ist die fehlende Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte. Wenn Machthaber und Regierung positiv gestalten, so mag vielleicht der Weg für eine Demokratisierung frei gemacht werden, jedoch führt dies noch nicht zur Demokratisierung selbst. Ziel von demokratischen Lösungen kann es auch nicht sein, Macht oder staatliche Ressourcen zu teilen. Sich an den Staat zu krallen, einen Block des Staates darzustellen, kommt für uns als Ziel für eine demokratische Lösung nicht infrage.

Wichtigster Punkt des Prinzips der demokratischen Lösung ist die verfassungsmäßige Garantie des friedlichen Miteinanders von demokratischen Institutionen und staatlichen Institutionen. Beide Institutionen besitzen Legitimität. Sie beruhen nicht auf der Leugnung der Legitimität der jeweils anderen. Weder ist die Liquidierung des Staates im Namen der Demokratie notwendig, noch sollte die Demokratie im Namen des Staates aufgelöst werden. Die starke Verschränkung beider hat in westlichen Systemen dazu geführt, dass die Demokratie zur Alibiveranstaltung verkommen ist. Das Problem, vor dem die Demokratisierung steht, besteht darin, die Verschränkung aufzulösen und das Nebeneinander dieser beiden Institutionen neu zu ordnen. Die Einfriedung des Staates durch die Demokratie ist genauso von prinzipieller Bedeutung wie die Funktion des Staates als Dach für die Demokratie wegen seiner Akkumulation von Erfahrung und Expertenwissen. Im Verlauf des gesellschaftlichen Prozesses wird die demokratische Gesellschaft als

Siegerin hervorgehen. Kurz, das friedliche, aber spannungsreiche Nebeneinander von staatlichen und demokratischen Institutionen führt zu einer Konkurrenzsituation. Die demokratische Gesellschaft wird dadurch weiterentwickelt und gestärkt werden.

## 6 Prinzip der Untrennbarkeit von individuellen und kollektiven Rechten und Freiheiten

Das Prinzip der Rechte und Freiheiten spielt bei der Lösung von Problemen der Demokratisierung eine wichtige Rolle. Wird allerdings bei der Umsetzung eine Trennung zwischen »individuell« und »kollektiv« vorgenommen, so führt dies – wie zahllose Beispiele auf der ganzen Welt gezeigt haben – zu einer weiteren Verschärfung der Probleme und in eine Sackgasse. Eine derartige Trennung widerspräche auch der Natur der Gesellschaft. Das Individuum hat in der menschlichen Gesellschaft niemals und nirgends ganz ohne die Einbindung in die Gemeinschaft existiert, gleichgültig, ob es Rechte und Freiheiten besaß oder nicht. Es ist ja gerade das Besondere am Menschen, dass er das am weitesten entwickelte gesellschaftliche Wesen ist. Daher sind jegliches Recht und jegliche Freiheit, die ein Individuum besitzt oder erhält, bedeutungslos, solange sie nicht mit der Gemeinschaft geteilt werden. Von der Gesellschaft abstrahierte Rechte und Freiheiten sind nicht umsetzbar und ebenso sinnlos wie ein von der Gesellschaft abstrahiertes Individuum. Umgekehrt gilt dasselbe: Rechte, die einer Gemeinschaft zugestanden werden, bedeuten nichts, solange sie nicht auch für ihre Individuen gelten. Individuen ihrer Rechte und Freiheiten zu berauben, stürzt eine Gesellschaft in die gleiche Lage, und ein Kollektiv seiner Rechte und Freiheiten zu berauben, versetzt die diesem zugehörigen Individuen in die gleiche Lage. Kurz: Rechte und Freiheiten können nur gemeinsam und geteilt genossen werden. Sie können weder ohne das Individuum noch ohne die Gesellschaft existieren.

## 7 Prinzip der ideologischen Freiheit und Unabhängigkeit

Bei diesem Prinzip geht es im Wesentlichen darum, dass Demokratisierung und die in ihrem Wesen liegende Befreiung ohne eine Befreiung von der ideologischen Hegemonie der kapitalistischen Moderne nicht möglich ist. Deren als »positivistisch-szientistisch«

geltende Ideologie ist weltweit als dominierend etabliert und wirkt zunächst vulgärmaterialistisch, ist aber ihrem Wesen nach idealistisch. Der positivistische Szientismus ist das Hauptprinzip der europäisch-hegemonistischen Zivilisation. Ohne dieses Prinzip zur Maxime zur erheben könnte sie ihre anderen Elemente – den Kapitalismus, den Industrialismus und den Nationalstaat – nicht in von sich selbst abhängiger Weise weltweit errichten und betreiben. Diese ideologische Hegemonie erobert im Mittleren Osten die Köpfe mit Hilfe orientalistischer Wissenschaft. Gleichzeitig oder anschließend erfolgen durch die anderen Grundelemente Eroberung, Besatzung und Kolonialismus in vielfältigen Formen. Die alten Despoten der Region und der Neokolonialismus, mit dem zu kollaborieren in ihrer Natur liegt, erschweren die Demokratisierung. Jede Form des Widerstands dagegen besitzt eine demokratische Komponente. Um diese demokratische Komponente weiter zu entwickeln, zu stärken und schließlich auf tragfähige Weise systematisieren zu können, muss ein Bruch mit der ideologischen Hegemonie erfolgen. Sinnvolle alternative ideologische Optionen müssen lokale, urbane und regionale Kategorien sowie die Kategorien der pluralistischen Nation und der gemeinsamen Heimat umfassen. Ansonsten kann sich eine andere ideologische Hegemonie ausprägen. Traditionelle religiöse und rassistische Weltanschauungen besitzen einen ebenso starken Hegemonieanspruch wie der Positivismus als Ideologie der kapitalistischen Moderne. Die emanzipatorischen ideologischen Vorstöße in den genannten Hauptkategorien können wir als Freiheitsideologien auffassen. Nur mit diesen Freiheitsideologien können die Probleme der Demokratisierung verständlich gemacht und Lösungen umgesetzt werden. Ohne ideologische Freiheit können die Schritte zur Demokratisierung jederzeit ins Straucheln geraten und unter die Kontrolle hegemonialer Ideologien geraten. Die ideologische Freiheit hängt mir der wahren Natur der Gesellschaft zusammen, sie sich immer als lebendige Verwirklichung der demokratischen Gesellschaft ausdrückt. Die gesellschaftliche Wahrheit ist der freie Ausdruck der Wirklichkeit der demokratischen Gesellschaft.

## 8 Prinzip der Historizität und Aktualität

Mögliche Lösungen der Probleme der Demokratisierung hängen eng mit dem richtigen Bezug zwischen der Geschichte und der Gegenwart zusammen. Eine Zensurmentalität, die Probleme im Zusammenhang mit der Geschichte und deren Lösungsmöglichkeiten ignoriert, ist nicht nur unfähig, alle gesellschaftlichen Probleme zu erfassen, sondern wird sie noch verschärfen und in einen unauflösbaren Knoten verwandeln und so Krisen, Konflikte und Kriege provozieren. Historisches Geschehen ist die grundlegende Bedingung, die das Jetzt determiniert. Das Heute besteht aus dem, was ihm die Geschichte an Problemen oder Lösungsmöglichkeiten vermacht hat. Dabei ist zu bedenken: Die Vergangenheit ist nicht mehr veränderbar, doch in die Gegenwart können wir eingreifen. Inwieweit wir sie zu verändern vermögen, hängt von den geistigen Grundlagen der Intervention und den materiellen Kräfteverhältnissen ab. Wir können die Veränderung beschleunigen und ihre Richtung ändern – hin zu mehr Freiheit oder zu mehr Sklaverei. Dies hängt allein von der Stellung der intervenierenden Kräfte ab. Entscheidend ist die Antwort auf die Frage, wie die Geschichte als roter Faden der Vergangenheit in der Gegenwart reflektiert werden soll. Ein Schlüssel für die Lösung gesellschaftlicher Probleme ist die Analyse der Gegenwart als Ausdruck derjenigen Bereiche der Geschichte, die mit den uns in besonderer Weise betreffenden Problemen zusammenhängen. In diesem Sinne kann die Geschichte zu einer bedeutenden Kraftquelle werden. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass diejenigen, die kein Verständnis für die Geschichte aufbringen, die Gegenwart verstehen, demokratisieren und befreien. Improvisierte Freiheiten und eine oberflächliche Demokratisierung können nicht von Dauer sein; sie können so schnell verschwinden, wie sie erlangt wurden.

Die Gesellschaft selbst lässt sich als die am weitesten fortgeschrittene Geschichte bezeichnen. Solange sich die Gesellschaft nicht dieser Realität stellt, erscheint es wenig wahrscheinlich, dass sie von ihren Problemen befreit wird und zu demokratischen Lösungen und zu einer demokratischen Lebensweise gelangen kann. Daher zählt zu den ersten Handlungen von Despoten die Vernichtung des gesellschaftlichen Gedächtnisses. Demokraten hingegen müssen sich zunächst das gesellschaftliche Gedächtnis, also die Geschichte, mit ganzer Kraft wieder

aneignen. Der größte Schaden, den die kapitalistische Moderne angerichtet hat, liegt in den vernichtenden Schlägen gegen das Gedächtnis der Menschheit und der Darstellung, die Gegenwart sei unendlich, oder besser, sie sei das Ende der Geschichte. Ihr zufolge besteht alles aus der verdichteten Gegenwart. Die Krankheit des Individualismus hängt mit dieser Auffassung zusammen. Ein Individualismus, dessen Maxime es ist, sich selbst zu verwirklichen und dabei alles andere außer Acht zu lassen, verweist auf die Negation der gesellschaftlichen Geschichte. Von einer derartigen Mentalität können wir kaum erwarten, dass sie zur gesellschaftlichen Wahrheit und ihrem Ausdruck, dem demokratischen Sozialismus, beiträgt. In diesem Sinne kann der liberale Individualismus sogar als Negation der Demokratie gesehen werden. Ein richtiges Prinzip der Sozialwissenschaften besteht darin, die Geschichte im Augenblick und den Augenblick in der Geschichte zu sehen.

## 9 Prinzip von Moralität und Gewissen

Die westliche Soziologie kennt kein Prinzip des Gewissens. Sie funktioniert mittels analytischer Intelligenz, das Gewissen erfordert jedoch emotionale Intelligenz. Die moderne Soziologie begann einst als analytische Philosophie und ist mittlerweile zu einer Verwaltungstechnik mutiert. Dabei gehört das Gewissen zu den wesentlichen Grundlagen, durch die Gesellschaft erst entsteht. Das Gewissen fungiert als Gerechtigkeitsmaßstab der Gesellschaft. Wenn es ignoriert wird, wird die Gesellschaft wie ein brandgefährlicher, monströser Mechanismus funktionieren. Wir können das Gewissen auch als den Kern von Religion und Moral betrachten. Wenn wir den Aspekt der verknöcherten Traditionen in Religion und Moral einmal beiseite lassen, dann ist zu sehen, dass von diesen gesellschaftlichen Institutionen das Gewissen übrig bleibt. Wem keine politischen, militärischen oder ökonomischen Mittel zur Verfügung stehen, kann sich nur in das gesellschaftliche Gewissen flüchten. Wenn dieses zerstört wird, gilt in der Gesellschaft nur noch das Recht des Stärkeren und der Mensch wird des Menschen Wolf.

Die Demokratie ist kein Regime, das ohne Gewissen funktionieren kann. Monopolistische Zwangs- und Kapitalsysteme gründen auf der Negation des Gewissens. Wir können das Wesen der Demokratisierung

auch als Aufhebung dieser Negation und zugleich als Bewegung definieren, sich das gesellschaftliche Gewissen wieder anzueignen. Die riesige Gesellschaft außerhalb des Gewalt- und Kapitalmonopols kann nur mit einer Bewegung des Gewissens verteidigt werden. Sozialer Kampf bedeutet heute in gewissem Sinne die Wiederaneignung des verlorenen Gewissens. Solange die Demokratisierung nicht gleichzeitig als eine Wiederaneignung der Werte des Gewissens verstanden wird, kann sie ihre Bedeutung nicht voll entfalten. Diese Bedeutung besteht darin, die Rechte und Freiheiten für Individuen und Minderheiten zu erringen. All dies erfordert, dass das Prinzip des Gewissens, dieses Destillats von Religion und Moral, bei der Lösung von Problemen der Demokratisierung auf jeden Fall berücksichtigt werden muss.

Genozide können ohne das Prinzip des Gewissens nicht analysiert werden. Erst, wenn das Gewissen sich rührt, können alle Morde und Völkermorde der kapitalistischen Moderne eingestanden und Gerechtigkeit ermöglicht werden. Die Moderne beruft sich bei allen gesellschaftlichen Problemen auf Stärke. Der Starke gewinnt, der Schwache verliert und fällt aus der Realität heraus. Dies ist eine der Grundkrankheiten der Moderne. So wird die Gesellschaft zu einem Raum, in dem das Gesetz des Dschungels gilt. Wenn wir für grundlegende gesellschaftliche Probleme wie dem Problem der Demokratisierung dauerhafte, gerechte Antworten finden wollen, muss unbedingt das Prinzip des Gewissens an die Stelle des Prinzips der Stärke treten. Der orientalischen Kultur ist dieses Prinzip nicht fremd. Im Gegenteil, sie räumt diesem Prinzip bei allen Problemen einen besonderen Raum ein. Wir können dieses Prinzip nicht wegen des Kapitalismus und dessen eiskalter Kalkulation aufgeben. Wenn wir Lösungen für die Demokratisierungsprobleme der Türkei entwickeln, müssen wir diesem vor allen anderen Prinzipien Raum geben und es anwenden.

## 10 Prinzip der Wehrhaftigkeit von Demokratien

Die Wissenschaft lehrt, dass allen Existenzformen, selbst einzelligen Lebewesen, ein Selbsterhaltungstrieb eigen ist. Dass hochintelligente und hochkomplexe Existenzformen wie menschliche Gesellschaften nicht ohne Selbstverteidigung existieren können, lässt sich überall und jederzeit beobachten. Selbst Kriege sind zum Teil auf fehlgeleitete

Vorstellungen von Selbstverteidigung in den zivilisatorischen Systemen zurückzuführen. Demokratische Gesellschaften und freie Individuen hatten in der gesamten Ära der Klassenzivilisation große Schwierigkeiten sich zu schützen und zu verteidigen. Natürliche oder urkommunistische Gesellschaften betrachteten darüber hinaus die Selbstverteidigung immer und überall als primäre Aufgabe, da nicht nur zwischen ihnen Widersprüche bestanden, sondern sie auch tödlichen Gefahren durch die belebte und unbelebte Natur ausgesetzt waren.

Zu den wichtigsten Themen gehört die Frage der Selbstverteidigung von ökonomischen, ökologischen und demokratischen Gesellschaften sowie freier Individuen gegen die monopolistische Repression und Ausbeutung durch die Elemente der kapitalistischen Moderne, also den Nationalstaat, den Kapitalismus und den Industrialismus. Ein Leben ohne Selbstverteidigung führt nur in die Lohnsklaverei oder zu Arbeitslosigkeit, Krankheit und Zerrüttung. Schlimmer noch, es bringt eine Vielzahl von physischen und kulturellen Genoziden mit sich. Die Moderne als System zwingt die Gesellschaft und ihre Individuen ganz allgemein, insbesondere aber demokratische Gesellschaften und freie Individuen, zur Verteidigung ihrer Existenz. Wo diese Selbstverteidigung nicht gelingt, droht nicht nur der Verlust der Freiheit, sondern auch die Gefahr des Genozids. Um ihre Kontinuität zu sichern begnügen sich die monopolistischen Elemente der Moderne nicht damit, die Freiheit und die Existenz der Gesellschaft und des Individuums zu bedrohen. In jüngster Zeit brauchen sie auch immer weiter die unverzichtbaren ökologischen Lebensgrundlagen auf. Die Vernichtung der ökologischen Grundlagen stellt eine Form des zeitlich gestreckten Genozids am Leben an sich dar.

Die demokratische Gesellschaft und das freie Individuum müssen nicht nur revolutionäre und evolutionäre Fortschritte hervorbringen, sondern gleichzeitig auch das Problem der Selbstverteidigung lösen. Die jüngste Phase der strukturellen Krisen der Moderne hat die Selbstverteidigung zum dringendsten Problem gemacht. Jede Gemeinschaft muss sich als Selbstverteidigungseinheit konstituieren, ebenso wie als ökonomische, ökologische und demokratische Einheit. Wie jedes freie und gleiche Individuum in einer oder mehreren ökonomischen, ökologischen und demokratischen Einheiten leben kann, so kann es auch in einer oder mehreren Selbstverteidigungseinheiten leben. Die drei

unverzichtbaren Grundbedingungen menschlicher Existenz Ernährung, Reproduktion und Selbsterhaltung gelten nicht nur für alle Lebewesen, sondern in gleichem Maße – wenn nicht sogar noch mehr – für die menschliche Gesellschaft.

# III. Das Problem der Demokratie in der Türkei und die Lösung der demokratischen Verfassung

## A ENTSTEHUNG, ENTWICKLUNG UND FOLGEN DES PROBLEMS DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Die Frage der Demokratie als universelles Phänomen entstand im Zuge der Herausbildung einer elitären hierarchischen Führung in Clangesellschaften. Die administrative Aufspaltung bedeutet das Ende für die natürliche Demokratie der Clangesellschaften. Der Übergang von lediglich hierarchischen Strukturen zu despotischen Staaten führte zu einer Vertiefung dieses Prozesses. Er ist es, der im Wesentlichen die Zivilisationssysteme bestimmt. Bis zur Stufe des europäischen Kapitalismus konnte er nur in begrenztem Maße auf die Gesellschaft einwirken. Das moralische und politische Potenzial in der Gesellschaft bewahrte noch seine Stärke. Als die europäische Zivilisation – aus Gründen der Notwendigkeit, die dem Kapitalismus und Industrialismus innewohnen – der Nation und dem Nationalstaat Privilegien einräumte, zerschlug sie die moralische und politische Gesellschaft völlig und durchdrang sie bis in jede kleinste Einheit. Diese Durchdringung durch das Monopol aus ideologischer Macht und Kapital führt zu einer Herrschaft, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Die Moderne schwächt das Individuum mehr als je zuvor. Die gegen sie gerichteten Kämpfe versucht sie durch Reformen einzudämmen. Mit derartigen Reformen versucht die europäische Demokratie, Individuum und Gesellschaft auf den Beinen zu halten. Individuelle Rechte und Freiheiten sowie der Rechtsstaat bilden den Wesenskern und den Rahmen dieser Demokratie. Die Europäische Union stellt

den systematisierten Zustand dieser Grundlagen dar. Da jedoch das monopolistische System seine Herrschaft von oben fortsetzt, kann das entstandene demokratische System lediglich als äußerst eingeschränktes und unter Kontrolle stehendes Machtsystem bestehen. Das Problem der Demokratie existiert weiter.

Ab dem 8. Jahrtausend v. Chr. durchlebten isoliert lebende sibirische Clans einen Prozess, der mit dem Abschmelzen der südsibirischen Gletscher begann und im 5. Jahrtausend v. Chr. in die dortige neolithische Revolution mündete. Diese war von der neolithischen Revolution im Mittleren Osten beeinflusst. Im 3. Jahrtausend v. Chr. begann der Übergang von der hierarchischen Gesellschaft zur Zivilisation und zum Staat. Die erste Zivilisation im heutigen China betrat die Bühne der Geschichte um 1500 v. Chr. Sie befand sich in einem ständigen Kampf mit den Stämmen, die die Vorläufer der Völker bildeten, die heute in den umliegenden Ländern Japan, Korea, Vietnam, der Mongolei und Turkmenistan leben. Wir können diese Kämpfe als Verteidigung der natürlichen Demokratie gegen die chinesische Zivilisation interpretieren. Die Vorfahren der heutigen Türken werden zum ersten Mal in chinesischen Aufzeichnungen unter dem Namen »Hunnen« (Xiongnu) erwähnt. Da die hunnischen Stämme eine primitive Demokratie lebten, standen sie in ständigem Konflikt mit der chinesischen Zivilisation. Sie ließen sich keineswegs leicht zivilisieren. Als diese Stämme in Bedrängnis gerieten, wandten sie sich nach Westen. Die Westhunnen breiteten sich 400 n. Chr. bis Mitteleuropa und sogar Rom aus. Doch sie konnten es nicht vermeiden, in der dortigen Zivilisation aufzugehen. Ob im Osten von den Chinesen oder im Westen von slawischen Völkern; stets wurden sie assimiliert. Es hatte Versuche gegeben, diesen Prozess durch die hinduistische und die manichäische Religion aufzuhalten. Doch der eigentliche Bruch erfolgte durch den Islam. Die Versuche, um 550 und 740 einen göktürkischen und einen uigurischen Staat zu gründen, reichten über das Stadium einer Stammeskonföderation nicht hinaus.

Die wirkliche Zivilisierung der Prototürken begann, als sie ernsthaft in Kontakt mit dem Islam gerieten und ab dem 9. Jahrhundert anfingen, den Islam anzunehmen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesem Prozess der Zivilisierung und den Problemen um das

Türkischsein und denen der Demokratisierung, die mit den Karahanli[4] begannen und bis heute andauern. Der Beginn der türkisch-islamischen Zivilisation wird im Allgemeinen unter dem Fürsten Seldschuk[5] angesetzt. Auch vorher hatten Prototürken bereits versucht, Einfluss auf mittelöstliche Zivilisationen zu nehmen. Doch massenhaft und mit ganzen Stämmen ließen sie sich erstmals unter dem Fürsten Seldschuk und seinen Söhnen im Mittleren Osten nieder. Seldschuk selbst begegnete bei dem Versuch, sich im Mittleren Osten anzusiedeln, zwei religiösen Strömungen: dem Judentum und dem Islam. Dass er seinen vier Söhnen jüdische Namen gab, weist auf einen zunächst starken Einfluss des jüdisch-türkischen Staates der Hazara hin. Daher lässt sich nicht klar feststellen, wie weit er den Islam angenommen hat. Den Prozess der Türkisierung können wir in Zusammenhang mit der Islamisierung sehen, denn vorher begegnet uns außer dem kurzlebigen göktürkischen Staat keine Zivilisation, die den Namen »türkisch« trägt. Es darf angenommen werden, dass es sich bei diesem Namen um eine Fremdbezeichnung durch die Araber handelte. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass vor dem Zeitalter des Nationalismus die Identitäten von Gesellschaften nicht durch ihre Nachnamen ausgedrückt wurden, sondern durch die Bezeichnung ihrer Religion. Damals gehörte man zum Islam oder zu einer anderen Religion. So war die gesellschaftliche Realität konstruiert.

Das seldschukische Fürstentum begann ab dem 11. Jahrhundert eine strenge Herrschaft über die unter seiner Kontrolle stehenden Stämme zu errichten. Die Stämme leisteten dagegen heftigen Widerstand. Der Geschichtsschreibung zufolge klagten die ersten oghuz-türkischen Stämme, die im Jahre 1017 in den Iran einwanderten, über die Strenge der Herrschaft des Fürsten. Diese rund 5000 Personen retteten sich durch Flucht in den Iran. Offenbar gab es schon bei den ersten Stämmen, die in den Mittleren Osten migrierten, heftigen Widerstand gegen die Zivilisation, die sich durch Städte, Klassen und Staaten auszeichnete. Diese Stämme, die unterworfen und zu Leibeigenen gemacht werden sollten, bekamen den Namen »Turkmenen« und bildeten die ersten

4 Karahanli oder Karahaniden, türkische Dynastie, die von 840-1212 in Transoxanien/Zentralasien regierte

5 um 1000

Kristallisationspunkte für das heutige Volk der Türken. Die Stammesaristokratie verachtete die Turkmenen und wollte keineswegs als »Türken« bezeichnet werden. Sie bevorzugten Bezeichnungen wie Araber und Perser, Schah und Sultan. Ihr Türkisch vergaßen sie und sprachen ein Osmanisch, dass aus Versatzstücken des Arabischen und Persischen bestand. Das eigentliche, »reine« Türkentum dagegen wurde bei den turkmenischen Stämmen bewahrt.

In Bezug auf die Problematik der Demokratie können wir diesen kurzen historischen Abriss folgendermaßen interpretieren:

Mit der Einwanderung türkischer Stämme in den Mittleren Osten ab dem 11. Jahrhundert begann eine dramatische Aufspaltung in Klassen. Diesen Prozess können wir als den Beginn der Demokratieproblematik betrachten. Dass turkmenische Stämme Sultan Ahmed Sandschar, den letzten seldschukischen Sultan, in einen Käfig steckten und bis zu seinem Tod darin herumführten, belegt eigentlich recht gut, wie sehr sie an ihrer Freiheit und ihrem demokratischen Leben hingen6.

Dass die türkischen Stämme seit der Konversion zum Islam in zwei Gruppen zerfielen, stellt den Kern des Demokratieproblems dar. Die Aristokratie, genauer gesagt die militärische und religiöse Aristokratie sowie die Grundbesitzer, konzentrierten sich im Staat und bildeten ein Machtmonopol. Gleichzeitig setzten die vom System ausgegrenzten, armen Schichten entweder ihr früheres Nomadenleben zwischen Flachland und Hochalm fort oder sie führten in Städten und Dörfern ein Leben als mittellose Handwerker und Bauern. Diese Spaltung erfolgte bei allen Völkern des Mittleren Ostens und führte zu zahlreichen Aufständen und Auswanderungswellen. Auch die Aufspaltungen in Konfessionen hängt mit diesen Tatsachen zusammen. Das Sunnitentum wurde als Konfession der herrschenden Oberschicht offiziell, oppositionelle Konfessionen und Orden wie das Alewitentum, Schiitentum, Ischrakijun, Mewlana und Bektaschi versuchten im Verborgenen weiter zu existieren. Der Kampf um Demokratie wurde im Mittelalter im Rahmen derartiger konfessioneller Auseinandersetzungen geführt. Die Demokratisierung versuchte man in jener Zeit mittels derartiger Konfessionen durchzuführen. Daneben ist das Leben nomadischer Stämme

6 Ahmed Sandschar war von 1118 bis 1153 Sultan des Großseldschukischen Reiches. Oghus-Türken hielten ihn von 1153-1156 gefangen. Er starb 1157.

selbst ein Kampf um Demokratie. Es ist keineswegs falsch, das widerständige Wesen aller Stammesordnungen des Mittelalters als Kampf um die Demokratie zu interpretieren.

Wenn wir den offiziellen Islam als ideologisches Monopol interpretieren, können wir die halb geheimen konfessionellen Ideologien auch als demokratische Diskurse betrachten. Diese demokratischen Volksbewegungen, die bis Anfang des 19. Jahrhunderts existierten, sollten mit dem Beginn des Einflusses der kapitalistischen Moderne auf den Mittleren Osten in eine neue Phase eintreten. Auf der einen Seite zerfiel das imperiale Regime, die alte hegemoniale Macht unter nationalstaatlich orientierten Angriffen. Andererseits verschärften die an ihre Stelle tretenden kleinen Nationalstaaten das Problem der Demokratie noch weiter. Nationalstaaten repräsentieren eine zweifache Entfremdung: Erstens besteht eine Entfremdung von der Macht, die sie von der alten Zivilisation übernehmen. Zweitens erfolgt die Entfremdung durch den Nationalstaat, den die kapitalistische Moderne oktroyiert. Das starre Gewaltmonopol praktiziert gegen die Kultur des Volkes Regimes, die an Genozid heranreichen. Die Einführung des Kapitalismus durch die Hand des Staates, die Verbürgerlichung und die Faschisierung gehen Hand in Hand. Die Türkei sollte diesen Prozess im 20. Jahrhundert intensiv durchlaufen. Die [jungtürkische] Bewegung, die sich selbst »Komitee für Einheit und Fortschritt« nannte, ist Ausdruck dieser Realität.

Vieles weist darauf hin, dass das Komitee für Einheit und Fortschritt den Prototyp für die italienische faschistische Partei und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei darstellte. Dass in einigen Ländern, in denen sich der Kapitalismus erst spät durchsetzte, ähnliche Entwicklungen erfolgten, ist kein Zufall, sondern hängt mit der Natur der kapitalistischen Moderne zusammen. Entscheidend dabei ist die Verantwortung der bürokratischen Bourgeoisie, nach deren Kalkül sie aus der sich vertiefenden Krise der Moderne nur durch verschärfte Klassenkämpfe und Völkermorde gestärkt hervorgehen könne.

Der Anteil der realsozialistischen Bewegung, die zur gleichen Zeit versuchte, ein System aufzubauen und sich dabei die Elemente »Nationalstaat« und »Industrialismus« zu Hauptzielen erkor, darf nicht unterschätzt werden. Nicht nur die Demokratie, das Volk selbst stand vor der Frage von Sein oder Nichtsein als kulturelle Existenz. Die beiden

Weltkriege und die Zeit dazwischen können wir als Periode des Wahnsinns definieren, in der sich die kapitalistische Moderne mit ihren drei Hauptelementen Kapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus weltweit die Hegemonie sicherte. Während viele Nationen, Völker und Kulturen die Bedrohung dieses Wahnsinns bis ins Mark spürten, hielt dies diejenigen, die sich retten konnten, nicht davon ab, sich aufzublasen und vor dem herrschenden System zu kapitulieren. Die Erfahrungen der in der Moderne verhafteten III. Internationale, die in den 1930er Jahren versuchte, eine antifaschistische Front der Werktätigen und Völker aufzubauen, bedeuteten für die Demokratie keinen großen Gewinn. Im Kalten Krieg nach dem II. Weltkrieg verleugneten sowohl die liberalen Demokratien als auch die realsozialistischen Demokratien das Wesen der Demokratie an sich. Dass die Kämpfe um die Hegemonie mit dem Mantel der Demokratie zugedeckt wurden, war lediglich eine taktische Frage. Der Zusammenbruch des Realsozialismus bedeutete im Grunde auch den Zusammenbruch des Liberalismus. Die Welt nach 1990, die von immer tieferen strukturellen Krisen des Systems heimgesucht wird, hat die Frage der Demokratie in ihrer ganzen Bedeutungsschwere auf die Tagesordnung gesetzt. Weltweit wurde der Versuch unternommen, die Demokratie in Form und Inhalt neu zu definieren und als demokratische Moderne zu systematisieren.

In dieser stürmischen Periode der Weltgeschichte stand auch die Türkei einmal vor der Frage von Sein und Nichtsein, erhielt aber andererseits die Chance, als Republik einen neuen Anfang zu wagen. Mustafa Kemal Pascha, die Persönlichkeit, auf die dieser Aufbruch zurückgeht, können wir als gleichbedeutend mit der Republik definieren. Diese beiden Phänomene, Mustafa Kemal und die Republik, zu analysieren, hat auch heute nichts von seiner Wichtigkeit verloren. Dass Mustafa Kemal selbst seine Idee einer Republik wie ein Geheimnis hütete und sie erst am geeigneten Tag proklamierte, unterstreicht bereits diese Bedeutung. Die Frage, wie die Republik entstand und wogegen sie sich richtete, hängt genauso unbeantwortet in der Luft wie die Frage, aus welchen universalen Tatsachen sie sich herleitete. War diese Republik, deren Bezeichnung cumhuriyet nichts anderes als das arabische Wort für »Demokratie« ist, eine wirkliche Demokratie? Wenn nicht, was war der Grund dafür? Diese grundlegenden Fragen müssen beantworten werden, denn

nur durch die Analyse der ihnen zugrunde liegenden Tatsachen lässt sich das Demokratieproblem vollständig begreifen, das die heutige Türkei vollständig lähmt.

Um dieses Thema zu erhellen reicht es nicht aus, nur die jüngere Vergangenheit der Türkei zu betrachten. Wie in jedem anderen Land der Welt lässt sich die Situation der Türkei nur im internationalen Kontext, besonders in Zusammenhang mit der aufstrebenden hegemonialen europäischen Zivilisation begreifen. In dieser Zeit erlebte das hegemoniale System seine stärkste Phase der Globalisierung. Selbst die Entwicklungen in den entferntesten Winkeln der Erde können nur mangelhaft analysiert werden, wenn sie nicht in Beziehung zum hegemonialen System gesetzt werden. Die zweite wesentliche Tatsache ist die mögliche Beziehung der Veränderungen in der Türkei mit dem Aufbruch in Europa, der zur französischen Revolution führte. Hier lautet der Schlüsselbegriff »Jakobinismus«. Ohne den Jakobinismus zu begreifen, der am offensten in der Französischen Revolution auftrat, sich aber in allen Revolutionen der Moderne bemerkbar machte, können wir den Jakobinismus in anderen Teilen der Welt, darunter der Türkei, nicht begreifen.

Zunächst ist der Jakobinismus als eine universelle Erscheinung der Moderne zu betrachten. Der Jakobinismus spielte eine zentrale Rolle bei der Überwindung der theokratischen Tradition, die 5000 Jahre lang die zentralen Zivilisationen prägte. Er repräsentiert die an die Macht drängende Mittelklasse, die Bourgeoisie, und darin den radikalsten Teil der revolutionären Bourgeoisie. Sowohl ideologisch als auch in der Praxis drückt sich in ihm Radikalismus aus. Die geeignetste Umgebung für eine Machtübernahme ist die Besatzung durch eine als fremd empfundene Macht. Ohne eine offene Besatzung hat die jakobinische Bourgeoisie nahezu keine Chance an die Macht zu gelangen. Erst wenn die gesamte Gesellschaft die offene Besatzung als Katastrophe betrachtet, reift die Gelegenheit für den Jakobinismus. Dann ist die Zeit da, die Bühne der Geschichte als Macht zu betreten. Die Gesellschaft sucht einen Retter. Die traditionellen Machthaber, die theokratischen Monarchien, haben die Besatzung nicht verhindert und sind ohnehin schon längst Kollaborateure. Nur durch enge Kollaboration mit den ausländischen Kräften können sie ihre Interessen sichern. Daher verlieren sie in der Gesellschaft ernsthaft an Legitimität. In dieser Situation sind es

nicht die kollaborierenden Oberschichten, sondern die Mittelschichten, die sich ideologisch und organisatorisch in der besten Position befinden. Innerhalb dieser Schichten ist es die jakobinische Bourgeoisie, die sich am besten ausgebildet und organisiert hat. Prototypen der Jakobiner lassen sich in der holländischen und englischen Revolution ausmachen. Beispielsweise war Oliver Cromwell, der in den 1640er Jahren, also lange vor der französischen Revolution, seinen König hinrichten ließ, der Anführer einer englischen jakobinischen Revolution. Eigentlich ist nicht die Französische Revolution von 1792, sondern diese englische Revolution die größte jakobinische Revolution. Die Französische Revolution ist nur die zweite oder dritte Version dieses Modells.

Man kann Holland als das eigentliche Land der Revolution ansehen, in dem – wenn auch in anderer Form – der Jakobinismus heranreifte. Der Jakobinismus heißt nicht nur, dass die traditionellen Oberschichten nicht länger zu regieren in der Lage sind, sondern definiert sich auch als eine Bewegung, die in einer Situation an die Macht drängt, da die untersten Schichten der Armen nicht über die notwendige ideologische und organisatorische Ausstattung zum Regieren verfügen. In allen drei Ländern hat sich unter ähnlichen Bedingungen der Jakobinismus als klarster Verfechter der Parolen von Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit hervorgetan und den größten Teil der Bevölkerung unter seiner Führung mobilisiert. Der kritische Moment ist jener, in dem sich die Masse der Bevölkerung erhebt, um an die Macht zu drängen. Momente wie diese sind es, in denen die Gesellschaft mit den größten Veränderungen schwanger geht. Alles wird bis ins Mark erschüttert. Diese Erschütterungen sind für die Geburt des Neuen notwendig. Für Frankreich war dieser kritische Moment im April 1792 gekommen. Der König kollaborierte nicht nur mit der gesamten europäischen Aristokratie und bemühte sich um eine Gegenrevolution, gleichzeitig befand er sich auf der Flucht. Die gemäßigten Kreise der Mittelschicht, die Girondisten, schreckten vor radikalen Schritten zurück. Die unterste Schicht, die Kommunisten und Anhänger Babeufs, waren in einer sehr schwachen Position. Die Situation war wie geschaffen für die Jakobiner. Unter diesen Bedingungen wurde eine der größten bekannten Terrorperioden der Geschichte eingeläutet. Diese endete erst mit dem Tod des jakobinischen Führers Robespierre durch die Guillotine im Juli 1794.

Die Zeit von 1792-1794 war die Zeit der ersten revolutionären Republik. Danach folgten verschiedene Perioden, in denen im Wesentlichen nach einer neuen Ordnung gesucht wurde. Diese Suche geht auch heute, in der Zeit der Fünften Republik, weiter.

Bei der Analyse des Jakobinismus müssen wir einige Punkte deutlich hervorheben. Zunächst einmal handelt es sich nicht um die Bewegung einer Minderheit, sondern um eine Massenbewegung. Zweitens handelt es sich trotz aller Parolen von Freiheit und Gleichheit im Wesentlichen um eine radikale Bewegung für die Macht der Mittelklasse. Wir können auch von einer diktatorischen Phase sprechen. Drittens beginnt der Abstieg der jakobinischen Bewegung, sobald mit dem Wegfall der inneren und äußeren Bedrohungen für das gesamte Land und die Gesellschaft ihre materielle Grundlage verloren geht. Meist folgen auf sie weiter rechts stehende Kräfte, selten auch linkere Kräfte. Beispiele dafür sind einige kurzlebige Bewegungen in einigen Ländern während der Revolutionen von 1848 und in der Pariser Kommune 1870.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der in Zusammenhang mit dem Jakobinismus erwähnt werden sollte, ist die Tatsache, dass er sich im Moment des Aufstands als neue und gesamte Nation geriert, im Falle der Machtergreifung dann als Nationalstaat. Bei der Nation und dem National-Etatismus handelt es sich im Wesen um die Form und Bezeichnung für das neue Sakrale, das an die Stelle der traditionellen gesellschaftlichen Form des Universellen, der Ökumene oder der umma tritt. Die nunmehr deklarierte neue Nation und der Nationalstaat werden als neue Religion begriffen, die an die Stelle der alten tritt. Um die Macht darzustellen, muss eine formelle Deklaration der Gesellschaft als neues Sakrales erfolgen. Sonst würde sie von der älteren religiösen Gemeinschaft wieder gestürzt. Dass der französische National-Etatismus sich von Geburt an so unflexibel zeigte, hängt mit dem exzessiven Terror der revolutionären Bedingungen zusammen. Dass der Umsturz terroristisch erfolgte, ist eine Besonderheit des Radikalismus der Mittelklasse. Sie hält es zuweilen für nötig, äußerst hart und gnadenlos vorzugehen, um die Macht zu erobern. Aus dem gleichen Grund wendet sie sich schnell dem Pazifismus zu, sobald die Chance auf die Ergreifung der Macht schwindet. Diejenigen Kreise, die in dem Moment, da ihre Hoffnung auf die Macht nachlässt, am schnellsten abkühlen und sich

den meist rechten Kräften ergeben, sind ebenfalls unter den Jakobinern zu finden. Ein kleinerer Teil radikalisiert sich weiter und schließt sich den Kommunisten an, oder die Bewegung wird selbst kommunistisch. In revolutionären Prozessen in Europa und später überall auf der Welt lässt sich dieser Ablauf beobachten. Ein weiterer wichtiger Punkt, der am konkreten Beispiel Europas untersucht werden muss, ist der Zusammenhang von Faschismus und Bolschewismus mit dem Jakobinismus.

Der Jakobinismus ging natürlich nicht 1794 unter, sondern existierte weiter. Er prägte alle folgenden revolutionären Prozesse in verschiedenen Formen. Er spielte den Vater für zwei extreme Klassenherrschaften und Nationalismen. Der deutsche Nationalismus und der Nationalsozialismus als seine extremste Form haben ihre Wurzeln ebenso im Jakobinismus wie der russische Nationalismus und der Bolschewismus. Der italienische Faschismus kann seine jakobinischen Wurzeln noch viel weniger verleugnen. Sämtliche faschistische Bewegungen stellen die terroristischste Form der monopolisierten bürgerlichen Herrschaft der Jakobiner dar. Der Bolschewismus hingegen – und gleiches können wir für ähnliche Bewegungen anführen – stellt den Terrorismus der im Namen der Unterschicht an die Macht gekommenen Kreise dar. Durch beide wurden Nation und National-Etatismus in extremer Weise ausgedrückt und aufgebaut, jedoch im Namen verschiedener Klassen. Doch können wir nicht leugnen, dass sie eine gemeinsame jakobinische Wurzel besitzen. Der wichtigste Punkt, der hier zu klären ist, betrifft die Frage, wie kommunistisch die Bolschewisten tatsächlich waren. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass die Bolschewisten trotz aller Ideale ihre Wurzeln bei den Jakobinern hatten. Es gelang ihnen nicht, ganz zu Kommunisten zu werden und eine Wendung hin zum Kommunismus zu vollziehen. Ihre Ausrichtung auf die Macht und ihr klassenorientierter Nationalismus führten dazu, dass sie selbst einen Nationalstaat anstrebten. Der Nationalstaat ist jedoch die grundlegende Staatsform des Kapitalismus, gegen den sie sich eigentlich wendeten. Dass sie zu Pionieren der Industrialisierung wurden, führte zwangsläufig dazu, dass sie als radikale Modernisten auftraten. Das aber war das Ende ihrer Revolution. Das Beispiel des Realsozialismus, besonders dessen sowjetische und chinesische Ausprägung, bestätigen diese Tatsache.

Der Zusammenhang zwischen Jakobinismus und Liberalismus tritt

klarer zu Tage. Der Jakobinismus spielt die Rolle der revolutionär-terroristischen Strömung des Liberalismus. Er stellt also den radikalen Flügel des Liberalismus dar. Man kann sich den Liberalismus als Krake mit vielen Armen vorstellen. Es gibt nur zwei Bewegungen, die der Liberalismus nicht aufgesogen hat: den Katholizismus und die demokratisch-kommunalistische Bewegung.

Die liberale Weltanschauung besitzt eine ideologische Hegemonie, die äußerst schwer zu analysieren ist. Sie nutzt verschiedene subjektive und objektive Idealismen und Materialismen der positivistischen Ideologie. Dass so unterschiedlich erscheinende Strömungen und Lebensstile wie radikaler Anarchismus, neue Frauenbewegung und ökologische Bewegungen von der kapitalistischen Moderne aufgesogen wurden, beweist, dass die ideologische Hegemonie des Liberalismus eine der wahren Kraftquellen des Kapitalismus darstellt.

Insofern wird deutlich, warum wir die Geburt der modernen Türkei in Zusammenhang mit dem globalen Kapitalismus und dem Jakobinismus analysieren müssen. Der Zerfallsprozess des Osmanischen Reiches, das einem Kapitalismus gegenüberstand, der seit den 1870er Jahren ins imperialistisch-monopolistische Stadium übergegangen war, begann mit der Berliner Konferenz von 1878. Die nationalstaatlichen Strömungen erschütterten die Institutionen des Reiches von außen und im Innern. Eingeleitete Reformschritte blieben ineffektiv. Ihr Hauptzweck war die Rettung des Reiches. Die als Jungtürken bezeichnete Bewegung orientierte sich an der in Europa von Mazzini angeführten Strömung und formierte sich als nationalistischer Flügel des Jakobinismus.

Die politische Strömung des Komitees für Einheit und Fortschritt (ittihad ve terraki), die man auch als Ausprägung eines osmanischen Nationalismus betrachten kann, besitzt einige interessante Aspekte. Zunächst einmal handelt es sich um eine Strömung bzw. Bewegung, die sich nicht innerhalb der Gesellschaft organisierte, sondern innerhalb des Staates. Die zweite wichtige Besonderheit besteht darin, dass sie sich von Anfang an in der Form des Staatsnationalismus organisierte. Die dritte Besonderheit ist der Systemwandel hin zu Kapitalismus und Bourgeoisie durch die Hand des Staates. Diese drei Besonderheiten zeigen eindeutig den rechten, faschistischen Charakter des »Einheit und Fortschritt«-Jakobinismus. Während selbst der Nationalsozialismus in

Deutschland und der italienische Faschismus als Massenbewegungen begannen und sich später als Staaten organisierten, entstand ittihad ve terraki vollständig innerhalb des Staates. Dies verweist auf den äußerst reaktionären Charakter dieses Jakobinismus, wenn nicht sogar über den Jakobinismus hinaus auf den Faschismus. Die Organisierung als Parallelstaat innerhalb des Staates ist eine selten anzutreffende Organisationsform. Dies versinnbildlicht die Tatsache, dass es sich nicht um einen im Vergleich zum traditionellen Staat fortschrittlichen, sondern um einen faschistischen Staat handelt. In dieser Form handelt es sich um eine historische Premiere, ein beispielhaftes Phänomen. Nicht ohne Grund hat sich Hitler später daran ein Beispiel genommen. Wir haben hier das Originalmodell des Staates im Staate.

Noch bizarrer ist der Aufbau eines Nationalismus durch einen Staat im Staate. Dass von den ersten vier Gründern der Organisation kein einziger türkischstämmig war, sie trotzdem aber daran gingen, eine proto-türkische Nation aufzubauen, kann als Vorbote eines Demokratieproblems gelten, dass sich im Laufe der Zeit weiter verschärfen sollte. Der Parallelstaat und die Nation, die sie aufbauten, widersprachen von Anfang an sowohl dem traditionellen Staat als auch den soziologischen Tatsachen und waren rein fiktional. Damit zeigt sich eine weitere distinktive Qualität ihres faschistischen Charakters. Das Komitee wandte sich Anfang des 20. Jahrhunderts der klandestinen Organisierung zu, was einer Art Bürgerkrieg gleichkommt. Der Beginn des Bürgerkriegs innerhalb des Staates ist auf das Jahr 1906 zu datieren. Das Konzept eines Bürgerkriegs innerhalb des Staates ist ebenfalls merkwürdig und selten zu beobachten. Dieser Schritt sollte später als Vorbild für das Modell des Staatsstreichs dienen und selbst die westliche Form der Demokratie unmöglich machen.

Den offiziellen Staat als inoffiziellen Kern zu benutzen, kommt einer äußerst schweren Verletzung der Demokratie gleich. Noch schlimmer, es bedeutet das Ende des Staates als solchem. Die offensichtlichste Aufgabe des Staates ist, die Gesellschaft durch offizielle und bekannte Regeln zu verwalten. Trotz aller Mängel folgten die osmanischen Sultane in der Staatsführung ganz klar einer bestimmten Tradition. Es gab Regeln, wenn sie auch religiösen Charakter besaßen und bestimmten moralischen Vorstellungen folgten. Eher selten wurde zu Verschwörungen

gegriffen, und dies war Folge bestimmter individueller Initiativen. Der Stil, mit dem die ittihad ve terraki-Mitglieder sowohl den Staat als auch die Gesellschaft führten, besaß durchgängig einen verschwörerischen und putschistischen Charakter. Insofern hörte der Staat als solcher auf zu existieren. Der Eintritt in den I. Weltkrieg demonstriert dies in aller Deutlichkeit. Eine detaillierte Analyse zeigt, dass durch die degenerierten und faschisierten Methoden des Jakobinismus der Staat nicht gerettet, sondern liquidiert wurde. Dass der Staat sich in eine kriminelle Organisation verwandelte, bedeutete sein Ende. Entgegen aller guten Absichten trugen die erste und zweite konstitutionelle Periode zur Verwandlung des Staates in eine nicht-konstitutionelle kriminelle Organisation bei. Die neue Form, in die die bürokratische Bande den Staat gebracht hatte, ließ die Sehnsucht nach seiner alten Form erwachen.

Die Niederlage, die der deutsche Faschismus 1945 erlitt, ereilte den Faschismus der ittihad ve terraki-Organisation, die im Namen des Türkentums operierte, bereits 1918. Es hätte gar nicht anders kommen können, denn durch das Bandenwesen im Inneren war der Staat seit langem verloren. 1918 war in Anatolien und Mesopotamien nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft mit einer offenen Besatzung konfrontiert. Die Krise von Staat und Demokratie machte sich in scharfer Form bemerkbar. In dieser Situation sahen der verbliebene Staatsapparat und die gesellschaftlichen Kräfte für sich keine andere Lösung als sich zur Wehr zu setzen, also die Selbstverteidigung aufzunehmen. Angesichts dieses Panoramas erinnert die Führung Mustafa Kemals natürlich an eine jakobinische. Die offene Besatzung breitete sich Schritt für Schritt aus. Die traditionelle Führungselite kollaborierte längst mit den ausländischen Mächten. Die äußerst schwache kommunistische Bewegung war nicht in der Lage, die Führung zu übernehmen. Nur die radikalsten und am meisten organisierten Teile der Mittelschicht besaßen die Chance, im Namen der gesamten Gesellschaft Menschen zu mobilisieren. Mustafa Kemal war sowohl von seiner Persönlichkeit als auch von seiner Erziehung her und wegen seines Selbstbewusstseins und seines Willens geradezu ideal geeignet, in dieser Situation die Führungsrolle zu übernehmen. Dass er außerdem die französische Sprache beherrschte, erleichterte es ihm, die Dritte Französische Republik mit ihren jakobinischen Prinzipien gut zu verstehen. Er besaß eine gute

Kenntnis des jakobinischen Republikanismus. Auch aus organisatorischer Perspektive befand er sich in einer guten Position. Er stand in Opposition zur Führung der ittihad ve terraki. Als diese zerfiel gelang es ihm, sie mit seiner eigenen Gruppe zu vereinen und so seine Chancen auf eine jakobinische Führung zu vergrößern. Es blieb nur noch, die faktische Führung zu übernehmen.

Auf welche Weise Mustafa Kemal 1919 diese Führung übernahm, ist bekannt. Es wird oft die Frage gestellt wie es ihm gelang, die Kommandantur sowohl der britischen Besatzungsmacht als auch Sultan Vahdettin zu übergehen. Es ist hier nicht der Raum diese kontrovers diskutierte Frage zu erörtern. Wichtig ist allein, dass er die faktische Führung übernahm. Der Prozess, der 1920 durch die Ausrufung der Großen Volksversammlung der Türkei eingeleitet wurde, markierte nicht nur eine Kriegserklärung gegenüber der Besatzung, sondern stellte darüber hinaus eine gesellschaftliche Revolution dar. Dies beweisen die Eigenschaften und Ziele dieses Parlaments. Zunächst einmal ist als äußerst wichtiger Punkt festzuhalten, dass als Akteure dieser Revolution nicht die zerstreuten staatlichen Kräfte, sondern die gesellschaftlichen Kräfte fungierten. Wenn die Letzteren keine Unterstützung geleistet hätten, wäre es dem kranken und von der schweren Niederlage gezeichneten Staatsapparat nicht möglich gewesen, die revolutionäre Bewegung anzuführen. Es scheint, dass Mustafa Kemal diese Situation richtig erkannt hatte. So wird verständlich, warum er beharrlich das Parlament als die einzige Quelle von Legitimität betrachtete. Das Parlament war sich der Bedingungen zum Umsturz bewusst, wenn auch nicht in ausreichendem Maße. Es repräsentierte diejenigen Kräfte, die gesellschaftliches Gewicht besaßen. Die demokratischen Züge des ersten Parlaments waren offensichtlich. Seine religiöse, nationale und klassenmäßige Zusammensetzung demonstrierte den Nationalpakt (misak-ı millî), auf dem es beruhte. Es würde der Besatzung konsequent entgegentreten. Die religiösen Aspekte der Gesellschaft überschatteten die nationalen. Die bedeutsamsten gesellschaftlichen Kräfte waren die muslimischen Türken und Kurden. Das Parlament stand dem Kommunismus nicht feindlich gegenüber, sondern pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Lenin und seiner III. Internationale. Es war von der Mittelklasse geprägt. Ein bedeutender Teil der Bürokratie und der Notablen entstammte dieser

Klasse und sah die Bewegung als Lösung in der Frage der Existenz an. Noch konkreter kann es folgendermaßen benannt werden: In der Großen Nationalversammlung der Türkei bestand ein Bündnis aus ideologisch der Mittelklasse entstammenden, türkischstämmigen Nationalisten, türkischen und kurdischen Stammesführern und Notablen als Verfechtern der islamischen umma sowie mit Sozialisten aus der Unterschicht, die mit dem Bolschewismus sympathisierten. Auch wenn es nicht klar zutage trat, so waren dies die Strömungen und ihre Repräsentanten, die sich als gesellschaftliche Kräfte unter den Bedingungen der offenen Besatzung mobilisieren ließen.

Obwohl es zu Reibungen kam, wurde die Führungsrolle Mustafa Kemals akzeptiert. Die offene Besatzung wurde durch die Mobilisierung dieser gesellschaftlichen Kräfte verhindert. Die revolutionäre Phase der Jahre 1920-1922 stand unter dem Zeichen von Gewalt und Militär. Als jakobinische Phase wurde sie erfolgreich absolviert. Sie stellte eine große Gelegenheit für die Demokratisierung dar. Noch die Ausrufung der Republik im Jahre 1923 bot diese Gelegenheit. Doch als die Verfassung von 1924 weit hinter der von 1921 zurückblieb, mit den Wahlen von 1923 die Vielstimmigkeit in der Nationalversammlung zum Schweigen gebracht wurde und 1925 unter dem Vorwand eines kurdischen Aufstands die Ausgrenzung der Kurden einsetzte, war diese Chance vertan. Im Gegenteil: Die Wahl fiel auf ein hegemoniales Ein-Parteien-System.

Noch immer werden die Ursachen hierfür diskutiert. Es folgte die Tötung von Mustafa Suphi, dem Führer der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), und weiterer führender Kader im Januar 1921, die Ermordung von Said-i Nursî und die Exilierung von Mehmet Akif Ersoy, zwei wichtigen Persönlichkeiten der islamischen Bewegung, im Jahr 1923 und der kurdische Aufstand 1925 aufgrund von Provokationen und Verschwörungen. Diese Ereignisse zeigen, dass die demokratische Allianz zerbrochen und ein Prozess im Gange war, der zur Hegemonie einer Gruppe führte. Bei der Analyse dieser Entwicklung die Verantwortung einzig der Person Mustafa Kemal anzulasten, führt zur Ausblendung der eigentlichen Ursachen. Mustafa Kemal hatte seine historische Rolle bei der Abwehr der Besatzung und bei der Ausrufung der Republik zur Genüge gespielt. Doch er konnte die demokratische Allianz nicht bewahren, ihr Auseinanderbrechen nicht verhindern. Die

inneren und äußeren Gründe dafür überstiegen die Rolle einzelner Personen bei weitem. Für die Ausgrenzung der Kurden spielten im Inland sowohl Kollaborateure mit dem Sultanat als auch diejenigen eine große Rolle, die den kurdischen Aufstand anstachelten. Dabei hatte die Große Nationalversammlung 1922 bei einer geheimen Abstimmung mit 373 gegen 63 Stimmen für die Errichtung eines Parlaments der Kurden auf der Grundlage einer Autonomie gestimmt. Mustafa Kemal selbst sprach Anfang 1924 in öffentlichen Reden von Lösungsprojekten, die auf eine Art demokratischer Autonomie für die Kurden hinausgelaufen wären.

Die Ausgrenzung der Kurden war keine bewusste Entscheidung Mustafa Kemals mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung, sondern hing mit Provokationen der Briten und Anhängern des Sultanats zusammen. Beide bezweckten Mossul und Kirkuk aus den Grenzen des Nationalpaktes misak-ı millî herauszuhalten. Hierzu wurde ein Abkommen getroffen: Im Austausch gegen Mossul und Kirkuk sollten die Kurden liquidiert werden, so wie es bereits den Griechen und den Armeniern geschehen war. Es ist aber zu fragen, warum die Republik für einige Zugeständnisse an die Briten, gegen die sie einen Unabhängigkeitskrieg geführt hatte, die Kurden aus dem System ausgrenzte? Die Entscheidung war kein historischer Fehler, sondern eine bewusste Wahl. Man glaubte, die Allianz mit den Kurden nicht mehr zu benötigen. Außerdem befürchtete man eine Unterstützung der Kurden seitens der Briten. Der erzielte Kompromiss ähnelte den Abkommen mit Griechenland, Russland und Frankreich. Eine der wichtigsten antidemokratischen Maßnahmen während der Gründungsjahre der Türkei betraf damit die Kurden. Das Ergebnis sind Leiden, die bis heute währen, materielle Verluste und die Degeneration der Republik in antidemokratischem Sinne.

Die zweite bedeutende antidemokratische Maßnahme war der Bruch der Allianz mit der islamischen Gemeinde oder umma. Im Namen von Fortschritt und Laizismus wurde pausenlos eine ideologische und praktische Kampagne gegen die islamische umma geführt. Im Kern ging es hierbei um eine hegemoniale Entscheidung des Systems. Die Kräfte der kapitalistischen Moderne wollten mit diesem antidemokratischen Schritt die gesellschaftlich vorherrschende Auffassung von der islamischen umma brechen und die Massen, die ihr anhingen, unter ihre Hegemonie bringen. Hierbei spielten die führenden europäischen

Hegemonialmächte, allen voran Großbritannien, eine bedeutende Rolle. Die Entscheidung zu dieser Vorgehensweise erfolgte mit ihrer Billigung. Es bestand das strategische Ziel, die junge Republik Türkei im In- und Ausland von der islamischen umma zu trennen. Die Weichen wurden dementsprechend gestellt.

Ein anderes Ziel betraf die Repräsentanten der Werktätigen. Sie sollten von Beginn an aus dem System herausgehalten werden. Dies betrifft nicht nur die Ermordung Mustafa Suphis und seiner Genossen. Die ständigen Verbote und Verhaftungen hatten ihre Ursache in der Entscheidung des Systems für ihre Ausgrenzung.

Denn es handelte sich um eine bürgerliche Hegemonie, die versuchte, sich unter den schützenden Flügeln einer Republik zu bilden. Von den Mächten der kapitalistischen Moderne hatte sie die Erlaubnis zur Macht unter deren Hegemonie erhalten, wobei sie ihre strategischen Verbündeten benutzte. Als die Republik gerade erst ausgerufen worden war, zeigte sich bereits auf dem Wirtschaftskongress von Izmir deutlich die Präferenz für den Kapitalismus. Mit den sogenannten zivilen Revolutionen wie der Hutrevolution und der Alphabetsreform erfolgte die Entscheidung des neuen Staates für die Moderne, und mit der Ausgrenzung der Verbündeten stellte er sich klar auf die Seite der westlichen Zivilisation. Hierbei spielt weniger Mustafa Kemals Persönlichkeit eine Rolle, sondern es stehen vielmehr die Braudelschen Begriffe der konjunkturellen und strukturellen Zeitebene im Vordergrund. Die Republik konnte nur überleben, wenn sie sich die Freundschaft des Britischen Empire sicherte. Zwar bestand auch ein Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion, doch die Freundschaft, auf die es machtpolitisch ankam, war diejenige mit Großbritannien.

Diese Kräfteverhältnisse prägten die Außenpolitik Mustafa Kemals. Er konnte die Republik nur durch Kompromisse mit dem Britischen Empire am Leben erhalten. Entsprechend realistisch handelte er.

Die politische Formation jener Zeit harmonierte vollständig mit der britischen Politik. Der Republik war erlaubt worden, als Nationalstaat zu existieren. Im Gegenzug wurden Kurden, Islamisten und Sozialisten ausgegrenzt. Wenn es diesen Kompromiss mit der britischen Politik nicht gegeben hätte, wäre es der Republik nicht möglich gewesen, ihre Hauptverbündeten zu ignorieren. Bei der Entscheidung für den

Nationalstaat spielte zudem eine Rolle, dass die damalige weltpolitische Konjunktur autoritären und faschistischen Regimes zuneigte. Insbesondere in den 1930er Jahren wurde dies ganz deutlich. Die Republik gab langfristig der westlichen Zivilisation den Vorzug. Die sowjetische Option oder eine Rückkehr zu einem islamischen System standen niemals zur Debatte.

In der Republik Türkei wurde es als wichtiger erachtet, den Nationalstaat auf einen extremen Nationalismus zu gründen als demokratische Schritte zu unternehmen. Entgegen der landläufigen Meinung war jedoch Mustafa Kemal hierin nicht führend. Die Episode mit der »Freien Partei« (serbest fırka) im Jahre 1930 und sein lebhaftes Interesse für Forschungen zu Sumerern und Hethitern belegen, dass er ein demokratisches, nicht rassistisches Verständnis von Patriotismus besaß, das auf dem kulturellen Reichtum Anatoliens beruhte. Die extreme und rasante Verfolgung des nationalstaatlichen Programms hängt vielmehr mit der Stärke der ittihad-Tradition zusammen. Es scheint, dass außer Mustafa Kemal praktisch niemand gegen diese Tradition ankämpfte. Ganz im Gegenteil entstammte der allergrößte Teil der führenden Militär- und Zivilbürokratie, darunter İsmet İnönü, Fevzi Çakmak und Kâzım Karabekir, dem Komitee für Einheit und Fortschritt (ittihad ve terraki), das fest in dieser Tradition agierte. Die einzige Veränderung war, dass sie nicht länger auf Seiten der Deutschen standen, sondern nunmehr auf der der Briten. Die Vorgänge nach dem Attentat in Izmir zeigen, dass Mustafa Kemal von da ab völlig isoliert war. Ab 1926/27 befand sich Mustafa Kemal eingeschlossen in Çankaya[7] und zugleich gefangen zwischen den Zahnrädern der Bürokratie. Man muss sich auch vergegenwärtigen, dass die mit Großbritannien verbundene zionistische Bewegung bis zur Gründung Israels im Jahre 1948 den Juden als Heimat die neue Türkei empfahl.

Die Ära der Republik bis zum Tode Mustafa Kemal Atatürks war von einer antidemokratischen und hegemonialen Struktur und der starren und extrem nationalistisch-etatistischen Ideologie und Praxis der ittihat-Tradition geprägt. Die Entwicklung des Staatskapitalismus und der Industrie erfolgte nur in geringem Maße, obwohl ihnen Priorität eingeräumt wurde. Die kapitalistische Moderne, die »zeitgenössische

7 Amtssitz des Präsidenten der Türkei

westliche Zivilisation«, entfaltete ihre Hegemonie lediglich unter dem autoritären Regime einer Einparteienherrschaft. Das Demokratieproblem verschärfte sich dadurch beträchtlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging zwischen 1945 und 1950 der Stern der Demokratischen Partei (DP) auf, was mit dem Aufstieg der USA zur neuen Hegemonialmacht zusammenhing. Über die DP wurde ein Teil der islamischen Elite ins System integriert. Wenn in diesem Zusammenhang vom »Rückgang des Laizismus« die Rede ist, so ist eigentlich die Minderung der Profite der bürokratischen Bourgeoisie gemeint. Der Kampf um die Profite wurde über den Laizismus ausgetragen.

Auch die von Repression betroffene Linke versuchte, sich in dieser neuen Phase zu regen. Die kurdische Bewegung versuchte einen noch viel zaghafteren Aufbruch. Während die drei vom Ittihat-Faschismus unterdrückten demokratischen Bewegungen sich eine nach der anderen rührten, lösten die USA Großbritannien als Schutzmacht der Republik Türkei ab. Ein Ausdruck dieser veränderten Konstellation ist der Beitritt der Türkei in die neu gegründete NATO. Schutz für die Machthaber gewährleisteten die USA durch die →GLADIO-Organisation. Zwischen 1950 und 2007 arbeiteten alle militärischen und politischen Strukturen unter der Kontrolle von GLADIO. Aus Sicht des Demokratieproblems müssen wir verstehen, dass außer der jakobinischen Phase von 1920-1922 alle Phasen in der Republik Türkei unter der Kontrolle der kapitalistischen Moderne stattfanden. Unabhängigkeit ist eine kleinbürgerliche Utopie und keine Realität. In einem System der globalen Hegemonie der kapitalistischen Moderne kann es unabhängige Länder oder Staaten nicht geben. Die Republik Türkei ist wegen der spezifischen Besonderheiten Anatoliens ein Staat, der besonders fest ins Netz der Abhängigkeiten dieses Systems eingebunden war.

Nach dem Ende des kalten Krieges bestand in der NATO keine Notwendigkeit mehr, die GLADIO-Organisation aufrecht zu erhalten. In der Türkei aber blieb sie wegen der PKK bis 2007 aktiv. Die GLADIO-Organisation der NATO, die in der Türkei unter diversen Namen agierte, ließ nicht einmal einer Demokratie im bürgerlichen Sinne eine Chance. Aus internationaler Perspektive stand bei der Republik Türkei von 1925 bis zum Zerfall der Sowjetunion in den 1990er Jahren die antisowjetische Rolle im Vordergrund, nach 1990 sollte sie als

Modellland für eine Modernisierung der islamischen Tradition fungieren. Die putschistisch-geheimbündlerische Struktur der Türkei war ein wichtiger Grund dafür, dass sie auf diese Weise benutzt werden konnte. Es konnten die verschiedenen Cliquen immer wieder gegeneinander ausgespielt werden. Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen und Banden innerhalb des Staates verschärften die gesellschaftlichen Probleme weit mehr als dies bekannt ist. Eine mögliche Demokratiebewegung erschien daher als tödliche Bedrohung, und selbst die zaghaftesten Demokratiebestrebungen werden ausgemerzt.

Die Bedeutung der Republik Türkei für die westliche Zivilisation besteht lediglich in ihrem Beitrag zur Sicherheit, den Märkten, die sie der Wirtschaft bietet, und ihrer billigen Arbeitskraft. Der Kampf der Türkei gegen die PKK hat nicht nur diese Politik des Systems offen zutage treten lassen, sondern auch den Widerspruch zwischen dem System und der PKK bewiesen. Es hat sich gezeigt, dass diese keine Trennung zwischen Kurden und Türken bezweckt. Der Kampf für eine wahre Demokratie in der Türkei hat zum ersten Mal die Wahrheit über das herrschende System zutage gefördert und wirkte daher radikal. Es ist besonders wichtig zu verstehen, dass der Kampf der PKK nicht der Republik gilt, sondern der gegen sie gerichteten Demokratiefeindlichkeit. Als Antwort auf den National-Etatismus einen Ausweg aus dem Engpass des Nationalstaats zu suchen, kommt einer konsequenten Demokratisierung gleich. Dies bedeutet den Beginn eines Lösungsprozesses für das dramatische Demokratieproblem.

Letztlich steht der Versuch oghusischer Stämme zu Beginn des 11. Jahrhunderts, ihre wachsenden Probleme durch eine Hinwendung zum Islam zu lösen, am Beginn der Demokratieprobleme der heutigen Türkei. Während die in der Stammeshierarchie hochstehenden Gruppen durch Staatsgründung ihre Probleme lösen wollten, verbreiteten sich die mittellosen Unterschichten unter dem Namen »Turkmenen« im Mittleren Osten und versuchten, ihr Leben in Form ihrer primitiven, natürlichen Demokratie weiterzuführen. Die Oberschichten verloren ihre ethnischen Besonderheiten durch Assimilation an die arabische und persische Kultur, während die turkmenischen Stämme sie bis in die Gegenwart tradierten. Die Stammesaristokratie fand ihren Platz als Staatsführer und militärische Kommandanten in der Zentralzivilisation,

die Turkmenen führten überwiegend ihr früheres Nomadenleben fort oder wurden halb sesshaft. Zumeist vermischten sie sich mit den ortsansässigen Völkern. Während sich das Regime sowohl zu Zeiten der Seldschuken und Atabek als auch der Osmanen als gemeinsame Zivilisation der feudalen Aristokratie entwickelte, lebten die Völker auf natürliche Weise zusammen und vermischten sich weiter.

Zwischen den Vorfahren der heutigen Türken und Kurden mag es einige Konflikte gegeben haben, doch waren sie sich der lebenswichtigen Bedeutung gemeinsamer strategischer Beziehungen bewusst. Bereits im 11. Jahrhundert bei der Öffnung der Pforten Anatoliens für die oghusischen Stämme und dem Kampf gegen die Heere der Kreuzfahrer ist ein gemeinsames strategisches Vorgehen beider Völker zu beobachten. Die strategischen Verbindungen reichten über die türkischen und kurdischen Fürstentümer hinaus und entwickelten sich auch zwischen den Stämmen. Dabei ging es nicht nur um eine gemeinsame Front gegenüber dem Byzantinischen Reich und später den Kreuzfahrern, sondern auch gegen arabische und persische Sultanate, Schah-Reiche und Emirate. Dass die Provinz Kurdistan erstmals in seldschukischer Zeit gebildet wurde, belegt dies. In der Zeit der kurdischen Dynastie der Ayyubiden wurden diese Beziehungen noch deutlicher, und sie bestanden auch unter den Dynastien der Artukiden, der Kara Koyunlu und der Ak Koyunlu weiter. Die Probleme des Osmanischen Reiches bei der Expansion in Richtung Iran, Arabien und dem Kaukasus wurden nach langwierigen diplomatischen Bemühungen durch Idris von Bitlis mittels einer Einigung mit den kurdischen Fürstentümern überwunden. Daraufhin verdoppelte sich die Größe des Reiches. Die strategische Allianz zu jener Zeit liegt ganz offen zutage. Kern des Reiches waren in ethnischer Hinsicht Türken und Kurden. Natürliche Assimilation und kulturelle Angleichung zwischen beiden Gesellschaften fanden in jeder Richtung statt. Die Zahl der kurdischstämmigen Turkmenen und der turkmenischstämmigen Kurden wuchs.

Der Vorstoß der europäischen Moderne unter Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts und ihr Eindringen in die Kultur des Mittleren Ostens erschütterte und veränderte durch fortschreitende Besatzungen und koloniale Praktiken die Kräfteverhältnisse massiv. Lebensstil und Kultur der kapitalistischen Moderne wurden zuerst von den christlichen

Völkern aufgegriffen und stärkten deren nationalstaatliche Tendenzen. Die Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts zerschlug durch ihren Nationalstaat die mittelöstliche Kultur und ihre jahrtausendealte Gesamtheit und löste so Chaos, Krisen und Konflikte aus. Das Osmanische Reich wurde durch dieses nationalstaatliche Projekt der westlichen Moderne zerstückelt und zum Einsturz gebracht. Das Komitee für Einheit und Fortschritt, das sich zum Zwecke der Schaffung eines Staates im Staate geheimbündlerisch organisiert hatte, griff 1906 zu den Waffen und verschärfte die Staatskrise dadurch. Um die nationalstaatliche Tendenz der Moderne aufzuhalten, machten sie sich an den Aufbau eines besonders reaktionären, chauvinistischen und faschistischen Nationalismus. Die entscheidende Ursache für den Zusammenbruch des Reiches, die schweren Geburtswehen der Republik, ihre antidemokratische Praxis und ihre Stagnation war diese Strömung des Turkismus. Die Ironie der Geschichte will es, dass sie überwiegend von Nicht-Türken gebildet wurde. Ihr Beitrag zu Zerstückelung und Stagnation war ebenso groß wie derjenige der konkurrierenden Nationalstaaten.

Mustafa Kemal setzte die Begriffe, Theorien und Institutionen der Dritten Französischen Republik, die er sich zum Modell erkoren hatte, zwischen 1919 und 1922 – gegen zunehmende ausländische Besatzung einerseits und gegen Kollaborateure des Sultanats andererseits – durch eine jakobinische Revolution um. Dies hätte in gewissem Maße eine Lösung der bestehenden Staatskrise darstellen können. Die Republik Türkei wurde auf der Ruine des Osmanischen Reiches errichtet, das durch die Geheimbündelei der ittihad zerschlagen und zum Einsturz gebracht worden war. Das Problem des Staates wurde zum Teil gelöst, doch die gesellschaftlichen Probleme wurden verschärft. Das Projekt der Republik war ein Projekt der Moderne. Es sollte mit der in Lausanne erteilten Zustimmung der westlichen Hegemonialmächte verwirklicht werden. Es wäre möglich gewesen, dass die jakobinische Revolution von 1920-1922 nicht darauf beschränkt geblieben wäre, die Staatskrise durch die Etablierung der Republik zu überwinden. Wären die Mitglieder der Allianz aus laizistischen türkischen Nationalisten, Sozialisten, islamischen Verfechtern der umma und Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft nicht durch immer noch nicht völlig aufgeklärte Verschwörungen und Provokationen aus der Republik ausgegrenzt worden, so

hätte sich diese mit Leichtigkeit zu einer Demokratie weiterentwickeln können. Schließlich war der Sieg durch die Allianz dieser Kräfte zustande gekommen. Um eine zutreffende Analyse zu erhalten ist es wichtig, die Ausgrenzung durch Verschwörungen und Provokationen nicht Mustafa Kemal zuzuschreiben. Denn auch gegen Mustafa Kemal wurden ernsthafte Intrigen, Attentate und Provokationen inszeniert. Entscheidenden Anteil daran hatten die Kader der ittihat. Sie hatten Mustafa Kemal eingekreist. Die Partei für Einheit und Fortschritt hatte sich umbenannt und trat nun im Wesentlichen als Republikanische Volkspartei (CHP) auf. Mustafa Kemal versuchte selbst, mit der »Freien Partei« (serbest fırka) das Monopol der CHP zu brechen, doch blieb er damit erfolglos. Auf das neue Statut und Programm, das die CHP 1935 ganz offen nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Partei verabschiedete, reagierte auch Mustafa Kemal mit offener Ablehnung.

Von Bedeutung ist auch, dass von 1926 an nicht mehr der persönliche Einfluss Mustafa Kemals bestimmend war, sondern die Kader der ittihad nach und nach die Republik unter ihre Kontrolle brachten und einen ihrer faschistischen Mentalität entsprechenden extremen National-Etatismus institutionalisierten. Mustafa Kemals klare Prinzipien besagten, die Armee aus der Politik herauszuhalten, einen Rechtsstaat aufzubauen, Klassen- und Ständeinteressen zurückzuweisen, in der Außenpolitik auf Unabhängigkeit zu setzen und eine freiheitliche Politik zu betreiben. Die ihn umgebenden Kader vereitelten dies durch eine Politik der Intrigen und Privilegien. Bis heute bilden Putsche eine wichtige Grundlage der Politik. Es ging darum, durch Palastrevolten, Staatsstreiche nach Art der ittihad und Verschwörungen den Staat seines Wesens zu berauben, ihn unter Kontrolle zu bringen und die Tradition der despotischen Herrschaft fortzusetzen. Auf der anderen Seite gab es bedeutsame Kämpfe um den Versuch, den Staat in seiner eigentlichen Funktion zu erhalten. Der Aufbau der Republik durch Mustafa Kemal ist hier an erster Stelle zu nennen.

Während des Prozesses der westlichen Modernisierung stießen diese beiden Auffassungen ständig aufeinander. Der Staat befand sich dadurch in einer Dauerkrise. Die Gesellschaft wurde vor schwerwiegende Probleme gestellt und eine konsequente Demokratisierung verhindert. Die Republik diente den oligarchischen und durch Putsche

und Privilegien entstandenen Monopolen lediglich als Profitwerkzeug; sie wurde niemals zum wirklich laizistischen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Wichtigster Grund hierfür war ohne Zweifel die Zerschlagung des demokratischen Konsenses der beginnenden 1920er Jahre und das Hegemoniestreben der putschistischen, privilegierten und oligarchischen Monopole. Der innerstaatliche Kampf drehte sich nicht um den Begriff des laizistischen, sozialen und demokratischen Rechtsstaats, sondern um die Aneignung der äußerst großen Profite, welche die Macht mit sich bringt.

Wir können die Geschichte der Republik in drei Phasen einteilen. Die erste Phase von 1926-1950 lässt sich durch die Einparteienherrschaft und eine autoritäre, bürokratische Oligarchie charakterisieren. Die zweite Phase von 1950-1980 war geprägt von Staatsstreichen und harten Konflikten um die Neuaufteilung der staatlichen Profite zwischen Grundbesitzern, der Handelsbourgeoisie und den Importsubstitutions-Industriellen, die ihren Anteil an der bürokratischen Oligarchie verlangten. In der dritten Phase von 1980-2010 intervenierte das globale Finanzkapital direkt zum Zwecke der Beteiligung an den Staatsprofiten. Alle drei Phasen haben gemein, dass sie von einer harten, oligarchischen Herrschaft über die gesellschaftlichen Gruppen geprägt waren. Gleichzeitig fanden zahlreiche Kämpfe zwischen Parteien und Gewerkschaften statt, die alle dem Zweck dienten, den Staat zu erobern. Die ausländischen Hegemonialmächte, die diesen Prozess kontrollierten, waren von 1925-1945 im Wesentlichen Großbritannien und von 1945-2010 die USA. Ab den 1950er Jahren beteiligten sich in geringerem Maße auch die EU, der IWF und die Weltbank an diesem Prozess. Die eigentliche Führung lag aber bei GLADIO als Teil der US-dominierten NATO.

Die Kräfte, die bei der Gründung der Republik noch Teil der Allianz gewesen waren, fanden sich in einer natürlichen Position des Widerstandes gegen die über sie errichtete Hegemonie wieder. In allen drei Phasen lassen sich – wenn auch voneinander isoliert und unsystematisch – Widerstand dieser Kräfte oder aber Bemühungen beobachten, sich ins System zu integrieren. Die erste Gruppe, die angegriffen, unterdrückt und von den hegemonialen Kräften geopfert wurde, waren die bei der Gründung noch hilfreiche Sowjetunion und die ihr verbundenen Sozialisten und Kommunisten. Der Prozess ihrer Vernichtung, eingeleitet

mit der Ermordung Mustafa Suphis und seiner Genossen, wurde mit der Verhaftungswelle gegen die Kommunistische Partei 1927 und den Inhaftierungen von Hikmet Kıvılcımlı und Nâzım Hikmet fortgesetzt. Ab den 1950er Jahren dienten Repression und Verhaftungen als Eintrittskarte in die NATO und wurden weiter verschärft. Im bürokratischen Putsch vom 27. Mai 1960 sahen die Sozialisten eine Chance und versuchten, sich demokratisch zu artikulieren. Mit dem Putsch vom 12. März 1971 fielen sie wieder der Repression anheim. Bis in die 1980er Jahre hinein gab es den Versuch, den Widerstand fortzuführen, doch durch den Putsch von 1980 wurde ihnen das Rückgrat in einer Weise gebrochen, dass sie sich bis heute nicht davon erholt haben. Noch immer ist es nicht gelungen, sich gemeinsam und pluralistisch in radikal demokratischer Weise zu organisieren. Stattdessen gibt es verstreute Versuche schwacher, teilweise unverantwortlicher Gruppen, die eigene Existenz zu sichern. Sie stehen vor der Aufgabe, eine dem eigenen Potential entsprechende Mobilisierung und Demokratisierung zu leisten.

Die islamischen Verfechter der umma waren in geringerem Maße Angriffen, Verhaftungen und Exilierung ausgesetzt. Sie reagierten weniger mit Widerstand, sondern eher mit einer Anhäufung von innerem Groll. Der intellektuelle Widerstand der Jahre 1923-1950 von Mehmet Akif Ersoy, Said-i Nursî und Necip Fazıl Kısakürek bestand in dem Bemühen, den Islam zu modernisieren. Sie führten eine Art türkischer Muslimbrüder und einen neu interpretierten islamischen Widerstand an. Zwischen 1950 und 1980 bauten sie Beziehungen zu einigen der hegemonialen Mächte sowohl im In- als auch im Ausland auf und wurden zu Teilhabern der Macht und so auch der staatlichen Profite. Auf dem Wege des Privatkapitalismus versuchten sie, ein eigenes Kapitalmonopol aufzubauen. Die Erbakan-Bewegung8 war die typische islamische Bewegung dieser Zeit. Sie drückte die Interessen und die Sehnsucht mehrerer existierender Strömungen aus, unter den Machthabern präsent zu sein. Die Bewegung Said-i Nursîs existierte als Nurculuk in verschiedenen Unterströmungen und eher im Verborgenen weiter. Den historischen Hintergrund für sie alle gab das Nakschibenditum des 19. Jahrhunderts ab. Zwar führten diese Bewegungen begrenzte demokratische Forderungen ins Feld, sie selbst verhielten sich jedoch nicht wie

8 Milli Görüş

konsequente und systematische Demokraten. In der Zeit von 1980 bis 2010 wurden sie zeitweise durch Turgut Özal protegiert, doch wurde ihr Drang zu Macht und Kapital ständig von der bürokratischen Oligarchie bedroht. Ihre Beziehungen insbesondere zu den USA, der EU, dem IWF, der Weltbank und einigen Kreisen des arabischen Kapitals machten sie zu Beteiligten am System. Nach der kurzen Phase von Necmettin Erbakan als Ministerpräsident wurde diese Teilhabe unter der Führung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan seit 2000 dauerhafter gestaltet.

Diese Kräfte stehen vor einem gewaltigen Demokratieproblem. Von der bürokratischen Oligarchie sehen sie sich ständig bedroht. Diese Bedrohung werden sie entweder durch eine vollständige Demokratisierungsoffensive überwinden oder ihre gegenwärtige Position durch Angriffe und Spaltungsoperationen verlieren. Die Ergenekon-Prozesse verweisen auf diese Tatsache.

In der kritischsten und zugleich tragischsten Position gegenüber der bürokratischen Oligarchie befanden sich die Kurden, Alliierte bei der Gründung der Republik. Obwohl sie ein unverzichtbares Grundelement im Befreiungskrieg und für die Republik gewesen waren, gerieten sie in eine schlimme Position, was auf eine Reihe von Verschwörungen, Provokationen und Umsiedlungen zurückzuführen ist. Zwischen 1925 und 1950 wurde gegen die Kurden eine ähnliche Säuberungs- und Entkurdisierungspolitik betrieben wie zuvor gegen die Griechen und Armenier Anatoliens. Die Aufstände zwischen 1925 und 1938 hingen verständlicherweise mit dieser Politik zusammen. Die Rolle des Britischen Empire war dabei dieselbe wir bei der Liquidierung der Armenier, Griechen und Aramäer. Die Beziehungen zum Britischen Empire waren entscheidend dafür, dass die Republik sich schnell zu einem autoritären Regime entwickelte und sich der kapitalistischen Moderne verschrieb. Zwischen den Kadern unter der Kontrolle Mustafa Kemals und denen unter der Kontrolle Ismet Inönüs wurden heftige Konflikte ausgetragen, die dazu beitrugen, dass die Republik in eine rechte, antidemokratische Richtung gezogen wurde. Mustafa Kemal war der Sowjetunion gegenüber freundlich eingestellt und auf Unabhängigkeit bedacht. Die andere Seite dagegen unterhielt vielfältige Beziehungen zum Britischen Empire.

Nach den Aufständen galt die kurdische Frage als nicht länger

existent. Die kleinste Regung wurde als Rückkehr eines Totgesagten interpretiert und sofort niedergeschlagen. Von 1950-1980 war das größte Problem für die Kurden, ihre eigene Existenz zu beweisen. Alle Diskussionen drehten sich um die Frage: Gibt es Kurden oder gibt es sie nicht? Die PKK wurde mit ihrem Vorstoß, diese Diskussionen zu überwinden und einen Prozess der Befreiung einzuleiten, objektiv zum Hauptakteur der gesamten Opposition in der Phase von 1980-2010. Mit dem Putsch vom 12. September 1980 verschärfte sich das Demokratieproblem aufs Äußerste. Weltweit kam es damals zu Menschenrechtsverletzungen. Damals rissen kriminelle Banden innerhalb des Staates die Herrschaft an sich. Beendet wurde diese Phase dadurch, dass die USA ihre Unterstützung für die Ergenekon-Bewegung, die sich als türkisches GLADIO neu formiert hatte, zurückzog. Der im November 2007 zwischen der Republik Türkei und den USA besiegelte Kompromiss sah vor, im Gegenzug für die Liquidierung der PKK auch das türkische GLADIO zu liquidieren, Widerstand leistende Elemente vor Gericht zu stellen und die übrigen in die konventionellen Institutionen des Staates einzugliedern. Zu genau diesem Zeitpunkt wurden wir Zeugen der breitesten Demokratiediskussion in der Geschichte der Republik und von Bemühungen, die Republik wieder in eine demokratische Verfassungsrepublik zu verwandeln.

Das Verhalten der beteiligten Kräfte wird bestimmen, wie der Ausweg aus dieser weiterhin andauernden, für Staat und Gesellschaft größten Krise der Geschichte der Republik aussehen kann. Diskussionen und Bestrebungen für eine demokratische Verfassung sind sowohl Ursache als auch Ergebnis der Krise. Dabei besteht eine wechselseitige, aktive dynamische Beziehung zwischen beiden. Wieder ist die kurdische Frage wichtigstes Thema. Dies hängt mit einem grundlegenden Prinzip der Geschichte zusammen, nämlich der Tatsache, dass gesellschaftliche Probleme durch Gewalt nicht unterdrückt werden können, sondern dass sie bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder zum Vorschein kommen und sich heftiger als je zuvor bemerkbar machen werden. Es hat den Anschein, als fände eine Rückkehr in die interessante historische Phase der Jahre 1920-25 statt, doch es scheint, als würden diesmal die alliierten Gründer nicht unterdrückt, sondern als seien sie aufgerufen, die demokratische Republik, deren Aufbau damals nicht gelang,

nun von Neuem zu errichten. Wenn wir das dünne Band zwischen Gestern und Heute und die Wiederkehr der Geschichte auf diese Weise interpretieren, können wir das Geschehen besser begreifen und erhalten die Chance, nun die historischen Rollen auszufüllen.

## B AUSWEG AUS DER KRISE UND DIE LÖSUNG DER DEMOKRATISCHEN VERFASSUNG

Mittlerweile besteht ein unausgesprochener Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen für eine Demokratisierung der Türkei. Bisher wurde dieser stille, historische Wunsch aber noch in keine lebendige Willensäußerung verwandelt. Eine demokratische Verfassung wäre der wahre, essentielle Ausdruck dieser Realität. Der zweite Teil dieser Analyse, besonders der Abschnitt über die Prinzipien, bietet einen Rahmen für eine demokratische Verfassung, die in der Lage wäre, die Forderungen nach Demokratisierung zu beantworten. Hier sollen diese auf wissenschaftlichen Begriffen und Theorien beruhenden Prinzipien für einen Ausweg aus der Krise und den Umbau der Republik auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung kurz zusammengefasst wiederholt werden.

### 1 – Demokratische Nation

Die demokratische Nation definiert sich (wegen des offenen und flexiblen Identitätsbegriffs) durch Individuen und deren Zugehörigkeit zu Kulturen, Ethnien und Religionen, wobei sie Grundrechte und -freiheiten teilen. Somit basiert sie auf dem Prinzip der Unteilbarkeit von kollektiven und individuellen Rechten und hat die Eigenschaft, im Einklang mit der Definition einer gemeinsamen Heimat die größtmögliche Gemeinsamkeit zu sichern.

### 2 – Gemeinsame, demokratische Heimat

Diese sollte ohne Zuschreibung zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe und ohne jede Ausgrenzung als der Raum definiert werden, in dem die ökologische, ökonomische und demokratische Gesellschaft und die freien Individuen als demokratische Mitbürgerinnen und Mitbürger

leben. Diese Definition sorgt für einen Bedeutungsreichtum, der größte Gemeinsamkeit garantiert.

### 3 – Demokratische Republik

Diese drückt aus, dass der Staat sich auf die demokratische Gesellschaft stützen muss, da diese den entscheidenden Faktor für Laizismus, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit darstellt. Die ideale Staatsform für eine Gesellschaft, in der die Demokratie funktioniert, ist die Republik. Eine solche Republik ist im Ergebnis ein laizistischer, sozialer Rechtsstaat.

### 4 – Demokratische Lösung

Wesentlich für eine demokratische Lösung ist das friedliche Miteinander von Institutionen der Republik und Institutionen der demokratischen Gesellschaft. Gemäß dieser Definition müssen die Monopole von Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus friedlich mit den demokratisch-konföderalistischen, ökonomischen und ökologischen Institutionen der demokratischen Gesellschaft auf der Basis eines Kompromisses eine friedliche Koexistenz akzeptieren. Im gleichen Maße wie ein Staat ohne Demokratie abgelehnt wird, soll auch nicht auf einer Demokratie ohne Staat beharrt werden.

### 5 – Untrennbarkeit von individuellen und kollektiven Rechten

Gesellschaften sind sowohl kollektive als auch individuelle Entitäten. Beides voneinander zu trennen ist liberales Geschwätz und zielt auf Ausbeutung und Repression ab. Dieses lässt sich nur verhindern, wenn individuelle und kollektive Rechte eng miteinander verwoben ausgeübt werden.

### 6 – Ideologische Unabhängigkeit und Freiheit

Lösungen für Demokratieprobleme bleiben stets mangelhaft und unvollständig, wenn die ideologische Hegemonie der Klassenzivilisation im Allgemeinen und der kapitalistischen Moderne im Speziellen nicht überwunden werden. Insbesondere mit dem europäischen Positivismus lässt sich die Kultur im Orient und Mittlerem Osten nur schwer frei analysieren und zu demokratischen Lösungen mobilisieren. Solche Analysen und Lösungen können nur diejenigen hervorbringen, die

unabhängig Begriffe, Theorien und Institutionen für die eigene gesellschaftliche Natur und Geschichte schaffen und so ein freies Leben verwirklichen.

## 7 – Geschichtlichkeit und Gegenwart

Die Geschichte bedingt den gegenwärtigen Moment, und das Jetzt konkretisiert die Geschichte. Der Unterschied zwischen beiden liegt in der Möglichkeit, in die Gegenwart einzugreifen. Sie bietet daher eine Chance auf Befreiung. Es gibt keine Geschichte ohne Gegenwart, und es gibt keine Gegenwart ohne Geschichte. Die Bemühungen der Moderne, geschichtslos zu machen, sind ein Kampf, der es erleichtern soll, Gesellschaften und Individuen ihres Gedächtnisses, ihrer Moral und ihrer Politik zu berauben und sie so leichter an Ausbeutung und Repression zu gewöhnen. All dies ist abzulehnen.

## 8 – Moral und Gewissen

Nur ökonomische und politische Ansätze reichen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und für die Demokratisierung nicht aus. Die Gesellschaft war und ist stets von Moral und Gewissen durchdrungen. Der Krieg der Moderne gegen die gesellschaftliche Moral und das Gewissen dient zur Legitimierung von Repression und Ausbeutung. Ökonomische und politische Lösungen, die aus diesem Ansatz erwachsen, sind im Wesentlichen unrealisierbar, verschärfen gesellschaftliche Probleme weiter und vereiteln Demokratiebestrebungen. Für eine demokratische Lösung der Probleme muss das Prinzip von Moral und Gewissen konsultiert werden, was das Prinzip der Stärke ausschließt.

## 9 – Wehrhaftigkeit von Demokratien

Es ist eine wissenschaftlich bestätigte Tatsache, dass nicht nur Lebewesen, sondern selbst als unbelebt bezeichnete Entitäten jederzeit und überall über Selbstverteidigungsmechanismen verfügen. Daher ist es für ein Leben in Freiheit und Gleichheit für demokratische Gesellschaften, Institutionen und Individuen unverzichtbar, gegen die Elemente der kapitalistischen Moderne (Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus) ausreichende Selbstverteidigungsmechanismen zu entwickeln.

Ich bin überzeugt, dass diese kurzen historischen Einschätzungen und Prinzipien, die ich in Hinblick auf eine demokratische Verfassungsrepublik kurz zu skizzieren versucht habe, auf dem Weg der Türkei zu einer Demokratisierung und Lösung der kurdischen Frage erhellend und hilfreich sein werden. In diesem Sinne kann die kurdische Frage besser innerhalb der demokratischen Einheit der Türkei behandelt und ein angemessenes Lösungsmodell oder mögliche Alternativmodelle präsentiert werden.

# IV. Die kurdische Frage und Möglichkeiten einer Lösung

Möglicherweise hatte bereits das erste gesellschaftliche Problem in der Klassenzivilisation mit der Herkunft der Kurden zu tun. In Zusammenhang mit der aufstrebenden sumerischen Zivilisation begegnen uns die Namen kurti, huri, guti und ari, die alle an die gleiche Wurzel erinnern. Alle diese Begriffe bedeuten »Bergleute«, »Bergvolk«, und bekanntlich werden die Kurden noch heute so bezeichnet. Die sumerische Zivilisation entwickelte sich als Antithese zur neolithischen Gesellschaft. Mit anderen Worten bedeutet sie den Aufstieg von Niedermesopotamien gegenüber Obermesopotamien, der Ebene von Euphrat und Tigris gegenüber den bergigen und hügeligen Abschnitten Mesopotamiens. Die Probleme der neolithischen Gesellschaft hingen mit diesem Aufstieg zusammen. Natürlich wäre es unwissenschaftlich, die neolithische Gesellschaft mit dem heutigen Kurdentum gleichzusetzen. Doch sind die Ähnlichkeiten zwischen dem immer noch lebendigen Erbe der neolithischen Gesellschaft und der Gesellschaft vor 10000 Jahren kein Zufall. Die Geschichte lehrt uns, dass beide eng miteinander verbunden sind. Auch Archäologie und Etymologie verweisen auf eine große Ähnlichkeit. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Gesellschaft an den Hängen der Taurus-Zagros-Bergkette als protokurdisch gelten kann.

Die Zeit vom 5. Jahrtausend v. Chr. bis zur Ausbreitung des Islam gilt als Altertum. Bekanntlich entwickelten sich in den Gesellschaften dieser Epochen in bedeutendem Ausmaß die grundlegenden Institutionen der Zivilisation wie Hierarchie, Dynastie, Staat, Stadt, Klasse, Handel, Ackerbau, Handwerk, Familie, Sklaverei, Religion, Schrift, Wissenschaft, Bildhauerei, Architektur und industrielle Produktion. Diese Entwicklungen führten gleichzeitig zu einem massiven Anwachsen gesellschaftlicher Probleme. Die Proto-Kurden standen im Zentrum dieser Probleme. Sie lösten sie im Wesentlichen, indem sie sich dem Ackerbau und der Viehzucht zuwandten und sich, um ihren Feinden zu

entkommen, in die hohen Berge flüchteten. Diese beiden Besonderheiten sind selbst heute noch die wesentlichen Faktoren für das Überleben der Kurden. Während die herrschenden Eliten der Proto-Kurden die sozialen Probleme ihrer Klasse lösten, indem sie mit den benachbarten staatlichen Zivilisationen verschmolzen, kämpften die übrigen Gemeinschaften um ihre Existenz, indem sie Ackerbau und Viehzucht betrieben und stets zwischen Bergen und Ebenen hin- und herzogen. Ackerbau und Viehzucht in den Bergen wurden – Ausnahmen bestätigen die Regel – meist von Kurden betrieben. Das städtische Handwerkertum und der Handel waren in der Regel die Beschäftigung der heutigen Armenier und Aramäer. Diese fast natürlich wirkende Arbeitsteilung verband die wesentlichen Völker Mesopotamiens in dialektischer Weise.

Die erste große Trennung zwischen diesen Völkern fand durch das Christentum statt. Bereits früher hatte das Gotteskonzept Abrahams, Jahwe, eine tiefer gehende Trennung markiert. Wir dürfen nicht vergessen, dass gesellschaftliche Probleme, die innerhalb der Zivilisation entstanden, sich stets in Form neuer Götter und Religionen äußerten. Je mehr einander widersprechende Religionen und Gottesbegriffe entstanden, desto mehr und desto größere gesellschaftliche Probleme bestanden. Während die Religion Zarathustras im Zagrosgebiet die Erhabenheit, also die Göttlichkeit von Ackerbau und Viehzucht ausdrückte, reflektieren die Götter Sumers, Babylons, Akkads aus Assurs die Stadt, den Handel, den Staat und die Dynastie. Die ursprüngliche Formierung des Christentums als einer Religion der Armen und Unterdrückten bedeutet eigentlich wieder nichts anderes als die Suche nach einer Lösung für soziale Probleme durch die Religion. Während der mosaische Glaube als Stammesreligion entstand, geht das Christentum daraus als eine Religion des Volkes hervor. Damit findet der erste große Schritt hin zur umma, zur oecumene statt. Der Mohammedanismus betonte bei seiner Entstehung zwar das Volk, die umma, sollte jedoch in den Zeiten des Sultanats eine Hegemonie als Religion der herrschenden Klasse, als Religion der staatlichen Zivilisation errichten.

Das Kurdentum des Mittelalters führte von der Entstehung des Islam im 7. Jahrhundert bis zum Eindringen der kapitalistischen Moderne in den Mittleren Osten im 19. Jahrhundert das Erbe des Altertums fort. Die Oberschicht aus Emiren, Beys, Reïs und Scheichs integrierte sich

in die herrschende Zivilisation – unabhängig davon, ob diese arabisch, persisch oder türkisch war, und legte ihre kurdischen Gewänder ab. Kurdisch zu sein war für ihr Interesse, als Staat zu leben, hinderlich. Ihre Interessen geboten es ihnen, gute Araber, Perser und Türken zu werden. Auf diese Weise wurden die gesellschaftlichen Probleme für die Kurden komplexer und schwieriger. Sie besaßen nun eine unterdrückte Identität und eine kulturelle Identität, die verraten worden war.

Wären die Probleme der Kurden im Mittelalter durch einen kurdischen Staat gelöst worden? Zu Zeiten des Realsozialismus entstand ein solcher Gedanke. Man dachte, die Probleme der Völker und Identitäten würden zu einer endgültigen Lösung gelangen, sobald sie einen Staat bekämen. Wir dürfen uns über dieses Denken nicht wundern, wurde doch selbst der Sozialismus mit dem proletarischen Staat gleichgesetzt. Wir beklagten also, dass wir keinen Staat hatten. Doch beweist die Idee der demokratischen Zivilisation, dass der Staat die größte Quelle von Problemen darstellt. So etwas wie einen Staat der Araber, Perser oder Türken gab es nicht. Dies waren die Illusionen, die der Nationalstaat geschaffen hatte – und das nur innerhalb des letzten Jahrhunderts! Der Islam hatte einen gemeinsamen Staat besessen. Zwar gab es gelegentlich Interessenskonflikte, doch die Richter waren sich einig. Der Islam besaß auch ein Volk, eine umma. Ihre Welt fiel auseinander und wurde zu einer Welt wachsender Probleme. Somit existierten im Wesentlichen zwei Pole. Ihre Probleme waren die gleichen wie auch ihre Lösungen. Sie wurden im Namen von Gott und Religion ausgedrückt und zu lösen versucht. Kurdentum, Arabertum, Türkentum und Persertum existierten zwar als Kulturen, doch wurden Probleme unter Hinweis auf die gemeinsame Religion und Konfession zur Sprache gebracht. Weder waren die Staaten der Umayyaden und Abbasiden lediglich Staaten der Araber, noch die der Seldschuken und Osmanen nur Staaten der Türken. Auch die persische Staatstradition ist keine, die auf Abstammung beruht. Die Oberschicht einer Ethnie oder eines Stammes stärkte ihre Existenz als Klasse, sobald sie zum Staat wurde, und sie überließ ihre übrigen Stammesgenossen den sozialen Problemen. Die kulturellen Entitäten der Kurden, Armenier, Aramäer, Griechen, Turkmenen, Beduinen und nichtstaatlichen iranischen Völker wurden auf diese Weise in einen Strudel von Problemen gestürzt.

Als die kapitalistische Moderne mit ihren Elementen Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus in den Mittleren Osten eindrang, ließ sie sozusagen die Totenglocke für die kulturellen Identitäten und Völker läuten, die immer weiter unterdrückt und ausgebeutet wurden und im Mittelalter bereits abgenutzt und verblichen waren. Diese Völker, die seit langem von ihren hohen Herren verraten worden waren, bildeten quasi die Jagdgründe für die kapitalistische Moderne. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts schlachteten sie einander im Namen von winzigen Nationalstaaten ab, wurden sie unter selbst für Tiere unwürdigen Bedingungen an den Arbeitsplätzen des Kapitalismus und Industrialismus eingesetzt, deren Profitgier keine Grenzen kannte. Sie unterlagen Profit- und Kapitalinteressen. Die Entfremdung bestand nunmehr aus drei Ebenen: Der Entfremdung des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit.

Allen Kulturen wurde der Nationalismus aufgedrängt, und auch die Kurden hatten Anteil an dieser Katastrophe, und zwar nicht zu knapp! Ihr Bestreben für einen Nationalstaat war nicht von Erfolg gekrönt. Die Oberschicht nahm erneut Platz in den Nationalstaaten ihrer Nachbarn. Sie übten einmal mehr Verrat an der traditionellen Kultur ihres Volkes. Sie gaben sich aus als Perser und Türken, benahmen sich päpstlicher als der Papst und wetteiferten darum, die besten Araber, Perser und Türken zu sein. Ihre Gleichung lautete: je größer der Verrat an kulturellen Werten und Identitäten, desto größer der Lohn. Das Kurdentum hingegen glaubte durch die Zuflucht zu seinen beiden Ursprüngen, den Feldern und Herden sowie den Bergen, die eigene Existenz sichern zu können.

## A DIE HISTORISCHE DIALEKTIK DER TÜRKISCH-KURDISCHEN BEZIEHUNGEN

Wenn wir innerhalb dieser allgemeinen Darstellung das türkisch-kurdische Wechselverhältnis mit all seinen Zusammenhängen und Widersprüchen genauer und konkreter analysieren, können wir auch die Problemfelder und Lösungsmöglichkeiten erhellen. Im unerbittlichen Strudel der Gewalt können weder die Probleme noch die Lösungswege ausreichend ins Bewusstsein gelangen. Bewusstsein und

Aufklärung stellen, wenn sie nahe genug an der Wahrheit sind, bereits die halbe Lösung dar. Die andere Hälfte ist dann, den aufgezeigten Weg mit den richtigen Schritten zu beschreiten.

Die seldschukischen Sultane waren mit großer Wahrscheinlichkeit die ersten, die den Begriff »Kurdistan« prägten, als sie und die seldschukischen Stämme an die Grenzen des kurdischen Kulturraumes vorstießen. Damals griffen sie zur Waffe der Bruderschaft als Muslime und schlugen einen gemeinsamen Krieg gegen das Byzantinische Reich vor. Da sich die Kurden in großer Mehrheit zum Islam bekannten und durch Byzanz ständig zurückgedrängt wurden, unterstützten sie die Strategie des gemeinsamen Kampfes. Sultan Alparslan suchte im Mai 1071 in Meyafarqîn, dem heutigen Silvan, das damals als Hauptstadt der Kurden gelten konnte, das Bündnis mit den kurdischen Fürsten und Stämmen. Durch die Verstärkung, die er von Fürsten und Stämmen erhielt, konnten sie mit einer Streitmacht, die vermutlich zur Hälfte aus Kurden bestand, den Sieg vom August 1071 erringen, der einen Wendepunkt darstellte. Ohne eine korrekte Analyse der Rolle der Truppen der kurdischen Stämme und Fürsten in dieser Schlacht vorzunehmen, können wir auch die Beziehungen zwischen kurdischen und türkischen Stämmen und Fürsten nicht ausreichend verstehen. Der Sieg war ein strategischer. Der Weg nach Anatolien war nun frei für die türkischen Stämme und Fürsten. Für die kurdischen Stämme und Fürsten hingegen war die Bedrohung durch Byzanz beendet. Es war von großer Bedeutung, dass dies den Boden für die Beziehungen bildete. Auch für die Zukunft war dies grundlegend.

Als später die türkischen Stämme und Fürsten in Anatolien sich in Richtung Zentralanatolien, ans westliche Mittelmeer und ans Schwarze Meer ausbreiteten, bauten auch die kurdischen Stämme und Fürsten ihre Siedlungen aus und verstärkten ihre Kräfte. Die türkischen Stämme und Fürsten versuchten niemals, die Gebiete, in denen überwiegend Kurden ansässig waren und die sie beherrschten, oder deren kulturelle Traditionen in Besitz zu nehmen. Die strategische Allianz zwischen ihnen, die Solidarität und die Kultur des Zusammenlebens erforderten dies. Gleichzeitig lebten auch armenische und aramäische Bevölkerungen überwiegend in den Städten auf freundschaftlicher Basis zusammen. Diese hatten konfessionelle Probleme mit Byzanz. Dass sich

das Byzantinische Reich aus der Region entfernte, war nicht zu ihrem Nachteil.

In dieser Zeit wurden in Kurdistan einige türkische Fürstentümer mit den Namen Artukiden, Kara Koyunlu und Ak Koyunlu gegründet. Sie bestanden jedoch jeweils nur kurz. Die Stämme, auf die sie sich stützten, wurden durch natürliche Assimilation von der kurdischen Kultur absorbiert. Noch heute lassen sich Spuren dieser Tatsache beobachten. Die Kurden hingegen lebten in der islamischen Ära mit einer Reihe von lokalen Fürstentümern als Clans und Stämme mit wachsenden Problemen. Sie entwickelten Merkmale eines Volkes. Doch während ähnlich wie bei den türkischen Stämmen die Oberschicht im Dienste verschiedener Zivilisationen Fürstentümer errichtete, differenzierte sich in den Unterschichten eine separate Kategorie aus, die Kurmandsch oder Kurdmandsch. Es erfolgte zunehmend eine Trennung, vergleichbar derjenigen zwischen Arabern und Beduinen sowie Türken und Turkmenen. Bis zur Zeit der osmanischen Sultane, also bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, gibt es im Wesentlichen ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen türkischen und kurdischen Fürsten und Stämmen, sich gegenseitig zu respektieren und auf Angriffe von außen auf jede der beiden Hauptbevölkerungen mit einer gemeinsamen Strategie zu antworten. Es überwogen also die positiven Beziehungen über die Konflikte. Systematische Widersprüche und Konflikte waren nicht zu beobachten.

Der zweite wichtige strategische Abschnitt in den kurdisch-türkischen Beziehungen begann mit der Expansion des Osmanischen Reiches in Richtung Mittlerer Osten. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts wuchsen die Reibungen und konfessionellen Spannungen zwischen den kurdischen Fürstentümern und der schiitischen iranischen Dynastie der Safawiden, die ihren Einfluss auch in Anatolien langsam auszuweiten versuchte. Der gleiche Widerspruch bestand auch mit den mameluckischen Sultanen in Ägypten. Die Mamelucken dehnten ihren Einfluss auf das Mittelmeer und Südostanatolien aus. Die kurdischen Fürstentümer befanden sich damit in einer strategischen Position. Mit wem immer sie ein Bündnis schlössen, diejenige Macht würde die Hegemonialmacht des Mittleren Ostens werden. Die strategische Allianz mit dem osmanischen Sultan Selim I., die beinahe als Bündnis auf Augenhöhe gelten

kann, zeigte schon bald historische Folgen. Das Bündnis gewährte den kurdischen Fürstentümern weitreichende Autonomie und Herrschaftsbefugnisse. Dies war mehr als ein Bündnis, es war der Beginn eines türkisch-kurdischen Reiches ähnlich dem österreichisch-ungarischen. Genaue Kenner der Geschichte können bereits zu Beginn des dritten vorchristlichen Jahrtausends bei den ersten dortigen Zivilisationen der Hethiter, Hurriter und Mitanni die strategische Qualität des Miteinanders von Anatolien und Mesopotamien beobachten. Das eine kann nicht ohne das andere. Es kommt immer schnell zur Integration der ökonomisch-politischen Beziehungen. Das folgende »prachtvolle Jahrhundert« der Osmanen bezeugt diese historische Tatsache ein weiteres Mal.

Während sich durch den neuen Status der Einfluss der sunnitischen kurdischen Fürstentümer im Reich vergrößerte, verschärften sich die Probleme der alewitischen und jesidischen Kurden und der Kurmandsch aufgrund von Klassenwidersprüchen und religiöser Differenzen. Der rund 300 Jahre andauernde Status quo der Gemeinsamkeit endete durch das Eindringen der kapitalistischen Moderne in den Mittleren Osten zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Das Britische Empire dehnte seinen Einfluss in der Region über Ägypten und den Irak aus und versuchte, eine kurdische nationalistische Bewegung mit Zentrum in Sulaimaniya zu entfachen. Der Stamm der Baban aus der Region Sulaimaniya führte den ersten Aufstand durch. Dieser Prozess hat sich innerhalb von 200 Jahren gewandelt und setzt sich im heute bestehenden Semi-Nationalstaat in Südkurdistan fort. Die kurdischen Aufstände im 19. Jahrhundert waren wegen ihres Klassencharakters von einem proto-kapitalistischen Nationalismus geprägt. Es gibt historische Gründe dafür, warum sich Kurden und Türken nicht trennten, während sich alle Nationalitäten des Reiches in Form von Nationalstaaten abspalteten. Wir können von einer Staatsmentalität sprechen, die von der Gemeinsamkeit der binationalen Oberschicht herrührte, die den Kern des Staates der Reichs bildeten. Strategische Gründe hatten es erfordert, dass seit der Entstehung des Staates sämtliche Zivilisationen, die sich in den beiden Gebieten entwickelt hatten, gemeinsame Sache machten. Im gegenteiligen Fall wären die Gesellschaften und Interessen beider Regionen bedroht gewesen. In jeder politischen und ökonomischen

Formation, die entstand, zeigte sich der unschätzbare Wert der Partnerschaft.

Die Erfahrung der seldschukischen und osmanisch-türkischen Sultanate bestätige einmal mehr diese historische Dialektik. Die Gemeinsamkeit von Fürst und Sultan an der Spitze verwandelte sich mit der Zeit in ein Miteinander der Scheichs, Aghas und Händler. Unter Sultan Mahmut II. (1808-1839) verschlechterten sich diese Beziehungen. Die Moderne entfaltete ihre zerstörerische Wirkung auf beiden Seiten und verstärkte die Widersprüche. Das 19. Jahrhundert wurde so zu einem Jahrhundert der Aufstände. Als diese erfolglos blieben und Bestrebungen auftauchten, das Osmanische Reich als Nationalstaat neu zu errichten, zerstörten diese die traditionelle Qualität der Beziehungen. Die Distanz vergrößerte sich weiter, als die Jungosmanen, die Jungtürken und als nationalistischste Strömung das Komitee für Einheit und Fortschritt (KEF, 1889) die Idee eines türkischen Nationalstaats zunächst verdeckt und später offen verfochten. Im Gegenzug wurde auch kurdischer Nationalismus demonstriert. Die »kurdische Frage« im modernen Sinne entstand in dieser Zeit. Als das KEF sich klandestin zu organisieren begann und sich anstelle eines islamischen Nationalismus offen dem Türkismus zuwandte, verschärfte dies das Problem noch weiter. Es entstanden zwei Gruppen: der völkische türkische Nationalismus und der islamische Nationalismus. Die Kurden versuchten, ihre traditionelle Zusammenarbeit mit den islamischen Nationalisten fortzusetzen. Die Nakschibendi-Scheichs Mevlana Halit und Said-i Nursî repräsentierten den Mainstream dieser Tendenz. Sie beharrten auf der gemeinsamen Ausrichtung des Reiches und des folgenden Staatsgebildes. Den Islam, die Ideologie der umma, modernisierten sie, um ihn in diesem Sinne zu verwenden. Diese Linie führten und führen die Scheichs und Führer der tariqat9, die nach dem Ende der Fürstentümer (1878) ihren Einfluss vergrößerten, bis in unsere Tage fort.

Besonders nach der Niederlage in den Balkankriegen (1912-1913) bewirkte das KEF eine Hinwendung des Staates zu einem rassistischen Nationalismus und ignorierte dabei die historische Gemeinsamkeit von Anatolien und Mesopotamien. Dieser Nationalismus bot keinen Platz für die Kurden und die Armenier. Die Armenier würden entweder den

9 islamische Bruderschaften oder Orden wie die Nakschibendi

Boden, auf dem sie lebten, verlassen müssen, oder sie würden auf die eine oder andere Art vernichtet werden. Der französische Positivismus war es, der diese Politik förderte. Nur der Starke besaß ein Lebensrecht; der darwinsche Determinismus des survival of the fittest sollte auf die Gesellschaft angewendet werden, als ob es sich um einen wissenschaftlichen Lehrsatz handelte. Hier zeigt sich die Barbarei der kapitalistischen Moderne in ihrem ganzen Schrecken. Diese starre positivistische Ideologie hatte nicht nur zur Folge, dass außer für Armenier, Griechen, Aramäer und Kurden auch für Türken und Araber das Leben unerträglich wurde, das KEF vernichtete durch sie auch das Reich. Doch dieses Denken beherrschte auch noch die republikanische Türkei. Wie die anderen Bündnispartner waren auch die Kurden Gründungselement der Republik. Wie stets in der Geschichte hatten sie sich als strategische Verbündete sowohl an der Verteidigung der umma als auch am Aufbau der Republik beteiligt.

Als im Gegenzug zur Abtretung von Mossul und Kirkuk an das Britische Empire der verbleibende Teil des misak-i millî-Gebiets das Privileg des Nationalstaats erhielt, erfolgte die Aufteilung der Kurden auf vier Staaten. Gleichzeitig begann in der Türkei schnell eine existenzvernichtende Politik, die gnadenlos durchgeführt und stets fortgesetzt wurde. (An dieser Stelle möchte ich bemerken, dass das 1639 mit der iranisch-safawidischen Dynastie geschlossene Abkommen von Qasr-e Schirin10 im Widerspruch zum strategischen Bündnis zwischen beiden Nationen stand. Beinahe alle Kurden lebten innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches.) Die Grenzen des Nationalpaktes waren ganz klar entsprechend der Einheit von Kurden und Türken gezogen. Die mit Briten und Franzosen geschlossenen Abkommen widersprechen definitiv dem Nationalpakt. Diese Verträge widersprechen mit Sicherheit auch der erwähnten tausendjährigen Einheit und Geschwisterlichkeit von Türken und Kurden. Sie stürzten die Kurden in die schwersten Probleme ihrer Geschichte und stellten sie vor die Frage von Sein oder Nichtsein. Folgende Frage jedoch wird nie gestellt: Wer war verantwortlich für diese Verträge? Auf der einen Seite teilt man die Kurden als Zugeständnis

10 Die damals erfolgte Grenzziehung zwischen Osmanischem Reich und Safawidenreich entspricht im Wesentlichen der heutigen Grenze zwischen Türkei und Iran. Sie verläuft quer durch kurdisch besiedeltes Gebiet.

im Rahmen der Beziehungen zu einigen Hegemonialmächten auf vier Staaten auf, gleichzeitig behauptet man, einige Kurden zerstörten die tausendjährige Geschwisterlichkeit. Diese Haltung hat die kurdische Frage während der gesamten Geschichte der Republik bis an den Rand des kulturellen Genozids gebracht.

Dieses Denken, das tatsächlich den Geist einer tausendjährigen strategischen Freundschaft beiseite wischte, und seine Umsetzung machten aus der kurdischen Frage mehr als eine ökonomische, soziale, politische oder militärische Frage. Sie wurde zur Frage von Sein oder Nichtsein der Kultur eines Volkes. Dies führte zu Aufständen (1925-1940), die wiederum zur Rechtfertigung der Verfolgung dienten. Die Mentalität der ittihad wollte offenbar die Kurden aus Staat und Gesellschaft herausdrängen, ihr Dasein als Gesellschaft beenden. Aus diesem Grund verwandelte sich diese Politik in die über viele Jahre gestellte Frage, ob die Kurden überhaupt existieren. Mit ein wenig Empathie sollte jeder verstehen können, welch fürchterlichen Schlag es bedeutet, nicht länger Gründungselement der Republik zu sein, sondern jemand, dessen bloße Existenz angezweifelt wird. Die kurdische Frage ist keine Frage von Separatismus, sondern eine von der Beendigung der Nichtexistenz und Wiedererlangung der historisch angemessenen Position von strategischen Freunden, Partnern und Geschwistern. Diese Tatsache zu verstehen ist allerdings nur durch eine Regung des Gewissens und empathisches Verständnis möglich.

## B STAGNATION DES REPUBLIKANISCHEN PROJEKTS DER DEMOKRATISCHEN MODERNE UND ENTSTEHUNG DER PKK

Die Kräfte, die beim Aufbau der Republik eine tragende Rolle spielten, repräsentierten einen demokratischen Kompromiss. Die Führungsrolle von Mustafa Kemal war sowohl Ursache als auch Folge dieses Kompromisses. Die Verfassung von 1921 und die Zusammensetzung der ersten Großen Nationalversammlung der Türkei demonstrierten diesen Kompromiss recht klar. Die Existenz und die Verteidigung der islamischen umma werden häufig betont, Türken und Kurden als die

beiden Hauptelemente der umma bezeichnet, Antiimperialismus und Freundschaft zur Sowjetunion geäußert. All dies findet sich vielfach in den Protokollen des Parlaments. Es war normal, Sozialist zu sein und die Begriffe Kurde und Kurdistan zu benutzen. Offenbar markiert diese Phase der jakobinischen Revolution der Republik einen allgemeinen Konsens der Gesellschaft. Hauptgegner in dieser Phase war das Britische Empire. Als jedoch die Besatzung durch die Revolution abgewendet wurde und eine Wahl zu treffen war, wie die neue Ordnung aussehen sollte, schlug die Stunde der pro-britischen Gruppe innerhalb des Kaders der ittihat. Ab 1925 machten sie Fortschritte bei ihren Bemühungen, Mustafa Kemal unschädlich zu machen. Dazu dienten zahlreiche Verschwörungen und Provokationen, darunter die Scheich-Said-Provokation und direkte Attentatsversuche. Unter der Ministerpräsidentschaft von İsmet İnönü wurde diese Gruppe noch stärker. Mustafa Kemal gelang es erst kurz vor seinem Tod, İnönü auszuschalten, doch da war es bereits zu spät.

Als nach dem II. Weltkrieg die globale Hegemonie auf die USA überging, erleichterte dies die Arbeit der Gruppe. İsmet İnönü gab sich neutral, stand aber in Wahrheit dieser Gruppe nah. So wurde die strategische Beziehung zu den USA nicht unter der Führung der Demokratischen Partei, sondern während der Amtszeit İnönüs aufgenommen. Bereits 1944, lange vor dem Beitritt der Türkei zur NATO, schickte die Türkei die erste Gruppe von Offizieren zur Ausbildung in die USA. Die Beziehungen wurden in der Ära der Demokratischen Partei enger, 1952 wurde innerhalb der Armee unter direkter Führung der USA die NATO-Organisation »GLADIO« aufgebaut. GLADIO organisierte sich in der Türkei zunächst als seferberlik tetkik kurulu (Gremium zur Inspektion der Mobilisierung). Finanziert und geleitet wurde dies durch die USA. Seit diesen Jahren hat sich die Organisation in alle Bereiche ausgebreitet, einschließlich Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Militär und Kultur. Sie kontrollierte alle legalen politischen Parteien und selbst die Arbeiterklasse durch den 1952 zusammen mit GLADIO gegründeten Gewerkschaftsverband Türk-İş. Kommunistische Parteien und Gewerkschaften wurden gnadenlos unterdrückt. Ohnehin war die sofortige Unterdrückung jeder kleinsten sozialistischen oder kommunistischen Infiltration ihr Hauptzweck. Da Kurdentum mit dem Kommunismus

in Verbindung stehend betrachtet wurde, war ihm das gleiche Schicksal beschieden. Gleichzeitig wurden geheime strategische Beziehungen zum neu gegründeten Staat Israel aufgenommen. Auch zu traditionell religiösen und primitiv-nationalistischen Familien und Personen innerhalb der kurdischen Bevölkerung wurden Beziehungen im Stil von GLADIO aufgebaut. Gleiches galt für die Monarchien im Irak und Iran. CENTO stellte die Dachorganisation dieser Beziehungen dar. Dieses Modell sollte im Mittleren Osten als Bollwerk gegen den Kommunismus dienen.

Dieses unter Führung der USA entwickelte Modell avancierte im Kalten Krieg ab den 1950er Jahren zum neuen Erscheinungsbild der kapitalistischen Moderne. Die Republik Türkei spielte die Hauptrolle beim Aufbau der durch die USA erneuerten Moderne im Mittleren Osten. Die Moderne, die Mustafa Kemal vorschwebte, war jedoch eine andere. Sie stand dem sowjetischen Weg näher und beruhte auf einer strategischen Freundschaft zur Sowjetunion. Wenn wir diesen Unterschied nicht wahrnehmen, können wir die Elemente der Moderne, die Mustafa Kemal zum Trotz ab den 1950er Jahren, ja sogar seit 1925, vorangetrieben wurden, nicht korrekt analysieren. Bei der Umsetzung der Elemente Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus gab es zwischen beiden Varianten der Moderne bedeutende Unterschiede bezüglich der klassenbezogenen, politischen, diplomatischen und ökonomischen Entscheidungen. Letztlich gewannen zunächst das Britische Empire und später die USA den Kampf um die Hegemonie. Zwischen beiden bestanden und bestehen strategische Bande. Die Moderne, die umgesetzt wurde, beließ es nicht bei der Liquidierung des demokratischen Kompromisses der Republik, sondern sorgte auch dafür, dass sich die Republik alle früheren Bündnispartner zu Feinden machte. Dies ist der Punkt, den zu verstehen Mustafa Kemal Schwierigkeiten hatte. Hierbei spielt der tief gehende Einfluss der positivistischen Ideologie, unter dem er stand, eine Rolle. Seine Leidenschaft für Freiheit und Unabhängigkeit, sein großer Respekt vor der lokalen, anatolischen Kultur bremsten zwar die zerstörerische Wirkung des Positivismus, konnten sie jedoch nicht aufhalten.

Religiöser Dogmatismus wurde durch positivistischen Dogmatismus ersetzt, der in der Türkei immer noch eine profunde Wirkung auf die laizistisch-nationalistischen Kreise ausübt. Entgegen der landläufigen

Meinung ist dieser Laizismus nicht demokratisch-republikanisch, ja nicht einmal republikanisch, sondern despotisch und diktatorisch. Seine typische Umsetzung erfuhr er durch die ittihad und, soweit sie davon beeinflusst wurde, durch die CHP. Die Thesen des deutschen Rechtsphilosophen und politischen Theoretikers Carl Schmitt über die religiöse und politische Theologie des Deutschlands der 1920er und 1930er Jahre gelten in noch stärkerem Maße für die Türkei. Alle politischen Begriffe der Moderne finden ihr Gegenstück in der mittelalterlichen, meiner Meinung nach sogar in der antiken Theologie. Sie stammen letztlich von den Sumerern. Der Positivismus hat sie lediglich aufpoliert und im Namen der »Wissenschaftlichkeit« und des Kapitalismus vermarktet. Es wirkt erhellend, Mustafa Kemals Zweifeln und Zögern, seine häufige Nervosität und sein intensives Studium der alten Zivilisationen bis in die frühen Morgenstunden im Zusammenhang mit den Widersprüchen und Ähnlichkeiten zwischen positivistischem und religiösen Dogmatismus zu betrachten.

Man muss sich klarmachen, dass die gesamte Elite der Republik Türkei beim Thema Moderne von Unwissen, Ungläubigkeit und Dogmatismus geprägt war. Dies trifft auf alle Akteure zu, egal ob sie links oder rechts, laizistisch oder religiös, alewitisch oder sunnitisch, türkisch oder kurdisch usw. waren. Es ist noch nicht ausreichend analysiert, wie in der Ära der Republik die Konflikte zwischen Verfechtern der islamischen umma, Sozialisten, kurdischen Nationalisten und selbst einem Teil der türkischen Nationalisten und den Elementen der kapitalistischen Moderne geschürt und gesteuert wurden. Insbesondere die Lenkung der USA mittels GLADIO hat zu verheerenden Resultaten geführt. Wenn wir das Verhältnis der Mentalität der Putschisten und der klandestinen Organisationen im Staat zu den Elementen der kapitalistischen Moderne in den letzten rund 100 Jahren nicht beleuchten, können wir die Krisen, Spannungen und Konflikte in Staat und Gesellschaft nicht angemessen verstehen.

Die Beziehungen zu den Hegemonialmächten, insbesondere zu Großbritannien und den USA, und ihre Rolle in diesen Spannungen und Konflikten aufzudecken, ist von wesentlicher Bedeutung sowohl für die Demokratisierung als auch für die Lösung der kurdischen Frage. Warum die Bemühungen Mustafa Kemals und seiner Getreuen für

Unabhängigkeit und Freiheit wirkungslos blieben und sich ins Gegenteil verkehrten, ist nur verständlich, wenn man sich klar macht, welche in- und ausländischen Kräfte für das republikanische Projekt der Moderne wesentlich waren, welcher ideologischen Hegemonie sie folgten und wie ihre ökonomische, soziale, politische und militärische Praxis aussah. Militärische Putsche und ihre zivilen Ausläufer waren dabei nicht mehr als Glieder in der Spirale von Ursache und Wirkung dieser Widersprüche und Konflikte. Ihre Rettungsversuche verschlimmerten und blockierten die Situation weiter, wie mittlerweile die Sozialwissenschaft einmütig feststellt. Das republikanische Projekt der Moderne besaß von Anfang an einen Geburtsfehler. Dieser Geburtsfehler bestand darin, die wesentlichen Kräfte der Befreiung und der Republikgründung in Widersprüche zur Republik zu stürzen und sie gegeneinander aufzuhetzen. Wenn man sich allein die Jahreszahlen der Konflikte 1925-26, 1930, 1937-38[11], 1945-50, 1960, 1971, 1980[12], 1997[13], 2001-2002[14] vergegenwärtigt, dann werden die strukturellen Defizite sehr deutlich.

In der Zeit von 1965 bis 1980 versuchten die Gründungselemente der Republik wieder, auf ihre Existenz hinzuweisen. Sie taten dies, ohne ihren Gegenspieler, den traditionellen hegemonialen Machtblock, die Oligarchie, ausreichend zu kennen und zu analysieren. Zwar waren sie nicht in der Lage, eine Revolution oder Konterrevolution anzuzetteln, doch wurde dies in der offiziellen Propaganda so dargestellt. Sobald sie den Kopf erhoben, wurden sie sofort zerquetscht, die übrig Gebliebenen unterwandert und gezähmt. Leider waren die gegeneinander instrumentalisierten Kräfte nicht im Mindesten in der Lage, die Rolle von GLADIO zu begreifen. Zweifellos wollen wir hier nicht den Unterschied zwischen denen, die für Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit einen aufrichtigen, überzeugten Kampf führten, und ihren Gegnern diskutieren. Doch es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass sie mit den Putschen zu tun hatten. Der Zusammenhang zwischen den in dieser Zeit gegründeten nationalistischen und islamistischen Organisationen und den antikommunistischen Taktiken im Stil von GLADIO ist dagegen

11 1925-26 Scheich-Said-Aufstand, 1930 Ararat-Aufstand, 1937-38 Dêrsim-Aufstand
12 Militärputsche von 1960, 1971, 1980
13 »postmoderner Militärputsch«
14 schwere Staats- und Wirtschaftskrise

ganz offensichtlich. Auch der Einfluss dieser Kräfte auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben ist von Bedeutung. Entscheidend für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens war die Lenkung der Elemente der kapitalistischen Moderne durch GLADIO auf höchster Ebene. Hier wäre an erster Stelle die Kontrolle von Armee und politischen Strukturen zu nennen. Dieser Stil der Führung der Republik ist offenbar die Fortsetzung der klandestinen Organisierung des KEF. Die Bemühungen von Mustafa Kemal Atatürk, dies zu unterbinden, waren unzureichend. Solange die Traditionen von Klandestinität und Putschismus sowie die Kontrolle von GLADIO nicht überwunden werden, können Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Republik keine Systematik und Stabilität erlangen.

Im Lichte dieser Analyse lässt sich besser verstehen, dass die stagnierende und Probleme verursachende Struktur der Republik eine entscheidende Rolle für den Aufbruch der PKK spielte. Die 1970er Jahre waren wirklich eine Zeit, in der ein demokratischer Aufbruch an Stärke gewann. Der Putsch vom 12. März 1971 war nicht in der Lage, dies aufzuhalten. Die gesellschaftlichen Kräfte, die beim Aufbau der Republik mitgewirkt hatten, betraten von Neuem die Bühne der Geschichte. Sozialismus, Islamismus und kurdischer Nationalismus suchten in der Republik für sich eine Legitimität. Sie brachten demokratische Forderungen mit. Hätte man diese Forderungen nicht durch Putsch und faschistische Praktiken unterdrückt, wäre durch Demokratisierung sicherlich eine Lösung möglich gewesen. Doch die Wahl fiel auf die Fortführung des Kalten Krieges und der Krise der Elemente der Moderne mit immer repressiveren und zum Faschismus tendierenden Methoden. Die Republik Türkei wurde zu dem Land, in dem die Kontrolle von GLADIO auf die schlimmste Weise ausgeübt wurde. Das Regime des Militärputsches vom 12. September 1980 wurde zu einem der schlagendsten Beispiele für diese Kontrolle.

Dass die PKK nicht völlig unterdrückt werden konnte, hängt mit der inneren Struktur der Kurden und den Verwerfungen im Mittleren Osten zusammen. Der Putsch von 1980 hatte eigentlich innerhalb von 24 Stunden alles befriedet. Für die Fehleinschätzung hinsichtlich der Kurden waren tiefer liegende soziale Gründe verantwortlich. Man glaubte, dass die Kurden als Gesellschaft und Volk am Ende seien. Nach

der Niederschlagung der Aufstände und der sich anschließenden sehr harten Phase der Assimilation schien es unmöglich, dass sie sich noch einmal erholen könnten. Die neue gesellschaftliche Mentalität, insbesondere der Bürokratie und Mittelklasse, die auf der Basis der Elemente der kapitalistischen Moderne entstanden waren, hielt die Kurden für aus der Geschichte getilgt. Ihre historische Rolle war vergessen. Wo sie vereinzelt auftraten, wurden sie mit primitiven Geschöpfen gleichgesetzt. Die Mitglieder der kurdischen Oberschicht spielten weiterhin ihre Rolle als Lakaien der Macht. Diejenigen nationalistischen Gruppen und tariqat hingegen, die Beziehungen zu den USA besaßen, stellten sich nicht auf die Seite von Widerstand leistenden Kräften und der Freiheit, sondern wurden auf der Gegenseite gehalten. Der PKK gelang es, zur Schicht der Kurmandsch und zu den armen Bauern und Städtern Beziehungen aufzubauen, obwohl die kurdische gesellschaftliche Dynamik bereits schwer beschädigt war. Sie profitierte dabei von den patriotischen Gefühlen und der kulturellen Struktur der Kurden, aber eigentlich erschuf sie diese erst neu. Trotz aller Unterdrückung und Partikularisierung besaß die gesellschaftliche Natur der Kurden bestimmte strukturelle Merkmale. Es brauchte nur minimale patriotische Gefühle und das Bewusstsein über einige Begrifflichkeiten. Bei der damaligen PKK hatten sich ausreichend beeindruckende Emotionen und Begriffe gebildet. Sie brauchte keine abgehobenen diplomatischen und politischen Kader, sondern musste diese Emotionen und Begriffe mit hohem Tempo mobilisieren. Einige begrenzte Aktionen reichten voll aus, um diesen Elan sicherzustellen.

Vom Aufbruch in den 1970er Jahren bis zum Beginn der 1980er wurde dieser Stil beibehalten. Als das Militärregime nach dem Putsch vom 12. September 1980 durch extreme Gewalt die anderen linken und oppositionellen Gruppen schnell niederwarf, Folter und Widerstand im Militärgefängnis von Diyarbakır und in den militärischen Stellungen im Mittleren Osten aufeinander trafen, war es nicht schwer, den militärischen Vorstoß zu unternehmen, den wir »Offensive des 15. August 1984« nannten. Eigentlich hätte bereits 1982 damit begonnen werden können. Weil jedoch einige Personen in den Bergen ihre Aufgaben nicht ausreichend erfüllten, musste die Offensive bis in den August 1984 verschoben werden. Der Iran-Irak-Krieg hatte nützliche

Rahmenbedingungen geschaffen. Doch die Bewegung war niemals aus der Türkei verschwunden, sondern hatte sich stets eine gewisse Präsenz bewahrt. Wir können nicht von einem meisterhaften Guerillakampf sprechen, es handelte sich eher um eine Karikatur von Guerilla. Der Staat hatte die Offensive des 15. August nicht erwartet, doch selbst dieser Vorteil des Überraschungsmoments wurde nicht gut genutzt. Obwohl die Staaten und die Kräfte in Irakisch-Kurdistan ablehnend eingestellt waren und Unterwanderungsversuche unternahmen, reichte die Präsenz im Mittleren Osten aus, die Bewegung aufrecht zu erhalten und Unterstützung aus allen Teilen Kurdistans und von Kurden in Europa zu erhalten.

Als die Interventionsmethode des Militärregimes positive Resultate zeigte, folgte mit Unterstützung der NATO die Phase des Ausnahmezustands und des JİTEM15. Die GLADIO-Organisation der NATO war unter Führung Deutschlands seit 1985 aktiv. Die Verschwörungen um das Papst- und das Palme-Attentat16 passten zwar zu allgemeinen Erwägungen, hatten aber auch direkt mit der Guerilla-Offensive in Kurdistan zu tun. In der Entstehungsphase der PKK von 1973-1983 stand die politisch-ideologische Einflussnahme im Vordergrund, bewaffnete Aktivitäten spielten eine Nebenrolle. Mit Beginn der Offensive 1984 spielte die bewaffnete Dimension die Hauptrolle, aber auch die ideologisch-politische Entwicklung ging weiter. Auf die Rolle des Ausnahmezustands und des JİTEM ist dabei ausführlicher einzugehen. Es ist bekannt, dass er innerhalb und außerhalb der Bewegung eine Reihe von verheerenden Aktionen durchführte. In diesem Zusammenhang können wir Aktionen wie solche, bei denen nicht auf Frauen und Kinder Rücksicht genommen wurde, Angriffe auf Gruppen, die niemals Ziele hätten sein dürfen, sowie Tendenzen zu maximaler Willkür und minimaler Pflichterfüllung anführen.

Das Erstaunliche war jedoch, dass die PKK stärker wurde, je mehr

15 Geheimdienst der Gendarmerie, dessen Existenz lange geleugnet wurde und der in Form von Todesschwadronen für viele der schwersten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist.

16 Am 13. Mai 1981 verübte der Türke Mehmet Ali Ağca ein Attentat auf Papst Johannes Paul II., am 28. Februar 1986 wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme in Stockholm erschossen. Beide Attentate wurden instrumentalisiert, um die PKK zu kriminalisieren.

sie dämonisiert wurde. Dies verweist auf eine tiefe Sehnsucht im kurdischen Volk. Obwohl die große Vertreibung der Kurden mehr Menschen betraf als diejenigen von Armeniern, Griechen und Aramäern zusammen, stieg das Ansehen der PKK. Natürlich spielten die historischen und geografischen Bedingungen dabei eine Rolle. Der wichtigste Faktor war, dass sie den Ausdruck einer historischen Forderung darstellte, nämlich die gesellschaftliche Existenz zu bewahren und die Menschenwürde zu verteidigen. Die Eigendynamik historischer Forderungen sollte niemals unterschätzt werden.

Die Kurdenpolitik von Präsident Turgut Özal kam 1992 unerwartet. Wir erkannten ihre große Bedeutung zu spät. Dass die ernsthafte Chance auf eine Lösung durch seinen Tod zunichte gemacht wurde, betrachte ich persönlich als einen historischen Verlust. Die Republik hätte die Chance auf eine demokratische Lösung besessen, doch wurde sie meiner Meinung nach von gewissen Kräften bewusst sabotiert. Der damalige Generalstabschef Doğan Güreş äußerte sich Anfang der 1990er Jahre auf der Rückreise aus England folgendermaßen: Er habe grünes Licht für die Vernichtung erhalten. Dies ist nur ein Ausdruck dieser Tatsache. Der Tansu-Çiller-Putsch nach Turgut Özals Tod und die zahllosen aufeinander folgenden Verschwörungen innerhalb und außerhalb der Armee gehören zu den wichtigsten Knoten, die entwirrt werden müssen. Die dokumentierte Agententätigkeit Tansu Çillers für die CIA kann einen Teil dieser Verflechtungen erklären. Die massenhafte Ermordung wahrer Kemalisten und prominenter Kurden, die Tausende »Morde unbekannter Täter«, die Dorfzerstörungen und die Förderung der Hisbollah erscheinen mir als eine der größten Verschwörungen gegen die Republik. Sie erinnert an die Phase der Verschwörungen und Aufstände in der Republik zur Zeit Mustafa Kemals in den Jahren 1924-1927. In diesen Jahren wurden die demokratischen Elemente des Fundaments der Republik liquidiert. All dies ist noch längst nicht aufgeklärt. Klar ist lediglich, dass das Britische Empire und die kapitalistische Moderne davon profitierten. Anfang der 1990er Jahre wurde die Chance auf eine demokratische Lösung durch ähnliche Verschwörungen, Aufstände, Morde und die Liquidation von Kurden vereitelt. Die Rolle ausländischer Hegemonialmächte und ihrer treuen Kollaborateure sollte nicht unterschätzt werden. Es gibt nur wenige Beispiele, die die Bedeutung

einer hegemonialen Kontrolle der Republik so gut illustrieren wie das Chaos, die Morde, Provokationen und demografischen Bewegungen im Zeitraum von 1993-1997.

Wir reden von einer merkwürdigen und nahezu beispiellosen Phase, während der die rechtsstaatlichen, laizistischen, sozialen und demokratischen Qualitäten des Staates komplett liquidiert wurden, der JITEM die Kontrolle übernahm und alle Elemente der kapitalistischen Moderne in den Dienst der monopolistischen Strukturen gestellt wurden. Gegen Ende dieser Phase wurden Anfragen nach der Aufnahme von Beziehungen durch den damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan von uns positiv beantwortet. Übermittelt wurden sie über den Kanal des syrischen Präsidenten und durch eine Gruppe innerhalb der Armee im Namen der Abteilung für gesellschaftliche Beziehungen via Brüssel. Es wurden Briefe und Informationen ausgetauscht. Wegen des Sturzes von Necmettin Erbakan und meiner erzwungenen Ausreise aus dem Mittleren Osten blieb auch dieser Prozess erfolglos. Ich bin überzeugt, dass der Anteil der GLADIO-nahen in- und ausländischen Kreise an diesem Scheitern nicht unterschätzt werden darf. Die große Krise, die Gefechte und der Krieg niedriger Intensität, in denen sich die Republik immer noch befindet, hätten verhindert werden können. Sowohl der einseitige Waffenstillstand als auch die bestehenden Beziehungen lieferten dafür Gelegenheiten. Diese Initiativen wurden unterdrückt und bewusst vereitelt. Die reale Chance auf eine Lösung wurde zunichte gemacht.

Meine Reise nach Europa und meine Suche nach einer politischen Lösung wurden vor allem über Großbritannien blockiert. Diese Tatsache erklärt sich dadurch recht gut, da ich mit einem von Großbritannien in der Schweiz gecharterten Flugzeug aus Kenia entführt wurde. Großbritannien arbeitete dabei mit dem GLADIO-Flügel der griechischen Führung zusammen. Natürlich waren an der Operation alle europäischen Mitgliedsstaaten der NATO beteiligt, doch der führende Kopf war England. Die USA waren die offiziell ausführende Stelle. Israel fungierte als Wegweiser; die israelische Führung verhinderte, dass ich in Moskau bleiben konnte. Außerdem hatte sie mir schon lange zuvor, sowohl als ich mich in Kenia aufhielt als auch zuvor im Mittleren Osten, offen angeboten, mich aufzunehmen. Doch vertraute ich ihr nicht. Die Chance der Kurden auf Freiheit sollte mit meiner Person kapitulieren.

Ich war mir ziemlich sicher, dass niemand, eingeschlossen ich selbst, das wagen oder auch nur daran denken durfte. Besonders bemerkenswert ist, dass man über die PKK mit den Kurden dieselben Spiele spielen wollte, die mit der Führung der Republik gespielt worden waren. Wieder waren dabei die Mächte der kapitalistischen Moderne im Spiel, die auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind.

Aus diesen Ereignissen habe ich meine Lehren gezogen, deshalb verhielt ich mich auf Imrali ruhig und geduldig. Dieses Verhalten behielt ich während der Vernehmungen, des Prozesses und der Haft bei. Die Verhörenden folgten wohl kurzfristigen, taktischen Überlegungen. Sie interpretierten meine geduldige und ruhige Haltung falsch. Dieselbe falsche Interpretation erfolgte auch innerhalb und außerhalb der Organisation. Trotz all dieser Fehlinterpretationen habe ich meine Haltung stets beibehalten. Mittlerweile stehe ich mit dieser einsamen Haltung im elften Jahr. Während dieser Zeit habe ich vier Phasen von Verteidigung durchlaufen.

Erste Phase der Verteidigung: Während des Prozesses versuchte ich, mein »Manifest für eine demokratische Lösung« zu präsentieren17. Es beinhaltet bereits die Ecksteine für eine demokratische Lösung. Es ist ein Verlust, dass weder die Regierung noch die politischen Kreise darauf eingingen. Der Vorgang wurde ganz sich selbst überlassen. Man dachte, alles würde sich auf diese Weise erledigen. Einige Schritte hin zu einer Lösung, die der damalige Ministerpräsident Bülent Ecevit unternehmen wollte, wurden durch den Koalitionspartner MHP vereitelt. Die AKP wollte noch nicht einmal die Problematik verstehen. Vielleicht fand sie auch eine eigene »Roadmap« ausreichend, die lange vorher skizziert worden war und sich ganz an der kurdischen Regionalregierung im Nordirak (Südkurdistan) ausrichtete. Die Briefe, die ich an die oberste Führung, die Ministerpräsidenten Abdullah Gül und Recep Tayyip Erdoğan schrieb, sowie meine Einsprüche gegen die elf gegen mich verhängten Bunkerstrafen blieben ohne Antwort. Die Zeit bis 2005 wurde vertan. Eine neue Aktionsphase wurde unausweichlich.

Zweite Phase der Verteidigung: Diese Verteidigungsphase beinhaltet

17 Die deutsche Übersetzung erschien 2000 unter dem Titel »Verteidigungsschriften. Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik «.

zwei Schriften mit dem Titel »Gilgameschs Erben18«. Vorgelegt wurden sie am ersten Verhandlungstag des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Es war ein fundierterer Versuch über eine demokratische Lösung.

Dritte Phase der Verteidigung: Mit dem Buch »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt19« gingen wir vor die große Kammer des EGMR. Diese Verteidigung markiert die dritte Phase. Mit ihr wurden die Entstehung und die Lösungsmöglichkeiten der kurdischen Frage konturiert aufgezeichnet.

Vierte Phase der Verteidigung: Es ist die aktuelle Phase. Ich betrachte sie als vierte und letzte Phase meiner Verteidigung. Vier der fünf Bände dieser Verteidigungsschrift unter dem Titel »Manifest der demokratischen Zivilisation20« sind fertiggestellt. Den fünften und letzten Band werde ich demnächst fertigzustellen versuchen. Die Analyse, die ich momentan als »Roadmap« anfertige, stellt eine Vorform dieses letzten Bandes dar.

In den letzten 25 Jahren, von 1984-2009, spielte der bewaffnete Kampf die Hauptrolle. Wir können diese Phase als Krieg um die Wahrheit betrachten. Historische und gesellschaftliche Probleme kommen in dem Maße einer Lösung näher, wie die sie betreffenden Wahrheiten aufgedeckt werden. Eine Rolle spielt zudem, dass militärische Siege, sofern es sich nicht um erzwungene Notwehr handelt, stets zur Quelle von Problemen werden. Siege oder Niederlagen in diesem 25-jährigen Krieg sind nicht entscheidend. Es kommt darauf an, inwieweit sie zu einer Lösung beitragen. Wenn man fragt, wozu der hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich gut war, dann einzig um zu beweisen, dass der Ärmelkanal als Grenze beider Länder taugt. Die letzten 25 Jahre waren entscheidend für den Beweis der Existenz der Kurden. Eines der Ziele der frühen PKK war, diese Existenz durch einen Nationalstaat zu krönen. Doch gegen Ende dieser Phase wurde klar, dass dieses Ziel

18 Originaltitel: Sümer Rahip Devletinden Demokratik Uygarlığa (Vom Sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation)

19 Originaltitel: Bir Halkı Savunmak

20 Die fünf Bände sind noch nicht auf Deutsch erhältlich. Band I und II werden zunächst auf Englisch erscheinen. Originaltitel: I Uygarlık, II Kapitalist Uygarlık, III Özgürlük Sosyolojisi, IV Ortadoğu'da Uygarlık Krizi ve Demokratik Uygarlık Çözümü, V Türkiye ve Kürdistan'da Demokratik Uygarlık Çözümü

gar nicht nötig war. Im Gegenteil lernten wir aus zahlreichen Beispielen, dass es zur Quelle neuer Probleme hätte werden können. So wurde die demokratisch-politische Formation der Gesellschaft mehr und mehr zu unserem Ziel und stellt einen bedeutenderen Lösungsansatz dar.

Der beste Weg, die PKK zu verstehen, ist das Begreifen der Phasen ihrer Entwicklung und Transformation. In der Atmosphäre des Kalten Kriegs der 1970er Jahre wurde auch die PKK dem realsozialistischen Lager zugerechnet. Zumindest war das beabsichtigt. Auch die Stellungen, die sie bezog, drückten dies aus. Doch ihr intellektuelles Niveau reichte kaum über die Ebene der revolutionären Gefühle und Begriffe hinaus. Die gesellschaftliche Natur der Kurden war von ihrer materiellen Situation her nicht mit modernen Begriffen und Theorien zu erklären. Der revolutionäre Wille war viel bestimmender. Ihre Inspiration war weniger die Ideologie als die Vision eines freien Lebens. Daher wurde sie kaum beeinträchtigt, als der Realsozialismus sein Ansehen einbüßte. Sie ähnelte eher einer auf Moral und Glauben gegründeten Bewegung als einer modernistischen linken Partei. Zwar verfügte sie über ein gewisses Maß an Theorie, die entscheidenden verbindenden Werte waren jedoch Moral und Glauben. Das wohl wichtigste Kapital in der kurdischen Gesellschaft während des Krieges waren jedoch die harten Lebensbedingungen, wegen derer sich eine immer noch starke moralische Orientierung, Mut und Ausdauer erhalten haben. Einer der wichtigsten Gründe für ihre Produktivität und schnelle Entwicklung war vielleicht, dass die PKK sich anders als andere nicht am Modell der modernistischen linken Partei orientierte. Dass keine Spaltung und kein Verlust ihre Entwicklung behindern konnte, hängt vor allem damit zusammen, dass sie sich nicht weit auf den modernistischen linken Partei- und Lebensstil einließ. Die Gesellschaft fand sich nicht nur in der PKK wieder, durch die widersprüchliche soziale Realität, in der sie lebte, machte sie, befeuert durch die Stärke, die aus der inneren Befreiung erwächst, auch einen intensiven inneren Konflikt durch. Der soziale Kampf fand am heftigsten innerhalb der PKK selbst statt. Dieser innere Konflikt, den eine modernistische Partei nicht ausgehalten hätte, trug zu einer gesünderen Entwicklung bei.

Die eigentliche Transformation der PKK stellt die Abkehr von einer staatsfixierten Ausrichtung und die Hinwendung zu einer

demokratisch-politischen Formation dar. Diese Abkehr erfolgte nicht wegen der Schwierigkeiten bei der Gründung eines realsozialistischen Nationalstaats. Der eigentliche Grund für die Abkehr war ein Lebensstil, der sich vom weltweiten kapitalistischen Leben nicht unterschied. Es schien als müsste die PKK entweder in einer anderen Welt eine Möglichkeit zu überleben finden, oder sie würde wie der Realsozialismus zusammenbrechen. Der wichtigste Beitrag der Phase auf Imrali war ein sorgfältiger Aufbau der Fundamente des Weges zu einer demokratischen Lösung. Früher hatte ich mich darum weniger gekümmert. Aus meinen Verteidigungsschriften und -reden spricht diese Intensität ganz deutlich. Sowohl der Staat als auch die PKK begriffen lange Zeit diese Entwicklungen nicht und hielten sie für taktische Manöver. Manche sahen in ihnen den Beginn einer Art Prozess der Liquidierung. Dabei habe ich meine Kenntnisse über politische Theorie und Soziologie vertieft. Die PKK stand vor einer umfassenden Transformation. Unverantwortliche und triebgesteuerte Personen scheuten nicht davor zurück, den Moment dieser Transformation zum Vorwand für Renegatentum zu nehmen. Das entscheidende Moment für die Renegaten nach 2000 waren moralische Schwächen im Angesicht der Ernsthaftigkeit der Transformation.

Der Staat und interessierte linke Kreise erwarteten, dass die PKK sich selbst liquidieren würde. Diese Einschätzung war falsch und unverantwortlich. Wenn der Staat sich verantwortungsbewusster verhalten hätte, dann hätte es nach 1999 zu demokratischen Veränderungen historischen Ausmaßes kommen können. Dass die einseitigen Bemühungen ohne angemessene Antwort blieben, kommt tatsächlich einer vergebenen historischen Gelegenheit gleich. Der Zerfall der Linken mündete in liberalem Individualismus. Sie verhielten sich noch verantwortungsloser als der Staat. Die Renegaten respektieren keine moralische Grenze. Doch in unverhoffter Weise zeigte die kurdische Gesellschaft einmal mehr, dass sich Gesellschaften nicht lange täuschen lassen. Die erlittenen Schmerzen hatten uns Vieles gelehrt. Ein Normalmaß an Loyalität reichte, damit die Gesellschaft vereint blieb und für ihre Freiheit weiterkämpfte. Eine Gesellschaft hatte sich gebildet, die jederzeit bereit war, für ihre Freiheit und Würde aufzustehen, selbst wenn die PKK als Organisation vernichtet wäre. Es waren freie Individuen und ein freies Volk entstanden.

Letztlich war die kurdische Frage noch nicht gelöst, doch die Möglichkeiten für eine Lösung waren viel zahlreicher geworden. Die Gesellschaft befand sich quasi im Aufstand und erwartete eine Lösung. Zwar war die PKK einseitig nicht in der Lage, die von ihr favorisierten Lösungen umzusetzen, doch ihre Chancen, zu einer Lösung beizutragen, waren stark angewachsen. Eine nationalstaatliche Lösung war nicht länger eine Bedingung, stattdessen war der Weg frei für reiche demokratisch-politische Lösungen. Auch der Staat bestand nicht länger auf einseitigen Lösungen. Ihm war klar geworden, dass er sein Fortbestehen nicht durch ein Festhalten an der sturen Verleugnung würde sichern können. Eine militärische Lösung war wegen der hohen Kosten zu teuer geworden. Unbegrenzte Stärke schlägt manchmal auf den Besitzer zurück. So weit war es gekommen. Auflösungserscheinungen innerhalb der PKK und Abspaltungen waren in ähnlicher Weise auch im Staat zu beobachten. Der Staat wagte es zum ersten Mal, über sich selbst in Form von Ergenekon zu Gericht zu sitzen. Erstmals in ihrer Geschichte begann die Republik Türkei sich selbst zu hinterfragen. Unzählige zuvor verleugnete Tatsachen wurden nun ausgesprochen.

Die wichtigste Entwicklung dieser Phase war zweifellos der Beschluss, im Gegenzug zur Liquidierung des bewaffneten Kampfes der PKK die Herrschaft alten Stils durch GLADIO zu beenden. Vereinbart wurde er im November 2007 zwischen dem Präsidenten der USA und dem Ministerpräsidenten der Türkei21. Die Details dieses Treffens sind noch immer nicht vollständig veröffentlicht worden. Der Ergenekon-Prozess ist die konkrete Umsetzung dieses Beschlusses. Es fand eine Art Rückkehr ins Jahr 1923 statt. Man brachte den Mut auf, 85 Jahre alte Fehler zu korrigieren. Wieder handelte es sich um eine kritische Phase der Geschichte. Die geteilten Kurden wollten Einheit und Ganzheit, und zwar auf der Grundlage eines neuen Nationalpakts (misak-ı millî). Die Geschichte fügt große Ungerechtigkeiten zu, doch sie vergisst niemals. Es kommt der Tag, an dem beide Seiten sich wiedertreffen, um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Zweifellos war noch keine Lösung erreicht, doch der Weg hin zur Lösung war eingeschlagen worden. Die Hoffnung auf eine sich am Horizont abzeichnende Lösung wächst ständig. Die Republik besitzt das Potenzial, ein eigenes Demokratiemodell

21 George W. Bush und Recep Tayyip Erdoğan

zu schaffen. Wenn sie das reiche Erbe früherer Zivilisationen antritt und sich der tausendjährigen Geschwisterlichkeit und dem Geist der Einheit der umma würdig erweist, wird sie nicht nur ihr eigenes Modell präsentieren, sondern sogar zum Vorbild der unglücklichen Völker der Region werden. Die Suche nach einer Lösung der kurdischen Frage macht ein demokratisches Modell wahrscheinlich, ja unausweichlich.

## C MÖGLICHE LÖSUNGEN DER KURDISCHEN FRAGE

Durch die Etablierung der Hegemonie der kapitalistischen Moderne zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Mittleren Osten wurden die gesellschaftlichen Probleme – wie auch die möglichen Lösungen – auf eine neue Stufe gehoben. Die hegemoniale westliche Zivilisation bestand aus neuen Elementen und besaß ein neues geographisches Zentrum. Sie war es, die für Altertum und Mittelalter spezifische Probleme und Lösungsansätze wieder auf die Tagesordnung der Geschichte setzte. Die Frage des Mittleren Ostens, auch »Orientfrage« genannt, können wir als Prozess der Zerschlagung des Osmanischen Reiches definieren. Für die verschiedenen Gesellschaften, Völker und Nationen wurden durch sie neben den für alle gültigen Fragen jeweils spezifische Besonderheiten aktuell. Zunehmend drängender wurden Probleme in Zusammenhang mit Nationen wie Arabern, Persern, Türken, Kurden, Armeniern, Griechen, Assyro-Aramäern und Juden, ferner mit Religionen und Konfessionen wie dem Islam, Christentum, Judentum und dem Laizismus, darüber hinaus wurden auch soziale, ökonomische, politische, ideologische und militärische sowie Klassenfragen virulenter. Zu den alten Problemen kamen neue Inhalte und Formen hinzu, so dass die Gegend zu einer Region der ständigen Krisen, Konflikte und Kriege wurde. Die westliche Zivilisation besaß eine fundamentale Überlegenheit. In gleichem Maße wie sich diese Überlegenheit verfestigte, musste es unausweichlich zu einer Verschärfung der Probleme in allen Ländern, Nationen und Gesellschaften kommen, die wiederum zur verstärkten Suche nach Lösungsansätzen führten.

Die Geschichte schafft jedoch niemals nur Probleme. Orte und Zeiten, in denen Probleme vorherrschen, bringen auch mögliche Lösungen

mit sich. Es kommt darauf an, die Hauptursachen dieser Probleme und die möglichen Lösungswege unter den zeitlichen und örtlichen Bedingungen realistisch zu definieren und umzusetzen. Von vitaler Bedeutung hierfür ist eine ausreichende Aufklärung und Diskussion. Andernfalls mutieren die Anstrengungen für eine Lösung zu einem Kampf unter Blinden. Ein solcher Kampf unter Blinden fand im Mittleren Osten während der vergangenen 200 Jahre der Hegemonie der kapitalistischen Moderne statt bzw. wurde ihm aufgedrängt. Verschiedene Methoden von der allgemeinen Politik des »teile und herrsche« bis hin zu kurzfristigen Taktiken wurden zur Ausweitung der Hegemonie in jedem Bereich angewandt. Am Ende gab es keine gesellschaftliche Gruppe und kein Individuum mehr, das nicht am Haken hing.

Kurdistan und die kurdische Gesellschaft gehören zu den Ländern und Gesellschaften, die am meisten von den negativen Seiten der Hegemonie der kapitalistischen Moderne betroffen waren und mit Trennung und Problemen, Vernichtung und Aufständen überzogen wurden. Zwar hatten die Kurden und ihre Vorfahren in Altertum und Mittelalter bereits ähnliche Phasen durchlebt, in der Ära der kapitalistischen Moderne kam jedoch erstmals eine ernsthafte und systematische Bedrohung ihrer Existenz hinzu. Es begann eine hochgefährliche Phase, in der kulturelle und physische Genozide vielfach an der Tagesordnung waren. Innerhalb dieses allgemeinen Rahmens und parallel zur Herausbildung der Kurdistanfrage und der kurdischen Frage entwickelten und transformierten sich stets auch gleichzeitig die Lösungsmöglichkeiten.

Diese Entwicklungen und Transformationen können wir in den folgenden drei Abschnitten evaluieren.

## 1. Die Lösung der Hegemonie der kapitalistischen Moderne: nationale Vernichtung

Dies ist die extremste, auf Gewalt beruhende Lösungsmethode des kapitalistischen Systems in den Metropolen und Kolonien. Die drei Hauptelemente der kapitalistischen Moderne, Nationalstaat, Kapitalismus und industrieller Monopolismus, setzen jeder nationalen Gemeinschaft, in die sie Einzug halten, das Modell der homogenen Gesellschaft auf. Daher halten ihre Vertreter es oft für notwendig, zu einer Politik der Verleugnung und Vernichtung zu greifen. Dieser

Politik- bzw. Administrationsstil kann je nach Widerstand der betroffenen Gesellschaftsformation verschiedene Formen annehmen. Wenn die andere gesellschaftliche Existenz vernichtet werden und von den Elementen der eigenen kapitalistischen Moderne absorbiert werden soll, kann das Ausmaß der Gewalt sogar Völkermord erreichen. Zuweilen wird die betroffene Gesellschaft aus ihrer Heimat in andere, gut kontrollierte Gebiete ins Exil getrieben. Dort kann die Assimilation leichter erfolgen. Eine andere Form der Gewalt ist die Vertreibung aus den Dörfern und vom Land in die Städte. Konzentrationslager, Gefängnisse und große Massaker stellen Methoden der intensiveren Gewaltanwendung dar. Eine weitere Form der Gewalt ist die Aufteilung eines Heimatlandes, um es leichter regieren zu können. Auch die zwangsweise und geplante Assimilation fällt unter die Kategorie Gewalt. Weitere stets angewandte Formen der Gewalt sind militärisch-polizeiliche Operationen, die Förderung von Arbeitslosigkeit und ungesunden Lebensverhältnissen, alle Arten von Verboten und Zwangsarbeit. Wenn die betroffene Gemeinschaft oder Gesellschaft dennoch aufrecht steht, dann besteht die große Gefahr, dass der kulturelle Genozid durch einen physischen Genozid vervollständigt wird.

Kurdistan und die Kurden waren im Mittleren Osten durch die verschiedenen Elemente der kapitalistischen Moderne, ihrer monopolistischen Regierungen und insbesondere der Nationalstaaten zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten all den genannten Formen der Gewalt ausgesetzt. Es wäre zu kurz gegriffen, diese Praktiken nur den despotischen Regierungen und den Nationalstaaten der Türken, Perser und Araber zuzuschreiben. Ohne Beteiligung der zentralen kapitalistischen Hegemonialmächte wäre keine despotische Führung und kein Nationalstaat kräftemäßig alleine in der Lage gewesen, nationalistisch-annihilatorische Gewalt einzusetzen. Ohne Erlaubnis des Systems hätten sie diese Stärke nicht demonstrieren können. Und selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte sie nicht von Dauer sein können. Von Beginn des 19. Jahrhunderts bis ungefähr 1945 war das Britische Empire in alle nationalen Vernichtungsfeldzüge, Massaker und Teilungen involviert, die Kurdistan und die Kurden betrafen. Egal um welche jeweils spezifischen kolonialistischen Praktiken der türkischen, persischen und arabischen Nationalstaaten es sich handelte. Ohne die Briten und

die anderen Hegemonialmächte hätte der Status Kurdistans und der Kurden in den letzten 200 Jahren nicht festgelegt und umgesetzt werden können. Das heißt jedoch nicht, dass die gesamte Verantwortung bei den imperialistischen Metropolen liegt; die regionalen und lokalen Elemente der kapitalistischen Moderne waren gnadenloser und annihilatorischer. Dazu wurden sie durch reaktionäre und faschistische Varianten von Staatskapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus gedrängt. Das späte Kennenlernen der kapitalistischen Moderne und die Schwäche der kulturellen Akkumulation zwingt sie meist zu Methoden der Verleugnung und nationalen Vernichtung. Der Kapitalismus wurde in Form eines Staatsmonopolismus umgesetzt und setzte auf Profite durch Plünderung, Beschlagnahme und Ausbeutung sogar ohne Einführung der Lohnarbeit.

Im von ihm gestützten privaten Sektor lässt er die gleichen Methoden anwenden. Der Kapitalismus in Form eines staatlichen und eines privaten Sektors kann offenbar nicht reibungslos durchgesetzt werden, wenn Vernichtung und Zwangsassimilation nicht vorhanden sind. Der Nationalstaat selbst ist ohnehin der größte kapitalistische Unternehmer. Den Nationalstaat als am höchsten organisierte und konzentrierte Form des Kapitalismus zu definieren ist von entscheidender Bedeutung, um die Vorgänge zu verstehen. Das social engineering des Nationalstaats funktioniert als gnadenloses Werkzeug zur vollständigen Homogenisierung im Namen der herrschenden nationalen Ethnie. Allen arabischen, türkischen und persischen Nationalstaaten, die in Kurdistan und über die Kurden errichtet wurden, wurde diese Funktion übertragen.

Auch den Industrialismus müssen wir als eine national-annihilatorische und monopolistische Praxis begreifen. Allein die Zerstörung der dörflichen und landwirtschaftlichen Gesellschaft stellt einen der größten Soziozide der Moderne dar. Der auf Wasserkraft, Kohle und Atomenergie aufbauende Industrialismus führte zur Entvölkerung Tausender Siedlungsgebiete mit all ihren kulturellen Reichtümern, zu Umweltverschmutzung, Vergiftung, Verstrahlung und der Zerstörung des klimatischen Gleichgewichts. Daher verkörpert er eine Gefahr, die noch über den Völkermord hinausreicht. Die Zerstörung und Plünderung der historischen Artefakte in Kurdistan, die Verhinderung der kulturellen Ausdrucksformen der Kurden, die Verbote kultureller Werte, das

Fehlen von Freiheit der Bildung verweist auf die kulturell genozidale Dimension der Gewaltherrschaft, die mindestens so gefährlich ist wie ein physischer Genozid.

Die als militärische Lösung oder Gewaltlösung bezeichnete Art gesellschaftlicher Grausamkeit hängt mit dem positivistischen Darwinismus zusammen. Der positivistische Darwinismus geht vom Lebensrecht des Stärkeren aus. Die Kurden gehören zu den Gesellschaften, die repressive und annihilatorische Lösungen durch militärische Gewaltherrschaft, die sich auf die Elemente der kapitalistischen Moderne stützte, mit all ihren Auswirkungen vielfach erlebt haben. Auch Armenier, Griechen, Assyro-Aramäer, Beduinen und Turkmenen wurden zu Opfern ähnlicher Lösungen. Die Schaffung einer homogenen herrschenden Nation ist eine Katastrophe. Jede homogene Nation ist gleichbedeutend mit der Vernichtung Tausender kultureller Werte. Widerstand und Aufstände, geleistet zur Verteidigung der eigenen Existenz und Würde, gegen die kapitalistische Moderne und insbesondere gegen den Nationalstaat endeten wegen des Ungleichgewichts der Kräfte meist mit Massakern. Jedes Massaker wurde als Schritt auf dem Weg zu einer militärischen Lösung betrachtet. Als die Kurden nach der Teilung durch den Vertrag von Qasr-e Schirin (1639) infolge des Nationalpakts ein zweites Mal geteilt wurden, vergrößerte dies die Katastrophe und führte zur verstärkten Anwendung von militärischen Gewaltlösungen. Seit rund 90 Jahren dienen alle Teile Kurdistans als Experimentierfeld für militärische Lösungen. Das Image der rebellischen und zurückgebliebenen Kurden wurde bewusst geschaffen und diente als Vorwand für Unterdrückung und Vernichtungsfeldzüge.

Die wichtigste soziale Kraft hinter der militärischen Gewaltlösung ist die durch die Elemente der Moderne geschaffene Mittelklassenbourgeoisie und ihre Bürokratie. Diese Klasse entstand auf der Grundlage der Verleugnung der Existenz der Kurden. Ihr Wachstum beruhte auf der Ausbeutung der Kurden und einseitigem Blutvergießen. Kurdistan und die Kurden galten dieser Klasse als natürliche Rohstofflieferanten. Sie selbst respektierten sie niemals als Subjekte; stets waren sie Objekte und wurden in einem Zustand der Sklaverei gehalten, der schlimmer war als derjenige der Frauen. Die Gegenwehr [der Mittelklasse] gegen die westlichen Hegemonialmächte, die eine verhältnismäßig lockerere

Kolonialpolitik betrieben, rührte nicht von der Leidenschaft für Unabhängigkeit und Freiheit her. Vielmehr wurde sie von der Furcht und Panik angetrieben, der Rohstoff würde ihr weggenommen und besser verwaltet. Auch könnten so die Kurden gegen sie aufgebracht werden.

Gegen Kurdistan und die Kurden besteht seit den 1920er Jahren eine stillschweigende Allianz im Schatten der westlichen Hegemonialmächte und im Austausch gegen Zugeständnisse an diese. Um die vier Nationalstaaten vor Ort (Iran, Türkei, Syrien, Irak) nach Wunsch zu steuern, sind die westlichen Hegemonialmächte Meister darin geworden, unter der Hand mit Kurdistan und den Kurden zu spielen. Es lag in ihrem subjektiven Interesse, Unterstützung vorzutäuschen und sie nach dem Erreichen ihrer Ziele fallen zu lassen. Gegen kaum ein anderes Land und Volk der Erde wurde so viel militärische Gewalt eingesetzt und Komplotte geschmiedet. Auch Armenier, Griechen und Assyro-Aramäer wurden zum Opfer dieser Praktiken der Moderne. Der Zusammenbruch des irakischen Nationalstaats 2003 versetzte die Regierungen Syriens, des Iran und der Türkei in Panik. Sie stellten alle Probleme und Widersprüche untereinander hinten an, vergaßen auch die so oft strapazierte religiöse Gemeinsamkeit und erneuerten die heilige Allianz gegen die Kurden. Diese Mächte hatten keine Probleme, schnellstmöglich eine Allianz gegen Kurdistan und die Kurden zu schmieden, wie sie gegen keinen Feind möglich gewesen wäre.

Die Kurden, ohne Anwälte und ohne Alliierte, rebellierten gegen diese mehrfache Hegemonie und diese Allianzen, doch gelang es ihnen anders als vielen Zeitgenossen weder, eine nationalstaatliche Lösung, noch eine Lösung der demokratischen Nation zu entwickeln. Der Zerfall des irakischen Nationalstaats führte zwar zur Bildung eines Bundesstaates durch einige kurdische Kräfte im Sinne einer nationalstaatlichen Lösung, doch befindet sich dieser in einer eher unsicheren Position. Dieses Gebilde stellt keine Rettung für die Kurden dar, vielmehr versuchen die hegemonialen und kolonialen Mächte einmal mehr, es als Kontrollinstrument zu nutzen. Die Politik der militärischen Lösung hat zwar ihre traditionellen Ansprüche gegenüber den Teilen Kurdistans und ihrer Bevölkerung nicht aufgegeben, besitzt jedoch nicht mehr ihre frühere Kraft. Sie hat massiv an Ansehen eingebüßt und verliert schnell ihre Grundlage, die Kollaboration. Die traditionellen

kurdischen Kollaborateure sind zwar diejenige gesellschaftliche Gruppe, auf die die Verfechter der nationalstaatlichen Lösung durch militärische Gewalt am meisten setzen, doch sind sie durch den Widerstand der letzten mehr als 30 Jahre weitgehend demaskiert und enttarnt. Diese Abnutzungserscheinungen bei den kurdischen Kollaborateuren spielen eine große Rolle für die Schwächung der militärischen Lösung.

Als sich die Hegemonialmacht USA im Irak niederließ, erodierte der Boden für den weiteren Einsatz der traditionellen Methoden der NATO in Kurdistan und gegen die Kurden. Dazu zählte zum Beispiel der Einsatz der Konterguerilla unter Leitung von GLADIO. Die Spannungen zwischen der Türkei und den USA wegen deren Haltung zum kurdischen Bundesstaat erreichten mit dem 2007 in Washington erzielten Kompromiss eine neue Stufe. Es lässt sich erkennen, dass es einen allgemeinen Konsens in Bezug auf Lösungsansätze in sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Dimension gab, bei denen eine militärische Lösung nicht im Vordergrund steht, sofern die PKK im Gegenzug den bewaffneten Kampf beendet. Die Ergenekon-Prozesse hängen mit diesem Kompromiss genauso zusammen wie die Aufnahme normaler Beziehungen zum kurdischen Bundesstaat. So sah sich die nationalstaatliche Führung der Türkei gezwungen, eine Wende bezüglich der Praktiken in Kurdistan und gegen die Kurden einzuleiten. Auch die anderen beiden Standbeine der Moderne, die problematische Profitrate des Kapitals und die industriellen Interessen an der irakischen Wirtschaft hatten großen Einfluss darauf. Die neue Kurdistan- und Kurdenpolitik der Republik Türkei bestand nicht länger in einer militärischen Lösung, sondern verschob sich in Richtung einer Politik, die offen für Kompromisse im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bereich war. Dies stellt zweifellos eine bedeutende Entwicklung dar – eine Entwicklung, die für ganz Kurdistan und alle Kurden und daher für den Mittleren Osten bedeutende Resultate mit sich bringen wird.

## 2. Die nationalstaatliche Lösung des kurdischen Föderalismus

Diese Lösung, die sich auf Südkurdistan und die Südkurden stützt, reflektiert im Wesentlichen den Lösungsstil der westlichen Hegemonialmächte. Da sich diese Mächte über den langfristigen Erfolg der faschistischen nationalstaatlichen Lösungen nicht sicher sein

können und dieser Lösungsstil nichts zu ihrer eigenen Etablierung in der Region beiträgt, stellt die föderalistische nationalstaatliche Lösung für sie eine Notwendigkeit dar. So ist diese Lösung, gestützt auf die Südkurden, der wichtigste Hebel sowohl um sich in dem betreffenden Land niederzulassen als auch die Nationalstaaten der Region und die anderen Elemente der Moderne an sich zu binden und zu fördern. In diesem Sinne ist ein vollständig unabhängiger kurdischer Nationalstaat unpassend, da er nicht die gleiche Hebelwirkung entfalten könnte. Er wird daher nicht präferiert. Auch die kurdischen Elemente der kapitalistischen Moderne haben begonnen, sich einer föderalistischen Lösung zuzuwenden. Dies erfolgt, weil ihre traditionelle Politik der Kollaboration mittlerweile enttarnt ist und darüber hinaus mittlerweile ihren Interessen nicht mehr ausreichend entspricht. Den kurdischen Bundesstaat im Nordirak (Südkurdistan) dürfen wir nicht nur als lokale bürgerliche Transformation verstehen, sondern müssen ihn als bürgerliche Transformation der Kollaborateursklasse in ganz Kurdistan betrachten. Seine Wurzeln reichen weit zurück. In allen Aufständen und bei allen nationalistischen Organisierungen wurde eine derartige Lösung stets als Ziel definiert. Trotz ihrer Uneinigkeit und schwachen Organisierung können wir den neuen Status dieser Kräfte als kurdische kapitalistische Moderne betrachten.

Insbesondere der Widerstand der PKK in den letzten dreißig Jahren hat sie zu einer gegenseitigen Solidarität und der Suche nach einer föderalen Lösung gezwungen. Wie gespalten und verstreut sie auch sein und welche ideologisch-politischen Schwächen sie auch aufweisen mögen, sie werden auf ihrem Lösungsstil beharren, in dessen Zentrum ein föderaler kurdischer Mini-Nationalstaat steht. So sehr auch die benachbarten Nationalstaaten (Türkei, Iran, Syrien und sogar der irakische Zentralstaat) sich dem entgegen stellen mögen, dank der Unterstützung der globalen kapitalistischen Hegemonie werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit seine Existenz langfristig sichern. Die globale Hegemonie wird dieses Lösungsmodell als ein im gesamten Mittleren Osten umzusetzendes Modell viel eher in ihrem Interesse sehen. Das Schicksal des föderalistischen Lösungsstils hängt davon ab, ob die Bourgeoisie der herrschenden Nationalstaaten und ihre Bürokratie die kurdische Identität richtig begreifen und respektieren. Die Erfahrung im Irak zeigt,

dass diese Stufe noch nicht erreicht ist. Die Haltung des arabischen Nationalstaats Syrien besagt, dass die Kurden nicht zur Gesellschaft gehören. Sie denken noch nicht einmal daran, die Kurden als Staatsbürger anzuerkennen. Auch dem starren schiitischen Nationalismus im Iran sind die Kurden fremd; er taugt nicht zur Assimilation der Kurden. Es wird dauern, die traditionelle Administration in Form von Provinzen (eyalet) auf Modellelemente umzustellen. Die jetzige iranische Administration ist vom Föderalismus weit entfernt. Möglicherweise wird sich die türkische Mittelklassenbourgeoisie und -bürokratie früher von ihrer verleugnenden, assimilationistischen Mentalität befreien. Dass die Mehrheit der kurdischen Massen in der Republik und in den vorherigen Staatsgebilden mit den türkischen Oberschichten intensiv kollaboriert hat, kann zu einer Revolution der Mentalität führen.

Nicht zuletzt fällt es nicht schwer, sich an die strategische Partnerschaft aus der Gründungsphase der Republik zu erinnern. Sobald die gemeinsame Geschichte richtig verstanden wird, muss unweigerlich die Akzeptanz der Kurden in den staatlichen Strukturen steigen. In kritischen Zeiten haben die Türken als Nation zur Genüge erfahren, welch strategische Katastrophe es bedeutet, ohne die Kurden auskommen zu müssen. Es wird nicht schwer sein, in normalen Zeiten diese Akzeptanz zu erreichen. Die ausgeprägte gesellschaftliche Vermischung sollte im Sinne des Wunsches nach einem Zusammenleben genutzt werden. Wenn die nationalistische Ideologie weiter an Ansehen verliert und das tief verwurzelte Denken in den Kategorien umma und millet im Sinne einer konservativen Demokratie verwendet wird, so werden die traditionellen kurdischen Kollaborateure dieses Lager vorziehen. Tatsächlich geschieht das bereits. Selbst wenn die militärische Lösung stets als Möglichkeit offen gehalten wird, so ist es doch zumindest im Rahmen der Meinungsfreiheit nach und nach möglich, den Föderalismus zu diskutieren.

Die gesellschaftliche Kapazität sowohl der militärischen als auch der föderalistisch-kollaborationistischen Lösung ist eng begrenzt. Beide Lösungen liegen nicht im Interesse aller Kurden und der benachbarten Gesellschaften. Diese Modelle stellen Kompromisse zwischen den Elementen der kapitalistischen Moderne innerhalb der Oberschicht dar. Je mehr sie sich vor der Unterschicht fürchten, um so eher sind sie zu einer Lösung bereit. Die Lösungen, die wir bei allen nationalen

Befreiungsbewegungen und gewerkschaftsorientierten Bewegungen der Arbeiterklasse beobachten konnten, waren Lösungen der Mittelklasse. Dass die vorhandenen Probleme nicht gelöst werden, hängt mit dieser Klassenstruktur zusammen. Jede Klasse hat eine bestimmte Lösungskapazität. Bedingung für eine an die Wurzel gehende Lösung gesellschaftlicher Probleme ist es, dass die demokratischen Elemente der Gesellschaft außerhalb der Elemente der kapitalistischen Moderne sich einbringen und ihre historische Rolle spielen. Die Geschichte bietet kein ausreichendes Potenzial für eine kurdische kapitalistische Moderne. Lösungsversuche in Richtung eines Nationalstaates sind nicht in der Lage, den Föderalismus zu überwinden. Föderalismus allein ist aber nicht ausreichend, um die sich in akuter Krise befindlichen gesellschaftlichen Probleme der Kurden zu lösen; er kann lediglich eine positive Rolle für eine Lösung der demokratischen Nation spielen und so die Bedenken über seine eigenen Mängel zerstreuen.

### 3. Die Lösung der demokratischen Nation

Die entscheidende Besonderheit der Lösung der demokratischen Nation ist die Suche nach einer Lösung außerhalb des Staates. Außerhalb des Staates zu suchen bedeutet weder, den Staat zu zerschlagen und an seine Stelle einen neuen zu errichten, noch als verlängerter Arm des bestehenden Staates in ihn integriert zu werden. Die Gesellschaft sucht die Lösung in sich selbst, in ihrem demokratischen Willen. Ihr Ziel ist weder in positivem noch in negativem Sinne der Staat. Ohnehin hing die Lösung für gesellschaftliche Probleme quer durch die Geschichte der Zivilisationen bis hin zur kapitalistischen Moderne aus Sicht der Oberklassen damit zusammen, Staat zu sein. Das spiegelt ihre Klasseninteressen. Für den demos kann dies unmöglich eine Lösung sein. Die Lösung eines proletarischen Staates oder Volksstaates im Namen der Völker und der Werktätigen, wie sie der Realsozialismus vorschlug, ist nur eine Täuschung und ein Betrug. Das hat die Realität gezeigt. Kriege, die um Macht und Staatlichkeit geführt wurden, lagen stets im Interesse der Eliten und des Kapitals. Dass in der Geschichte Lösungen einer demokratischen Nation nicht ausgeprägt entwickelt wurden, liegt an den Interessen der Machteliten und der Kapitalmonopole. Gleiches gilt für die Lösung unserer heutigen Probleme.

Dass die realsozialistisch beeinflusste PKK lange Zeit das nationalstaatliche Paradigma nicht überwinden konnte, war der eigentliche Grund für ihre Stagnation. Dies ähnelte der Stagnation, in die die Elemente der kapitalistischen Moderne die Republik Türkei gebracht hatten. Ziel der PKK war es, die Türkei in einen sozialistischen Staat zu verwandeln, in Kurdistan eine sozialistische Republik zu errichten und anschließend zwischen beiden eine internationalistische Allianz zu schmieden. Innerhalb dieses Paradigmas gab es wenig Platz für Demokratie und eine demokratische Gesellschaft. Der Klassenwiderspruch in der Natur von Macht und Staat wurde nicht erkannt. Wie Karl Marx glaubte, dass sich eine rein kapitalistische Gesellschaft errichten lasse, so glaubte man, dass ein reiner Klassenstaat errichtet werden könnte. Dabei ist sowohl ein reiner Klassenstaat wie auch eine rein kapitalistische Gesellschaft phänomenologisch unmöglich. Die Anarchisten kritisierten dies teils in zutreffender Weise, waren jedoch nicht in der Lage, das Ziel einer demokratischen nationalen Gesellschaft ebenso richtig zu entwickeln.

Für die PKK war es ein schmerzhafter Prozess, die demokratisch-nationale Gesellschaft zu begreifen. Dies kam einer Wiedergeburt gleich. Es bedeutete die Ablehnung des Daseins als klassische realsozialistische Partei. Gleichzeitig war es der Abschied von der Ausrichtung auf den Staat. Unter ähnlichen Parteien ist sie eine der ersten, die einen solchen Wandel durchläuft.

Die Lösung der demokratischen Nation ist nicht nur ein Vorschlag spezifisch für Kurdistan und das kurdische Volk. Die Lösung ist ein Angebot an die Gesellschaften des Mittleren Ostens und sogar universell für alle Gesellschaften. Das politische Dach der Lösung der demokratischen Nation ist der demokratische Konföderalismus der Zivilgesellschaft, der kein Staat ist. Demokratischer Konföderalismus ist nicht gleichzusetzen mit staatlichem Föderalismus oder Konföderalismus. Es handelt sich um verschiedene Dinge.

Das ökonomisch-soziale Modell der Lösung der demokratischen Nation sind kommunale Einheiten. Ökologische, soziale und ökonomische Einheiten der Gesellschaft streben nicht nach Gewinn. Für sie ist die Priorisierung von Grundbedürfnissen wesentlich. Zwar gibt es Märkte, doch der Einfluss des Monopolismus auf sie wird begrenzt und

sie befinden sich unter der ethischen Kontrolle der Gesellschaft. Die ethischen und politischen Werte der Gesellschaft haben Vorrang vor dem Recht. Weniger als eine Rechtsgesellschaft stehen die ethischen und politischen Grundlagen der Gesellschaft im Vordergrund. Bei der Behandlung gesellschaftlicher Angelegenheiten und Probleme gelten die Kriterien der direkten Demokratie. Direkte Demokratie ist proportional zum zeitgenössischen wissenschaftlichen Bewusstsein. Individuelle und gesellschaftliche Freiheit verwirklicht sich durch ein Zusammenwirken von wissenschaftlichem Bewusstsein, Kunst, Ethik und der Kunst der Politik. Maßstab für das freie Individuum ist das Niveau der Freiheit der kommunalen Einheit, der es angehört. Loslösung von der Gesellschaft ist nicht gleichbedeutend mit Freiheit.

Neben diesen allgemeinen Eigenschaften können wir einige Grundprinzipien der Lösung der demokratischen Nation noch einmal anführen.

**a – Demokratische Nation:** Dies meint den Zustand einer demokratischen Gesellschaft als Nation, die nicht auf Sprache, ethnischer Zugehörigkeit, Klasse oder Staat basiert, sondern vielsprachig und multiethnisch ist, Spaltungen in Klassen und Privilegien für den Staat keinen Raum gibt und auf freien und gleichen Individuen beruht. Die demokratische Nation besteht aus demokratischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinschaften. Sie beruht auf dem Paradigma einer flexiblen Nation, die sich aus offenen kulturellen Identitäten konstituiert.

**b – Gemeinsame, demokratische Heimat:** Dies meint die Gesamtheit aller Heimatgebiete, die frei und gleich geteilt werden und in denen keine Person die andere und keine Gemeinschaft die andere ausgrenzt.

**c – Demokratische Republik:** Dies bedeutet, dass der Staat für die demokratische Gesellschaft und das demokratische Individuum zugänglich ist. Die Organisation des Staates und die demokratische Organisierung des Individuums sind unterschiedliche Dinge, es gilt der Respekt des einen vor der Legitimität des anderen.

**d – Demokratische Verfassung:** Dies bedeutet eine Verfassung, die durch gesellschaftlichen Konsens gebildet wird und im Wesentlichen die demokratischen Bürger und Gemeinschaften gegen den Nationalstaat schützt.

**e – Untrennbarkeit von individuellen und kollektiven Rechten:** So wie die Gesellschaft mehr ist als die Summe ihrer Individuen, stellen

auch die individuellen und die kollektiven Rechte zwei Seiten derselben Gesellschaft dar. Wie eine Medaille nicht nur eine Seite hat, so kann es auch keine Individuen oder Gesellschaften geben, die nur individuelle oder nur kollektive Rechte besitzen.

**f – Ideologische Freiheit und Unabhängigkeit:** Die Lösung der demokratischen Nation kann nicht verwirklicht werden ohne die positivistische ideologische Hegemonie der kapitalistischen Moderne und die als Individualismus neu etablierte liberalistische Sklaverei zu überwinden. Das Bewusstsein über die eigene gesellschaftliche Natur ist Vorbedingung für das Bewusstsein der Lösung der demokratischen Nation.

**g – Historizität und Aktualität:** Gesellschaftliche Tatsachen sind geschichtliche Tatsachen. Tatsachen, die in der Geschichte existiert haben, leben mit kleinen Veränderungen auch in der Gegenwart weiter. Ohne die richtigen Verbindungen zwischen Geschichte und Gegenwart herzustellen, können wir den geschichtslos machenden Individualismus der kapitalistischen Moderne und die Mentalität der homogenen, nur auf den Moment konzentrierten Gesellschaft nicht aufbrechen. Ein richtiges Verständnis von Geschichte und Gegenwart ist eine notwendige Vorbedingung für die Lösung der demokratischen Nation.

**h – Moral und Gewissen:** Kein gesellschaftliches Problem kann auf gute Weise gelöst werden, ohne sich an Moral und Gewissen zu orientieren. Die Lösungen der Moderne, die nur auf Macht und Recht beruhen, leisten nichts weiter als Probleme zu unterdrücken und zu verzerren. Für die Lösung der demokratischen Nation ist eine Empathie, die auf Moral und Gewissen beruht, unverzichtbar.

**i – Prinzip der Wehrhaftigkeit von Demokratien:** Wie es kein Lebewesen gibt, das keine Anlage zur Selbstverteidigung besitzt, so können auch demokratische Gesellschaften, die komplexesten Gebilde der Natur, ohne Selbstverteidigung weder entstehen noch weiter existieren. Bei Lösungen demokratischer Nationen muss die notwendige Wehrhaftigkeit gewährleistet sein.

Diese Prinzipien, die noch detaillierter ausgearbeitet werden müssen, ermöglichen bereits ein genaues Erkennen der Lösung der demokratischen Nation. Diese Prinzipien, die auch bei der Evolution der Europäischen Union immer wieder auf die Agenda kommen, besitzen für die

gesellschaftlichen Probleme im Mittleren Osten im Allgemeinen und noch mehr für die gesellschaftliche Problematik der Kurden faktisch eine heilende Wirkung. Eine auf diesen Prinzipien und der Definition für ein demokratisches Leben als Nation aufbauende demokratische Lösung in Kurdistan besitzt historische Bedeutung.

Der Beginn eines Demokratisierungsprozesses der Türkei und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage sind zwei Seiten einer Medaille. Das eine funktioniert nicht ohne das andere. Es wird hilfreich sein, die Dimension der Lösung für die Türkei noch ein wenig zu konkretisieren. Zunächst einmal dürfen die oben wiederholt kurz skizzierten Prinzipien nicht ignoriert werden. Lösungen, die keinen Prinzipien und keinem System folgen, bleiben unverständlich und haben lediglich palliative Wirkung. Bei der angedachten Lösung geht es darum, sie unabhängig von Bestand oder Zerfall der westlichen kapitalistischen Hegemonie während der gesamten strukturellen Phase umzusetzen und zu leben.

**Erstens** handelt es sich um einen Lösungsvorschlag für die Ära der westlichen Zivilisation, der sogar darüber hinaus weisen kann.

**Zweitens** akzeptieren die Elemente der kapitalistischen Moderne in der Republik Türkei – was immer ihre Strukturen, Institutionen und der dahinter stehende ideologische Monopolismus sein mögen – die Existenz einer demokratischen, nationalen Gesellschaft und somit das Vorhandensein einer Lösungschance und deren Legitimität. Die hier angedachten Elemente der demokratischen Lösung schlagen weder die Liquidierung der Elemente der kapitalistischen Moderne (Nationalstaat, Kapitalismus und Industrialismus) durch eine Revolution vor, noch akzeptieren sie die Vernichtung und Assimilierung dieser Elemente durch eine Politik der militärischen Macht. Der Vorschlag lautet, dass die beiden Hauptentitäten ihre Legitimität gegenseitig anerkennen, friedlich koexistieren und in einen konfrontationsfreien Wettbewerb eintreten.

**Drittens** enthält der Vorschlag im Zusammenhang mit den ersten beiden Punkten die Unverzichtbarkeit der Institution der demokratischen Politik. Die demokratische Politik ist der Boden, auf dem bestehende wie zukünftige Probleme gelöst werden. Zur demokratischen Politik zählen auch demokratische Verhandlungen und Diplomatie. Dies umfasst auch die Aufhebung aller Hindernisse für das Funktionieren der

demokratischen Politik. Umfassende Meinungsfreiheit, demokratisch verfasste Parteien, Gewerkschaften, Kooperativen und zivilgesellschaftliche Gebilde aller Art sind nur durch das Überwinden der bestehenden Hindernisse möglich. Unverzichtbares Kriterium einer demokratischen Politik ist die starke Senkung oder völlige Abschaffung der Sperrklausel bei Wahlen.

**Viertens** müssen Systeme erstellt werden, die den Erfordernissen des Rechts auf Selbstverteidigung beider grundlegenden Entitäten gerecht werden.

Diese Punkte wurden im zweiten Teil dieser Roadmap ausführlicher definiert. Im Folgenden soll es nur darum gehen, ein Modell vorzustellen, wie sie in die Praxis umgesetzt werden könnten.

## 4. Konkretisierung und Name der demokratischen Lösung: KCK

Wir können die demokratische Lösung auch auf der Namensebene konkretisieren. Die Institutionen der Republik Türkei und ihre gegenwärtigen Grenzen werden als legitim akzeptiert. Fragen nach ihrer Form (unitär, föderal oder konföderal) werden nicht diskutiert; es wird nicht einmal vorgeschlagen, dies auf die Agenda zu setzen. Es wird vorgeschlagen, die Attribute der Staatsbürgerschaft der Republik Türkei, nämlich demokratisch, gleich und frei, nicht nur in der Verfassung und den Gesetzen, sondern auch institutionell praktisch umzusetzen. Es wird hier die Untrennbarkeit von individuellen Rechten und Freiheiten und den Rechten und Freiheiten kollektiver, offener kultureller Identitäten betont. Ich schlage vor, die Punkte zur Lösung der kurdischen Frage als untrennbare Bestandteile der Demokratisierung, nach Stand der Dinge sogar als ihre Basis zu betrachten. Die Lösung fokussiert nicht auf den Staat, sondern beruht auf einem demokratischen System, das die gesamte Gesellschaft umfasst. Die grundlegenden Punkte zum Verständnis des demokratischen Systems sind bereits im zweiten und den darauf folgenden Abschnitten ausführlich analysiert worden. Zusätzlich können wir jedoch den Namen als KCK (Koma Civakên Kurdistan22) konkretisieren. Ich betone nochmals, dass die KCK nicht im Stile der Republik Türkei oder als Alternative zu ihr zu denken ist. Sowohl inhaltlich als

22 Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan

auch von der Form her sind es verschiedene Formationen. Hier wurde versucht, die Republik Türkei mit ihren Prinzipien und Institutionen, ihrer Geschichte und Gegenwart zu analysieren. Sowohl die Definition der KCK als auch ihr Entwicklungsstand müssen jedoch ausgeführt werden. Definieren können wir sie als Dachorganisation, die sich aus den Elementen der demokratischen Moderne der Kurden (demokratische Nation, gebildet aus ökonomisch-ökologischen Gemeinschaften, demokratischen BürgerInnen und Bürgern und offenen kulturellen Identitäten zusammensetzt.

Die kritischen Begriffe hierbei sind »demokratischer Bürger/demokratische Bürgerin« und »Nation«. Über die demokratischen BürgerInnen müssen wir wohl nicht breit diskutieren. Es wird kaum Einwände geben gegen die Definition als Personen, die individuelle und kollektive Rechte und Freiheiten genießen. Die demokratische Nation mag etwas komplizierter erscheinen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass diese Definition derjenigen nahe kommt, die die Europäischen Union aus den blutigen nationalen Kämpfen der Moderne der letzten 500 Jahre abgeleitet hat. Staatsnationalismus wird wegen der Stagnation und der Probleme, zu der er führt, mittlerweile zunehmend flexibilisiert und überwunden. Bei den neu entwickelten Nationsbegriffen wird stets deren demokratischer Charakter betont. Wenn wir in der Türkei Mustafa Kemals Definition, »das Volk der Türkei wird ›türkische Nation‹ genannt23«, nicht einseitig, sondern in beide Richtungen verwenden, wird dies hilfreicher sein. Insbesondere der Gebrauch des Begriffes »türkische Nation« ist extrem mit chauvinistischen, patriarchalen Vorurteilen aufgeladen, was seine Verwendung erschwert. Seine Benutzung wirkt sich zunehmend belastend auf die Beteiligung der anderen Identitäten aus. Daher ist der Ausdruck »Volk der Türkei« sehr nahe an der von mir vorgeschlagenen Definition der Nation, die aus offenen kulturellen Identitäten und demokratischen, freien und gleichen BürgerInnen gebildet wird. Er drückt ihn sogar genau aus. Denn auch damals drückte dieser Begriff die multiethnische Zusammensetzung aus. Es trägt nichts zur Lösung bei, einen zum Hindernis gewordenen Begriff fanatisch zu verteidigen.

Schließlich können wir die KCK als Demokratisierung der

23 auf Türkisch: Türkiye halkına, Türk millet denilir

Zivilgesellschaft für die Kurden definieren. Die KCK kann als Dachorganisation der Zivilgesellschaft tatsächlich und ihrem Wesen gemäß innerhalb der Gesamtheit des »Volkes der Türkei« oder der »Nation Türkei« ihren Platz einnehmen. Genauer gesagt, wenn man aufrichtig glaubt oder akzeptiert, dass die Kurden zum Volk der Türkei oder zur Nation Türkei gehören und gehören müssen, dann muss eine angemessene und flexible Definition offenbar so aussehen. Nur mit dieser flexiblen Definition der Nation kann das Problem der Verfechter von Verleugnung und Vernichtung und der föderalistischen Lösungen eingedämmt werden. Diese flexible nationale Dachorganisation wird auch langfristig die Tür für Sezessionismus und Gewalt verschließen. Wir wissen sowohl aus der Geschichte als auch aus dem täglichen Leben sehr genau, dass militärische und föderalistische Lösungen nicht nur keine Lösungen produzieren, sondern selbst ständig Türöffner für Krieg und Sezessionismus sein werden. Die Kurden haben mittlerweile ohnehin ihre Kollektivität vorangetrieben, und auch als Individuen haben sie sich weitgehend emanzipiert. Es bedarf keiner seherischen Fähigkeiten, um zu prophezeien, dass das Beharren, sie mit weniger abzuspeisen, zu mehr Gewalt und Sezessionismus führen wird beziehungsweise dass Kurden dem ohnehin offen stehenden Weg dorthin dann konzentrierter voranschreiten werden. Dies zeigt sich ein Stück weit auch in der Regionalregierung im Nordirak. Die Resultate der Politik von Verleugnung und Vernichtung in der Ära der Republik hingegen liegen klar zutage. Wenn unter Berücksichtigung des heutigen Standes der Sozialwissenschaft die KCK-Lösung in Angriff genommen wird, dann wird sich zeigen, dass sie sowohl die angemessenste Lösung für eine demokratische Türkei, eine demokratische Republik und eine demokratische Nation ist als auch die höchste Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung besitzt.

Es mag hilfreich sein, für den Fall der Umsetzung der KCK-Lösung mögliche Entwicklungen zu antizipieren. In diesem Fall werden die Institutionen der Republik weiter existieren, jedoch in einer veränderten Situation. Die KCK wird sich institutionalisieren. So wie sich der Staat in seinen Verwaltungseinheiten umsetzt, funktioniert die KCK durch ihre eigenen demokratischen Institutionen. Die Stellungen und Positionen der beiden können verschieden oder ähnlich sein. Wenn sie sich unterscheiden, werden sie sich überwiegend ergänzen. Wenn sie

sich ähneln, wird ein positiver Wettbewerb beginnen. Wer die besseren Antworten auf gesellschaftliche Probleme findet, wird die größere Unterstützung finden.

Wichtigster Punkt bei diesem Lösungsmodell ist, dass es ohne gegenseitige Ablehnung oder Ausgrenzung auskommt. Alle traditionellen Lösungen, ob auf einem Staat oder individuellen Rechten basierend, bauten stets auf Ablehnung oder Ausgrenzung auf. Ohne das eine zu zerschlagen oder auszugrenzen, konnte das andere oder für besser gehaltene nicht umgesetzt werden.

Entscheidenden Anteil daran hatten religiöser und positivistischer Dogmatismus, die in Geschichte und Gegenwart lediglich dazu geführt haben, gesellschaftliche Probleme in die Sackgasse zu führen. Neue Erkenntnisse der Sozialwissenschaft betonen die Flexibilität und das hohe geistige Niveau der gesellschaftlichen Natur. Sie unterstreichen die weite Verbreitung symbiotischer Beziehungen und legen dar, dass antagonistische Widersprüche nicht zwangsläufig sind. Die Beziehungen zwischen Institutionen der demokratischen Politik (und die KCK sollte als Dachorganisation von Institutionen dieser Art begriffen werden) und dem Staat sind nicht destruktiv, sondern drängen den Staat eher zu notwendigem Handeln und zu mehr Effektivität. Selbst wenn es zu Spannungen kommen sollte, wird ein intensiver Dialog demokratische Lösungen hervorbringen können. Im weiteren Verlauf des Prozesses werden wahrscheinlich die institutionellen Formen überleben und gedeihen, die am nützlichsten und notwendigsten sind, während unnötige und unnütze überwunden werden. Dies ist ohnehin die Erwartung an demokratische Mechanismen.

## 5. Mögliche Dimensionen der Umsetzung der KCK-Lösung

Diese Thematiken lassen sich weiter erhellen, wenn mögliche Dimensionen der Umsetzung der KCK-Lösung erläutert werden.

### *a – Ökonomische Dimension:*

Die KCK wird sich intensiv mit dem ökonomischen Bereich beschäftigen. Sie muss die Gesellschaft und die Umwelt gegen die destruktiven Effekte von Profitmaximierung und Umweltzerstörung durch die Elemente der kapitalistischen Moderne verteidigen. Dies wird

sie durch nicht profitorientierte Einheiten wie ökonomisch-ökologische Kommunen leisten, welche die grundlegenden Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen und die Umwelt schützen. Sie werden monopolistische Beutezüge auf den gesellschaftlichen Märkten verhindern. Die kapitalistischen Elemente werden nicht vernichtet, aber weitgehend eingeschränkt werden. Die Arbeit wird aufhören, eine Qual zu sein und zu einem geschätzten Zentrum des Lebens gemacht werden. Die Wände der Entfremdung zwischen Arbeit und Leben werden eingerissen werden. Anstelle eines Systems, das alles in der Gesellschaft zur Ware macht und die Gesellschaft in Waren ertränkt, wird ein System bevorzugt werden, dass auf Gebrauchswert und notwendigem Tauschwert beruht. Die Ökologie und die gesellschaftliche Grundlage, auf die die KCK aufbauen, sind wie geschaffen für dieses System. Eine Ethik, die in der Arbeit Befreiung anstrebt, wird die verbreitete Arbeitslosigkeit genauso beseitigen wie alle wesentlichen Sehnsüchte und Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen.

*b – Soziale Dimension:*

Das KCK-System ist auch eine geeignete Administrationsform, um auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Sport, Kunst und Recht zu reagieren. Wenn wir uns vor Augen führen, wie die Institutionen der Republik die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht haben, so wird die Funktionalität der KCK in diesen gesellschaftlichen Bereichen, in denen es eine symbiotische und konkurrierende Beziehung mit dem Staat geben wird, besser verständlich. Entgegen mancher Befürchtungen werden in diesen Bereichen Sprache und ethnische Zugehörigkeit keine großen Probleme bereiten. Zu einer mehrsprachigen Bildung muss wegen der gesellschaftlichen Notwendigkeit ermuntert werden. Die Förderung des Kurdischen oder anderer Sprachen ebenso wie des Türkischen und ihr Gebrauch im Bildungssystem wird sich als sehr sinnvoll erweisen. Chauvinismus und Restriktionen in diesem Bereich sind nicht sinnvoll. Dass die Kurden ihre eigenen Institutionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport und Kunst aufbauen, wird einen demokratisch-nationalen Gehalt besitzen und den Kern der nationalen Einheit sichern und bereichern. Gleiches können wir für die anderen Kulturen anführen. Wenn wir

das Volk oder die Nation der Türkei als Gesamtheit der kulturellen Reichtümer definieren, werden wir sehen, dass eine Reihe von Punkten, die als Probleme oder rote Linien gelten, nur aus dogmatischen, konservativen, Fortschritt behindernden Vorurteilen bestehen. Nichts kann stärkender wirken als ein freiwilliges nationales Miteinander.

*c – Dimension der Sicherheit:*

Die Dimension der Sicherheit wird diejenige sein, die die meisten Diskussionen, Beschlüsse und Gesetze erfordern wird. Da es den Kurden nicht nur an Freiheit mangelt, sondern ihre Existenz sich stets am Rande der Gefahr oder gar mittendrin bewegt, werden sie belastbare Garantien einfordern und auf einer institutionellen Lösung beharren. Die Armee der Republik wird diese gegen Gefahren von außen verteidigen, doch ihre Haltung in Bezug auf die Existenz und die Freiheit der Kurden muss eine radikale Transformation durchlaufen. Gleiches gilt für die anderen Sicherheitsinstitutionen. Bis diese Transformation erfolgt ist, muss die KCK ihre Selbstverteidigungskräfte bewahren. Insbesondere solange das Dorfschützertum, JİTEM und andere paramilitärische Gruppen (einschließlich derjenigen, die teilweise im Ergenekon-Verfahren bekannt geworden sind) weiter existieren, sind die Selbstverteidigungseinheiten der KCK für ein demokratisches Leben unverzichtbar. Die Stationierung der Armee in Kurdistan muss sich gegen äußere Bedrohungen richten, gleichzeitig müssen die Kurden als Grundelement der Einheit von Staat und Nation akzeptiert werden und die Sicht auf sie als innere Gefahrenquelle ein Ende finden. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um diesbezügliche schmerzhafte Erinnerungen aus der Geschichte der Republik zu überwinden. Für die Selbstverteidigungseinheiten kann die KCK verschiedene Lösungen erarbeiten. Vorübergehende und ständige Einrichtungen sind denkbar. Im Rahmen der Armee und anderer Sicherheitsorgane können sie, wenn auch nicht in der gleichen Weise wie bei den irakischen Kurden, in einen Bestandteil der lokalen Sicherheit transformiert werden.

*d – Diplomatische Dimension:*

Das wesentliche Problem dieser Dimension ist, wie die Aufteilung der Kurden auf der Grundlage des Nationalpakts misak-ı millî betrachtet

wird und welche Lösungen hierfür vorgeschlagen werden. Zweifellos umfasst dies auch die Turkmenen, sogar die Armenier und die Assyro-Aramäer. Ihre Situation betrifft massiv sowohl Innen- als auch Außenpolitik. Die Vorgänge im Irak und in Armenien sind sehr erhellend. Auch die Bedeutung der Vorgänge in Syrien kann nicht unterschätzt werden. Der Iran betrifft ohnehin die gesamte Welt. Wir können so tun, als sei das Abkommen von Qasr-e Schirin weit entfernte Vergangenheit. Doch wir haben nicht viel Zeit. All diese Themen erfordern es, auf der Ebene des gesamten Mittleren Ostens zu denken und entsprechende Lösungen zu produzieren. Die KCK bietet ein gutes Beispiel für eine Lösung auf Mittelost-Ebene. Sie schlägt ein System zur Lösung von Problemen ohne Ansehen der ethnischen Herkunft und nationaler Unterschiede vor, beziehungsweise es umfasst verschiedene Konfessionen, ethnische Gruppen und Nationen.

Wir denken dabei nicht an ein Modell, das die politischen Grenzen aufhebt, den Weg für eine militärische Lösung bereitet und einseitig einen Föderalismus aufzwingt. Wir reden von der Entwicklung einer Methode, welche eine Reihe von Lösungsmodellen weltweit einschließlich der EU berücksichtigt, aber spezifische Eigenheiten besitzt. Die KCK wird diesem Bedürfnis gerecht. Sie kann im Rahmen der nationalen Integrität der Türkei als Dachorganisation ausgeweitet werden, um alle Kurden, Armenier, Assyro-Aramäer und Turkmenen im Mittleren Osten zu umfassen. Dafür muss sie keine Staaten umfassen. Die Staaten können untereinander eine eigene Union nach Art der EU bilden. Insbesondere für die Türkei, Syrien und den Irak lässt sich eine lockere Konföderation vorschlagen. Dieses Modell kann sich nach und nach im Mittleren Osten ausweiten und vertiefen. Das Lösungsmodell der KCK ist kein Gegenstück zum Modell der Einheit der Staaten, sondern sollte als parallele, aus gesellschaftlichen Bedürfnissen erwachsende, ergänzende zivilgesellschaftliche Union, als demokratischer Konföderalismus gedacht werden. Der Mittlere Osten kennt zahllose Beispiele, dass Probleme nicht nur durch diplomatische Aktivitäten der Staaten gelöst werden. Nicht umsonst treibt die EU gleichzeitig mit der staatlichen Konföderation zivilgesellschaftliche Konföderationen in gleichem Maße voran. Die den Rahmen heutiger Nationen überschreitenden Bedürfnisse der Gesellschaft verlangen unbedingt nach einer derartigen

solidarischen Organisierung. Konkret ist im Mittleren Osten ein demokratischer Konföderalismus der Zivilgesellschaft gleichermaßen wichtig und notwendig wie ein Konföderalismus der Staaten. Um derartige Probleme zu lösen, müssen sie parallel und einander ergänzend vorangetrieben werden.

Aus Sicht der KCK können wir noch von weiteren Dimensionen sprechen. Doch um mögliche Praktiken und Entwicklungen zu beleuchten, mögen diese Dimensionen mit den enthaltenen Vorschlägen ausreichen. Zweifellos wird jede Dimension und auch andere Bereiche verfassungsmäßige, legale und eine Reihe administrativer Probleme aufwerfen. Sie alle bedürfen einer Lösung. Insofern ist auch ein intensiver Dialog mit den Sicherheitskräften des Staates nötig und wird zu gemeinsam getragenen Lösungen beitragen. Die Schlüsselrolle für die Lösung wird jedoch den Anstrengungen auf Regierungs- und Parlamentsebene zukommen. Allerdings werden Dialoge und gemeinsame Anstrengungen auf der Ebene der staatlichen Organe nicht genügen. Auch die Bemühungen von Regierung und Parlament alleine reichen nicht aus. Eine wichtige Rolle fällt der Zivilgesellschaft und den Oppositionsparteien als Teil davon zu. Insbesondere Öffentlichkeitsarbeit ist unbedingt erforderlich. Presse- und Verlagswesen werden im Zentrum dessen stehen. Auch der Beitrag von Universitäten und der akademischen Welt ist nicht gering zu schätzen. Erwarten können wir auch konstruktive Beiträge von Mächten wie der USA und der EU, die in vielen Dimensionen einer Lösung geradezu Partei sind, und anderen internationalen Mächten, die über entsprechende Erfahrungen verfügen.

Diese Einschätzungen zur demokratischen Öffnung der Türkei und zum Lösungsmodell für die kurdische Frage sollten als Skizzen und Vorschläge betrachtet werden. Ich unterbreite diesen Entwurf entsprechend der mir obliegenden Verantwortung, damit alle betreffenden Seiten ihre eigenen Gedanken und Vorschläge dazu entwickeln können. Natürlich kann ich noch weitergehende Beiträge leisten, wenn die Diskussionen und Vorschläge sich weiter entwickeln.

Nun fehlt noch ein umsetzbares Aktionsprogramm oder ein Plan, der aufzeigt, wo und wie zu beginnen ist. Ein Vorschlag für einen derartigen Plan wird im nächsten Abschnitt vorgelegt.

# V. Aktionsplan

Ein Lösungsvorschlag für ein beliebiges gesellschaftliches Problem, das keinen praktischen Wert besitzt, kann nicht mehr als ein Gedankenspiel sein. Praktische Schritte haben freilich mit Gedanken zu tun, sie sind fortschreitende Gedanken. Der Erfolg von Lösungsvorschlägen muss sich in der Praxis messen lassen.

Ich persönlich habe stets Schritte hin zu einer Lösung, wie amateurhaft auch immer, einseitigen Aktionen vorgezogen. Ich glaube, dass einem sinnvollen Dialog jederzeit der Vorzug zu geben ist. Doch ich weiß auch, dass Selbstbetrug im Namen des Dialogs katastrophale Folgen hat. Die Dialogfähigkeit der Seiten sollte niemals unterschätzt werden. Der kleinste Boden für Verhandlungen besitzt mehr Wert als die ausgefeiltesten und erfolgreichsten Gewaltaktionen.

In der Entstehungszeit der PKK, den 1970er Jahren, galt in Bezug auf Kurden eine starre Politik der Verleugnung. Diese auch nur mit Worten herauszufordern zog härteste Bestrafungen nach sich. Schon damals suchten wir nach gemeinsamen demokratischen Lösungen mit den linken Gruppen jener Zeit. Meine Wahl zum Vorsitzenden des ADYÖD (Demokratischer Hochschulverein Ankara) verfolgte 1975 diesen Zweck. Als dies nicht weiterführte, wurde der Weg zum Aufbruch der PKK unausweichlich. Die Offensive des 15. August 1984 anzustreben war die einzige Alternative zur Politik der Verleugnung und Vernichtung. Auch wenn diese Offensive sich nicht so entwickelte, wie ich es mir vorgestellt hatte, widmete ich ihr meine volle Kraft.

Wenn die Atmosphäre des Dialogs, die der damalige Staatspräsident Turgut Özal Anfang der 1990er Jahre anbot, Bestand gehabt hätte, stünden wir vielleicht heute in Bezug auf die kurdische Frage an einem völlig anderen Punkt. Der Staat gab nicht einmal dem eigenen Präsidenten eine Chance auf Dialog und Verhandlungen. Die Verfechter von Verleugnung und Vernichtung warfen ihr ganzes Gewicht in die

Waagschale. Es folgte eine der schwärzesten Phasen in der Geschichte der Republik. Die Dialogversuche des Militärs 1997/98 ereilte das gleiche Schicksal. Im In- und Ausland gab es Kräfte, die Hindernisse errichteten. Diese Strukturen, die großen Einfluss auf politische und militärische Entscheidungen besaßen und die wir unter dem Namen »GLADIO« fassen können, ließen nicht den kleinsten Raum für Verhandlungen oder auch nur einen Dialog. Auch die Versuche, mein Verhör auf Imrali als Boden für Dialog und Verhandlungen zu nutzen, wurden trotz aller meiner Bemühungen stets vereitelt. Alle Vorschläge meinerseits blieben unbeantwortet. Offensichtlich wurde die völlige Vernichtung der Bewegung geplant. Bestimmte Kreise betrachteten Verhandlungen und Dialog als verhängnisvoll für sich selbst. Diese Kreise waren äußerst einflussreich geworden und bildeten einen Staat im Staate. Von all denjenigen, die sich mit der Krankheit der Macht infiziert hatten, waren sie die gefährlichsten und gnadenlosesten. Trotz all meiner Warnungen kam es wieder zum Tode Tausender Menschen und zu horrenden materiellen Verlusten. Ich selbst hatte mich bereits in den 1990er Jahren entschlossen, den Krieg zu begrenzen. Als dies nicht fruchtete, sah ich mich entgegen meiner Absicht gezwungen zu erklären, dass eine Phase des totalen Widerstands, in der es für die Kurden um die Verteidigung ihrer Existenz und ihre Freiheit geht, schnell näher rückte. Weil auch derartige Entwicklungen im Bereich des Möglichen lagen und liegen, habe ich immer den möglichen Boden für Dialog und Verhandlungen angesprochen.

Kriegsparteien erstellen eine große Zahl von Plänen für Aktionen aller Art. Aus eigener Erfahrung weiß ich sehr gut, was für Vorbereitungen getroffen wurden und werden. In einseitige Aktionspläne wird viel Energie gesteckt. Das Schwierige ist, Aktionspläne zu erstellen, die beide Seiten zusammenbringen. Derartige Pläne erfordern gegenseitige Empathie. Ich werde versuchen, die einseitig entwickelten und momentan umgesetzten Aktionspläne kurz einzuschätzen und meine Ansichten über einen möglichen Aktionsplan zu präsentieren, der zu einer Einigung beider Seiten führen kann. Ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass ich mich nicht als verantwortliche Partei für die Umsetzung meines eigenen Plans sehe. Denn mein Status als Verurteilter und die Haftbedingungen, denen ich ausgesetzt bin, machen es mir unmöglich, als

Partei zu fungieren. Die Ansichten, die ich präsentiere, zielen eher auf eine realistische gegenseitige Einschätzung der Parteien und eine bessere Klärung dessen, was in einem möglichen gemeinsamen Aktionsplan im Rahmen des Möglichen liegt und was nicht.

Dementsprechend erkläre ich:

## 1 – Der traditionelle Plan von Verleugnung und Vernichtung

In dieser Richtung gibt es immer noch Pläne, die umgesetzt werden – wenn auch nicht in der gleichen Zahl und Intensität wie früher. Die dahinter stehenden Kreise stammen aus der bürgerlichen Mittelklasse, die von staatlichen Profiten lebt, und der Bürokratie. Zwar sind sie mittlerweile im In- und Ausland reichlich diskreditiert und isoliert, doch hindert sie das nicht daran, ihre Vernichtungspläne mit mehr oder weniger raffinierten Methoden umzusetzen. Mit Ausnahme der traditionellen kurdischen Kollaborateure stellen sich alle Kurden der Umsetzung dieser Pläne mit einem in der Geschichte nicht dagewesenen Widerstand entgegen. Die PKK als führende Kraft dieses Widerstandes besitzt die Kapazität, auch in Zukunft diesen Plänen eigene Planungen entgegenzustellen. Sie besitzt ein Spektrum von Möglichkeiten, das von passivem über aktiven bis hin zum totalen Widerstand reicht. Sollte in der Zukunft die Entwicklung einer demokratischen Lösung ernsthaft stagnieren, so ist damit zu rechnen, dass ein Plan des totalen Widerstands zur Anwendung kommt.

## 2 – Der föderalistisch-nationalistische Lösungsplan

Auch dieser Plan wird in verschiedenen Dimensionen und Bereichen umgesetzt. Hinter diesem Plan, den die kurdische Regionalregierung im Irak umsetzt, stehen die traditionellen kolonialistischen Nationalstaaten der Region und die globalen Hegemonialmächte. Sie operieren in einem allgemeinen Konsens, wenngleich sie unterschiedliche Interessen vertreten. Die Unterstützung für diesen Plan bezweckt, das revolutionär-demokratische Potential der Kurden zu verzerren und zu kanalisieren. Die USA sind diejenige Hegemonialmacht, die die kurdische Regionalregierung am offensten unterstützt. Die Regionalregierung spielt eine strategische Rolle bei der Kontrolle des Irak, Syriens, des Iran und der Türkei. Die Regierungen der Türkei, des Iran und Syriens

unterstützen seit dem zweiten Weltkrieg mit verschiedenen Methoden den Plan eines »Klein-Kurdistan« in einer Ecke des Irak, um den Widerstand der eigenen Kurden zu brechen und ein Kurdistan auf ihren Territorien auszuschließen. Wo immer die Kurden aus dieser ihnen zugewiesenen Rolle auszubrechen versuchen, stellen sich ihnen diese Mächte mit vereinten Kräften entgegen.

Die Politik des »Teile und herrsche!« wird vor allem über das »Klein-Kurdistan«-Projekt umgesetzt. Insbesondere die revolutionären, radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte sollen auf diesem Wege unschädlich gemacht werden. Eines der Hauptziele dieses Plans besteht in der Isolation der PKK. Es gibt ein umfangreiches Projekt von GLADIO, das ein »Klein-Kurdistan« als Gegenleistung für die Isolation und Liquidierung der PKK vorsieht. Dieser Plan findet auch breite Unterstützung auf dem internationalen diplomatischen Parkett. Ein Trio aus US-, türkischer und irakischer Regierung plus der kurdischen Regionalregierung versucht im Rahmen dieses Plans momentan, die PKK zum Verzicht auf den bewaffneten Kampf zu bewegen. Wegen der Interessenkonflikte der Beteiligten funktioniert dieser Plan allerdings nicht gut genug und wird nur begrenzt umgesetzt. Da er von weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft nicht unterstützt wird, birgt er wenig Hoffnung. Weil er den Interessen einer kleinen Elite dient, wird er zunehmend diskreditiert und seine Akteure isoliert.

Die Reaktion der PKK auf diesen Plan bestand darin, nicht zu kapitulieren, sondern den Widerstand fortzusetzen. Eine Reihe von langjährigen Mitgliedern, die voll von Zweifeln und moralischen und ideologischen Schwächen waren, verließen die Organisation und stellten sich hinter diesen Plan. Der Versuch, daraus eine neue kollaborierende Bewegung zu schaffen, wurde jedoch sofort aufgedeckt und misslang. Da es dem kurdischen Nationalismus wegen seiner traditionellen Schwäche nicht gelingt, einen konsistenten nationalstaatlichen Plan zu entwickeln, sind ihm Korruption und Scheitern geradezu schicksalhaft vorherbestimmt. Diese Kreise hatten ihre ganze Hoffnung auf ein Brechen des Widerstandes der PKK gesetzt. Lange Zeit hatten auch die türkischen Regierungen auf dieselbe Karte gesetzt und auf den kurdischen »Klein-Kurdistan«-Nationalismus gehofft. Ähnlich wie zuvor für Griechen und Armenier sollte für die Kurden ein »Klein-Kurdistan«

geschaffen werden. Da die Bedingungen heute jedoch andere sind und durch die Positionierung der PKK der Plan nach hinten losging, wurde die Linie der PKK letztlich gestärkt.

## 3 – Der Demokratische Lösungsplan

Da die beiden genannten Pläne sich als nicht sehr vielversprechend erwiesen und in jeder Hinsicht teuer zu stehen kamen, wandte sich die Republik Türkei Demokratisierungsprojekten zu. Faktoren dafür, dass ein demokratischer Lösungsplan erstmals eine realistische Chance auf Umsetzung besitzt, waren die allgemeinen demokratischen Tendenzen der Gegenwart, Anreize von USA und EU im Rahmen der Harmonisierungsgesetzgebung und die Tatsache, dass Medien, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit größtenteils – sowie die Kurden vollständig – in diese Richtung tendieren. Trotz des erbitterten Widerstandes der nationalistisch-faschistischen Front, die mittlerweile in die Ecke gedrängt ist, stellen sich die wichtigsten Institutionen des Staates nicht gegen Projekte für eine demokratische Lösung. Sie sind sogar maßgeblich daran beteiligt, dass strukturelle Vorbereitungen dafür getroffen werden, und erhöhen so die Chance auf eine Verwirklichung demokratischer Pläne. Diese neue historische Situation macht es erforderlich, dass beide Seiten mehrere Phasen durchschreiten, damit ein Aktionsplan realisierbar wird. Wenn wir uns nun im Rahmen des demokratischen Lösungsplans einem Aktionsplan zuwenden, so könnten nach einer Übereinkunft der Regierung mit den zentralen Institutionen des Staates über Grundzüge eines demokratischen Lösungsplans und bei Unterstützung der kurdischen Seite und demokratischer Kreise realistische Stufen einer Umsetzung folgendermaßen aussehen:

### *a – Erste Phase*

Die PKK erklärt eine dauerhafte Waffenruhe. In dieser Phase müssen beide Seiten vermeiden, auf Provokationen zu reagieren, die Kontrolle über die eigenen Kräfte verstärken und damit fortfahren, die Öffentlichkeit vorzubereiten.

### *b – Zweite Phase*

Auf Initiative der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments

wird eine Wahrheits- und Versöhnungskommission gebildet. Sie erarbeitet Vorschläge und räumt juristische Hindernisse aus dem Weg. Beim Aufbau der Kommission wird ein maximaler Konsens aller Seiten angestrebt. Entsprechend der vor dieser Kommission niedergelegten Geständnisse und Aussagen wird dem Parlament ein Vorschlag für einen Amnestieausschuss unterbreitet. Wenn die gesetzlichen Hindernisse auf diese Weise beseitigt sind, kann die PKK ihre illegalen Strukturen unter der Kontrolle einer Institution, die aus Vertretern der USA, der EU, der UN, der irakisch-kurdischen Regionalregierung und der Republik Türkei gebildet wird, vom Territorium der Türkei zurückziehen. Später können diese Kräfte kontrolliert in verschiedenen Gebieten und Ländern angesiedelt werden. Der kritische Punkt in dieser Phase ist die gemeinsame Planung der Freilassung der politischen Gefangenen der PKK und der Rückzug der bewaffneten Kräfte der PKK nach jenseits der Grenze. Es gilt das Prinzip »das Eine nicht ohne das Andere«.

### *c – Dritte Stufe*

Wenn die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen für eine Demokratisierung gelegt sind, wird kein Raum mehr für einen Griff zu den Waffen bleiben. Diejenigen, die seit vielen Jahren im Exil leben, ausgebürgert wurden oder Flüchtlinge sind, darunter Funktionsträger der PKK, werden anfangen, Schritt für Schritt in die Heimat zurückzukehren. Sobald die Aktivitäten der KCK legalisiert sind, wird es nicht mehr nötig sein, dass die PKK auf dem Territorium der Türkei aktiv ist. Dann wird in jeder Hinsicht auf legale demokratisch-politische, soziale, ökonomische und kulturelle Aktivitäten gesetzt werden.

Meine Situation besitzt für die Realisierung dieses Stufenplans strategische Bedeutung. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Plan ohne mich funktioniert, ist äußerst gering. Daher muss für meine Situation eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Mögliche Vorschläge bezüglich meiner eigenen Situation sind folgende:

I – Meine Freilassung auf der Grundlage meiner Aussage vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission ist notwendig.

II – Es sollte gewährleistet werden, dass ich im Rahmen dieser Freilassung, aber gemeinsam mit den oben genannten Vertretern der

USA, EU, UN, der kurdischen Regionalregierung und der Republik Türkei, wenn nötig in Zusammenarbeit mit Repräsentanten anderer Länder und Kräfte, die Aufgabe ausführen kann, die PKK und alle die Kurden betreffenden Gruppen auf eine demokratische Lösung und die Erfordernisse des Planes vorzubereiten.
**III** – Es muss Unterstützung dafür gewährleistet werden, bestimmte Bedürfnisse wie einen Wohnort für mich zu befriedigen.

Diese Überlegungen und Vorschläge hinsichtlich einer demokratischen Lösung und Planung, die in der türkischen Öffentlichkeit und bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Kurden intensiv diskutiert werden, lege ich hier in Skizzenform vor. Natürlich werde ich auf hier eintreffende Überlegungen und Vorschläge der Parteien hin meine Überlegungen und Vorschläge überdenken, modifizieren und weiterentwickeln.

Nachdem ich diese Skizze einer Roadmap angefertigt habe, liegt nun zweifellos der Großteil der Verantwortung beim Parlament der Türkei, den Repräsentanten der wichtigsten Staatsorgane und vor allem der AKP-Regierung. Sofern ein allgemeiner Konsens entsteht, sollte unverzüglich mit der ersten Stufe begonnen werden. Im gegenteiligen Fall werden die Kurden gezwungen sein, auf die Stufe des »totalen Widerstands für die eigene Existenz und die Freiheit« zu wechseln. Dies ist keine Drohung, ich wünsche mir dies keineswegs. Um dies um jeden Preis zu vermeiden, müssen wir daher alle gemeinsam kurzfristige politische Kalkulationen und karrieristische Interessen zurückdrängen und unser Modell und unseren Plan für eine demokratische Öffnung und die Lösung der kurdischen Frage umsetzen.

# VI. Schluss

Wenn die junge Republik Türkei bezüglich der kurdischen Frage eine demokratische Lösung gewählt hätte, wäre die Geschichte zweifellos anders verlaufen. Wenn es nach den Elementen der kapitalistischen Moderne gegangen wäre, hätte man die Kurden dem gleichen Schicksal unterworfen wie die Armenier. Die globale Konjunktur und die ideologische und organisatorische Schwäche der Kurden ermutigte die Urheber dieser Projekte. Sie waren sicher, den Erfolg über die Armenier bei den Kurden wiederholen zu können. Die Mittelklassen-Bourgeoisie und ihre Bürokratie wuchs ohne Kenntnis der vorrepublikanischen Geschichte auf. Für sie waren die Kurden nichts weiter als Objekte, die längst im Dunkel der Geschichte versunken waren, nicht mehr existierten und nur gelegentlich als Störenfriede auftauchten. Gegen sie konnte eine schrankenlose Politik der Assimilation umgesetzt werden. Die physische Vernichtung, die die Armenier erlebt hatten, konnte den Kurden auf kulturellem Gebiet zugefügt werden. Es handelte sich um eine Generation, die den türkischen Führern, die an allen Wendepunkten der Geschichte mit kurdischen Führern strategische Allianzen geschmiedet hatten, in keiner Weise mehr ähnelte. Die Republik hat stets diese Generation gefördert. Um Karriere zu machen und etwas zu gelten, wirkte der Zwang, die Kurden zu verleugnen, wie ein eisernes Gesetz. Wer auf sein Kurdentum verzichtete, konnte jede beliebige Position erreichen. Nur so konnte jemand Teil aller Monopole der Moderne werden. Da bis zum Auftauchen der PKK diese Verleugnung und der kulturelle Genozid nur mit leiser Stimme kritisiert wurden, erschien die PKK stets als schockierende Bedrohung. Sie durfte nicht sein, doch sie war da. Das letzte Vierteljahrhundert, das nur als außergewöhnlich und fürchterlich bezeichnet werden kann, hat ausreichend bewiesen, dass dieser Weg nicht nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, sondern auch extreme materielle und ideelle Verluste und Zerrüttung

mit sich bringt. Dieser Weg kann nicht zum Sieg führen. Die Republik wurde eigentlich auf dem Boden einer soliden Allianz demokratischer Elemente gegründet. Auch die Kurden waren Gründungsmitglieder dieser Allianz. Das mit staatlicher Hand geführte monopolistische Projekt der Moderne war entschlossen, auch die anderen Alliierten, Sozialisten und islamische Verfechter der umma, aus dem System zu verbannen. Das Streben nach der homogenen Nation wurde bis in den Wahnsinn betrieben.

Architekten dieses Projekts waren die Kader der Jungtürken und nicht, entgegen anders lautender Behauptungen, Mustafa Kemal. Sie hatten bereits Abdulhamit benutzt und versuchten, Mustafa Kemal mit ähnlichen Taktiken zu instrumentalisieren. Den Plan für den kurdischen kulturellen Genozid bei diesen jungtürkischen Kadern zu suchen ist für die Wahrheitsfindung wichtig. Die immer noch bestehende sogenannte Rote-Apfel-Allianz der links- und rechtsnationalistischen Front besitzt eine faschistische Qualität und wurde als Antithese zur demokratischen Allianz bei der Gründung der Republik entwickelt. Putschismus und Geheimbündlerei waren die wichtigsten Methoden innerhalb des Staates. In Großbritannien und später in den USA fanden sie gute Schutzherren. In den letzten 60 Jahren führten sie gestützt auf GLADIO eine blutige Herrschaft. Auch wenn die Ergenekon-Prozesse nur symbolische Bedeutung haben, so wird doch endlich die Möglichkeit, als Staat im Staate zu fungieren, ernsthaft eingeschränkt. Dies ähnelt der Auflösung des Janitscharen-Aghatums in der Regierungszeit Mahmuts II. (1808-1836). In einem blutigen Massaker vernichtete er die Janitscharen, die einzig nur noch dazu gut waren, wiederholt den Sultan abzusetzen und den Thronfolger zu hängen. Erst so wurde der Weg freigemacht für die Reformperioden tanzimat und meşrutiyet.

Die »modernen, jungtürkischen Janitscharen«, die eine mindestens hundertjährige Tradition besitzen, führten nicht nur das Osmanische Reich ins Verderben, sondern verwandelten auch die Republik Türkei, die demokratisch legitimiert war, binnen Kurzem in ein despotisches Regime. Dieselben Strukturen mit derselben Mentalität wechselten von der Protektion durch den deutschen Imperialismus zur Protektion durch den britischen und dann US-Imperialismus. Als Links- und Rechtsnationalisten führten sie in den letzten zehn Jahren als »Ergenekon« mit

Komplotten und Provokationen einen selten gesehenen Kampf innerhalb des Staates, den sie dieses Mal jedoch nicht gewinnen konnten. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Ihr primärer Schutzherr USA hat ihnen die Unterstützung entzogen. Ihre »eurasisch« genannten Bemühungen um Unterstützung durch China, Russland und den Iran stießen auf wenig Gegenliebe. Ihre Kemalismus-Aufführung hingegen glich mehr einer Theaterposse. Diese Kreise besitzen zwar nicht die Kraft zum Widerstand, doch dürfen wir ihre Überbleibsel in Mentalität und den bürokratischen Strukturen sowie ihre politischen Vertreter nicht unterschätzen. Zwar können sie ihre Hegemonie im Staat nicht wieder errichten, doch sind sie zu Provokationen gegen die demokratische Öffnung der Türkei in der Lage, können sie aushöhlen und ins Leere laufen lassen. Ihre Kraft und Erfahrung mögen dafür ausreichen.

Die Krisen im Mittleren Osten und in der Türkei und die Probleme, die sie auslösen, können nur durch umfangreiche demokratische Öffnungen überwunden werden. Von der Mentalität und der Struktur her besitzt die Türkei die Chance, als Modell zu dienen. Ähnliche Bedingungen wie zur Zeit der Gründung der Republik existieren nun für ihre demokratische Transformation und derartige Öffnungen. Die Geschichte zeigt einmal mehr, dass sie sich wiederholt, diesmal jedoch in neuer Weise. Ähnliches gilt für die Kurden. Wieder stehen sie davor, Teil einer historischen Allianz zwischen Anatolien und Mesopotamien zu werden. Sie sind nicht mehr die alten. Sie haben sich erneuert, sind organisiert, handlungsfähig und aktiv. Auf beiden Seiten werden jedoch Reaktionäre, Konservative und Verschwörer versuchen, ihre historischen Rollen weiter zu spielen.

Die USA als globale Hegemonialmacht wissen, dass sie mit ihrem NATO-GLADIO-Werkzeug keinen Erfolg haben können. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks hat GLADIO seinen Sinn verloren. In Folge intensiver Bemühungen türkischer Führungen stimmten sie der Präsenz von GLADIO in der Türkei bis zum November 2007 zu. Eigentlich hat die PKK die letzten 25 Jahre damit verbracht, gegen das von der NATO gedeckte türkische GLADIO zu kämpfen. Das Erschreckende daran ist, dass erst langsam begriffen wird, dass wir eine zweite Armenier-Katastrophe durchmachten. Die Interessen der USA, Israels und der EU in Bezug auf Kurdistan widersprachen dem alten

GLADIO-Stil. Der neue Kompromiss, den sie mit den Institutionen der Türkei eingegangen waren, beruhte auf der Ablehnung zumindest des alten GLADIO-Stils und seiner Überwindung. Somit war das entscheidende äußere Hindernis für eine demokratische Öffnung der Türkei geschwächt. Putschisten und Verschwörer wurden nicht mehr unterstützt wie früher. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass ihre Überbleibsel weiterhin bereit gehalten werden, um sie bei Bedarf einzusetzen. Auch die Republik Türkei sollte in ihren Anfängen durch derartige Überbleibsel verhindert werden. Nach ihrer Gründung wurde auf diese Strukturen zurückgegriffen, um ihre Entfaltung zu behindern. Die Demokratisierung steht möglicherweise vor ähnlichen Problemen. Die Geschichte ist ein überreicher Schatz, aus dem wir Lektionen lernen können. Wenn wir vor der Chance stehen, Freiheit zu erlangen, sollten wir diese Lektionen nutzen.

Für die KCK-Organisation der neuen Kurden, die sich auf die demokratische Zivilisation hin orientieren, und die PKK, die ihre demokratische Transformation vollendet hat, ist das geeignetste Mittel nicht der Krieg, sondern ein würdevoller Frieden und demokratische Politik. Diese grundlegende Eigenschaft bedeutet gleichzeitig eine solide Garantie für eine demokratische Türkei. Die historische Allianz zwischen Anatolien und Mesopotamien durchlebt heute die Wehen einer Wiedergeburt als demokratische Türkei und freies Kurdistan. Um Störenfrieden von außen und in den eigenen Reihen keine Chance zu geben, genügt es, ein wenig der Geschichte zu lauschen. Wer der Geschichte zuzuhören weiß, für den ist sie ein unfehlbarer Kompass. Und sich auf die Gesellschaft und das Volk eines demokratischen und freien Landes zu verlassen, ist für alle, die so zu arbeiten verstehen, eine beständige Quelle der Kraft und der Inspiration.

Wenn das Modell der demokratischen Öffnung und der Lösung der kurdischen Frage, das den geschichtlichen und aktuellen Gegebenheiten der Türkei entspricht, umgesetzt wird, dann bedeutet dies nicht nur einen freieren Fortgang der Geschichte für sie. Es wird auch den Weg frei machen für eine demokratischere, egalitärere und freiere Entwicklung der Völker des Mittleren Ostens. Eine Entwicklung von Elementen der demokratischen Moderne gegen die Besatzung und Kolonisierung der regionalen Kultur durch Elemente der kapitalistischen Moderne wird

die Möglichkeit und die notwendige Dynamik mit sich bringen, sie in ein System zu transformieren, das den eigenen historischen Gegebenheiten gerecht wird. Vielleicht wird dann erstmals die Geschichte nicht mehr als eine Geschichte der Eroberung, Besatzung und Kolonisierung geschrieben werden, sondern als Geschichte einer demokratischen Gesellschaft aus freien und gleichen Individuen.

Abdullah Öcalan
15. August 2009
İmralı

# Glossar

**ADYÖD** (Ankara Demokratik Yüksek Öğrenim Derneği)
Demokratischer Verein für Hochschulbildung Ankara, war 1974 der erste Verein, der nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 gegründet wurde. Unter dem Vorsitz Abdullah Öcalans wurde er zu einem gemeinsamen Treffpunkt linksgerichteter Studierender gegen die faschistischen Organisationen. Gleichzeitig gilt er als der Ort, an dem der Grundstein zur PKK gelegt wurde. 1975 wurde der Verein verboten.

**AKP** (Adalet ve Kalkınma Partisi)
Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, wurde 2001 unter dem Vorsitz von Recep Tayyip Erdoğan gegründet und definiert sich als »konservativ-demokratisch«. Regiert seit 2002 ununterbrochen mit absoluter Mehrheit.

**Alewiten**
Heterodoxe Glaubensgemeinschaft, die der herrschenden sunnitisch-islamischen staatlichen Autorität kritisch gegenübersteht. Trotz der Namensähnlichkeit nicht identisch mit den Alawiten in Syrien.

**CHP** (Cumhuriyetçi Halk Partisi)
Republikanische Volkspartei, 1923 vom Gründer der Republik Türkei, →Atatürk, gegründete Staatspartei. In ihr flossen Staat und Partei zusammen. Alleinregierung als Staatspartei bis 1946.

**Necmettin Erbakan**
Wichtiger Akteur des politischen Islams in der Türkei. Trug wesentlich dazu bei, diese Strömung in politische Bahnen zu lenken und Parteien zu gründen. Ministerpräsident von 1996-97.

**Ergenekon**
Bezeichnet ursprünglich eine in türkisch-nationalistischen Kreisen verbreitete Legende über den Ursprung der Türken. Aktuell wird es als Bezeichnung für den türkischen Arm der →GLADIO verwendet, zu dem Offiziere, Polizisten, Professoren, Journalisten und Unternehmer gehören.

**Ergenekon-Prozesse**
Sammelbegriff für eine Reihe von Gerichtsverfahren, hauptsächlich gegen Soldaten und Offiziere. Gegenstand der Verfahren sind zumeist Putschpläne gegen die Regierung.

**GLADIO**
»Schwert«, Name der italienischen Sektion einer nach dem II. Weltkrieg von der NATO in Westeuropa gegründeten Geheimarmee. Sie war angeblich gegen den sozialistischen Block gerichtet, wurde aber auch gegen die innere Opposition als Konterguerrilla eingesetzt. Trägt in verschiedenen Ländern unterschiedliche Namen.

**Hisbollah**
»Partei Gottes«, ursprünglich eine schiitische, politisch-militärische Organisation im Libanon. In der Türkei existierte seit Anfang der 1990er Jahre eine Konterguerilla-Einheit gleichen Namens, die von Polizei und dem Geheimdienst MIT gegründet wurde und kurdische Zivilisten auf offener Straße exekutierte.

**İmralı**
Insel im Marmarameer. Seit 1935 evakuiert und als Gefängnis benutzt. Seit dem 15. Feburar 1999 speziell für Abdullah Öcalan als einzigen Häftling umgestaltet. Militärisches Sperrgebiet, für Zivilisten unzugänglich. 2009 Neubau für zurzeit sechs Gefangene.

**Ittihad ve Terraki Cemiyeti** (Komitee für Einheit und Fortschritt, KEF) 1889 gegründete politische Organisation, die eine Ideologie des Türkischen Nationalismus vertrat. Dominierte von 1908-1918 mit Unterbrechungen die Staatsführung. Für die Planung und

Durchführung des Völkermords an den Armeniern 1915 verantwortlich.

**JİTEM**, Jandarma İstihbarat ve Terörle Mücadele
Abteilung für Nachrichtendienst und Antiterrorkampf der Gendarmerie, 1987 von der Gendarmerie gegründete Einheit, die für die Ermordung Tausender Menschen in Kurdistan verantwortlich ist (»Morde unbekannter Täter«). Die bloße Existenz dieser Einheit wurde lange Zeit von Regierungen und staatlichen Stellen geleugnet. Mittlerweile wurde in mehreren Strafverfahren bestätigt, dass JİTEM von staatlicher Seite gegründet wurde. Trotz dieser Verfahren steht die Aufarbeitung der Taten dieser Organisation noch am Anfang.

**Kurdistan-Regionalregierung**
Autonome Selbstverwaltung der Kurden im Irak, einzige international anerkannte kurdische Regierung.

**MHP** (Partei der Nationalistischen Bewegung)
Partei der Nationalistischen Bewegung, gegründet 1969, wesentliche politische Partei des türkisch-islamischen Nationalismus. Besaß zeitweise halbmilitärischen Charakter und repräsentiert die zivile Basis des Faschismus.

**Meşrutiyet**
Perioden der konstitutionellen Monarchie im Osmanischen Reich und damit der Machtteilung zwischen Sultan und Parlament. Die 1. meşrutiyet begann mit der Verfassung von 1876, die 2. meşrutiyet endete 1918. Phasen der kulturellen und politischen Hinwendung des Osmanischen Reichs zum Westen.

**Milli Görüş**
Politisch-islamische Strömung, die 1969 unter maßgeblicher Beteiligung →Necmettin Erbakans gegründet wurde. Propagiert wirtschaftlichen Protektionismus und Industrialismus. Im Rahmen dieser Strömung wurden Parteien und zivile Organisationen gegründet. Die deutsche Sektion (IGMG) steht wegen islamistischer und antisemitischer

Tendenzen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

**Mustafa Kemal Atatürk**
Osmanischer General und später Gründer der Republik Türkei. Bis zu seinem Tod Alleinherrscher. Der Kemalismus als offizielle Staatsdoktrin geht auf seine Lehren zurück.

**Nakschibendi**
Sufistische Bewegung, deren Wurzeln bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen. Im gesamten Mittleren Osten und in Zentralasien verbreitet. Seit den 1950er Jahren Einfluss auf die Staatsführung in der Türkei. Zu den Nakschibendi gehören verschiedene →tariqat.

**PKK** (Arbeiterpartei Kurdistan)
Die PKK wurde von Abdullah Öcalan und anderen Studenten am 27. November 1978 im Dorf Fis im Kreis Lice/Diyarbakir gegründet. Sozialistische Bewegung, die in den letzten 30 Jahren das Leben in Kurdistan prägte. Ihre Programmatik beruht auf Demokratie, Ökologie und Freiheit der Geschlechter.

**Said-i Nursî**
Kurdischer religiöser und politischer Führer. Gründer einer →tariqa der →Nakschibendi. Seine Nachfolger erlangten großen politischen Einfluss in der türkischen Politik. Wegen seines großen Ansehens bei Kurden wurde sein Leichnam von staatlicher Seite an einen unbekannten Ort verbracht.

**Tanzimat**
Im Wortsinn »Korrektur, Reform«. Bezeichnet die Modernisierung- und Reformperiode im Osmanischen Reich, die 1839 durch die Verlesung des tanzimat fermânı eingeleitet wurde. Damit ging eine soziale und politische Öffnung nach Europa einher.

**Tariqa**
(Mz.: tariqat), wörtlich »Weg«; bezieht sich auf ein Verständnis der Religion und ihrer Umsetzung. Mit diesem Wort werden im Islam

bestimmte Gruppierungen wie Orden, Bruderschaften oder Sekten bezeichnet. Sie besitzen gesellschaftlichen und politischen Einfluss.

# Stichwortverzeichnis

**A**

Abbasiden 76
Abraham 75
ADYÖD 120
Ahmed Sandschar 46
Ak Koyunlu 63, 79
AKP 93, 126
Alewiten 46
  alewitisch 80, 86
Alparslan 78
Anarchismus 53
Anarchisten 108
Anatolien 18, 23, 55, 60, 61, 63, 68, 78, 79, 80, 81, 129, 130
  anatolisch 85
Antike 16
Araber 23, 45, 46, 76, 77, 79, 82, 98, 100
Arabien
  Araber 23, 45, 46, 76, 77, 79, 82, 98, 100
  arabisch 29, 48, 62, 63, 68, 76, 101, 106
  arabische Sprache 46
Aramäer 23, 68, 75, 76, 82, 91, 98, 102, 103, 118
Armenier 23, 58, 68, 75, 76, 81, 82, 91, 98, 102, 103, 118, 123, 127, 129
Artukiden 63, 79
Atabek 63
Athen 16
Ayyubiden 63

**B**

Baban 80

Babeuf 50
Beduinen 76, 79, 102
Bektaschi 46
Berliner Konferenz 53
Bolschewismus 52, 57
  Bolschewisten 52
Britisches Empire 17, 18, 27, 59, 68, 80, 82, 84, 85, 91, 100
Brüssel 92
Byzantinisches Reich 63, 78, 79

## C

Çakmak, Fevzi 60
China 44, 129
Chinesen 44
chinesische Zivilisation 44
CHP 65, 86
Christen 23
Christentum 16, 34, 75, 98
Çiller, Tansu 91
Cromwell, Oliver 50

## D

Demokratie 16, 17, 18, 22, 25, 31, 32, 35, 39, 43, 44, 46, 47, 48, 54, 55, 61, 62, 64, 71, 88, 106, 108, 109, 135
  Athener 16
Demokratische Partei 61, 84
Determinismus 82
Deutschland 22, 53, 86
Diktatur 17, 18, 23
Diyarbakır 89

## E

Ecevit, Bülent 93
EGMR 94
englische Revolution 50
Erbakan, Necmettin 15, 67, 68, 92

Erdoğan, Recep Tayyip 68, 93
Ergenekon 18, 68, 69, 97, 104, 117, 128
Ersoy, Mehmet Akif 57, 67
EU 19, 66, 68, 118, 119, 124, 125, 126, 129
Europäische Union 17, 43

F

Faschismus 27, 52, 53, 54, 55, 61, 88
  italienischer 52, 53
Frankreich 27, 50, 58, 94
Französische Revolution 17, 50
Frauenbewegung 53
Freie Partei 60, 65

G

Girondisten 50
GLADIO 61, 66, 69, 84, 85, 86, 87, 88, 90, 92, 97, 104, 121, 123, 128, 129, 130
Göktürken 44
Griechen 23, 58, 68, 76, 82, 91, 98, 102, 103, 123
Großbritannien 58, 59, 60, 61, 66, 86, 92, 128
Gül, Abdullah 15, 93
Güreş, Doğan 91

H

Hethiter 60, 80
Hikmet, Nâzım 67
Hisbollah 91
Hitler, Adolf 54
Holland 50
holländische Revolution 50

I

Idris von Bitlis 63
III. Internationale 48
Imrali 93, 96, 121

Industrialismus 37, 41, 43, 47, 48, 71, 72, 77, 85, 101, 111
Inönü, Ismet 60, 68, 84
Irak 80, 85, 89, 90, 103, 104, 105, 118, 122, 123
  Nordirak 93, 105, 114
Iran 45, 63, 85, 89, 103, 105, 106, 118, 122, 129
Ischrakijun 46
Islam 16, 27, 34, 44, 45, 46, 47, 62, 67, 74, 75, 76, 78, 81, 98
Israel 29, 60, 85, 92, 129
Italien 22
italienische faschistische Partei 47, 65
ittihad ve terraki 53, 54, 55, 56, 60
IWF 66, 68
Izmir 59, 60

J

Jakobinismus 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55
  jakobinisch 49, 50, 51, 52, 55, 56, 57, 61, 64, 84
Janitscharen 128
Japan 22, 44
Jesiden
  jesidische Kurden 80
JITEM 92
Juden 23, 45, 60, 98
Jungtürken 53

K

Kapitalismus 37, 40, 41, 43, 47, 48, 52, 53, 59, 71, 72, 77, 85, 86, 99, 101, 111
Karabekir, Kâzım 60
Karahanli 45
Kara Koyunlu 63, 79
Katholizismus 53
Kaukasus 63
KCK 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 125, 130
Kemalismus 129
Kemal, Mustafa 18, 21, 48, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 64, 65, 68, 83, 84,

85, 86, 88, 91, 113, 128
Kenia 92
Kirkuk 58, 82
Kısakürek, Necip Fazıl 67
Kıvılcımlı, Hikmet 67
Komitee für Einheit und Fortschritt 47, 53, 60, 64, 81
Kommunismus 52, 56, 84, 85
kommunistisch 55
Korea 44
Kurden 19, 20, 21, 22, 23, 30, 56, 57, 58, 59, 62, 63, 68, 69, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 111, 113, 114, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 129, 130
alewitische 80
irakische 117
jesidische 80
Kurmandsch 79, 80, 89
Kurdistan 19, 21, 22, 23, 63, 78, 79, 84, 90, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 108, 111, 112, 117, 123, 129, 130
seldschukische Provinz 63
Südkurdistan 80, 93, 104, 105

## L

Laizismus 28, 34, 58, 61, 71, 86, 98
Lausanne 64
Lenin, V. I. 56

## M

Magna Charta 17
Mahmut II. 81, 128
Marx, Karl 108
Mazzini 53
Mesopotamien 23, 55, 74, 75, 80, 81, 129, 130
meşrutiyet 128
Mevlana Halit 81

Mewlana 46
Meyafarqîn 78
MHP 93
Mittelalter 46, 47, 75, 76, 77, 98, 99
Mittlerer Osten 29, 31, 32, 37, 44, 45, 46, 47, 62, 63, 75, 77, 79, 80, 85, 88, 89, 90, 92, 98, 99, 100, 104, 105, 108, 111, 118, 119, 129, 130
Monarchie 17, 85
  konstitutionelle 18
  theokratische 49
Mongolei 44
Moskau 92
Mossul 58, 82
Mustafa Kemal 18, 21, 48, 55, 56, 57, 58, 60, 64, 65, 68, 83, 84, 85, 88, 128
Mustafa Suphi 57

## N

Nakschibendi 67, 81
Napoleon 63
Nationalismus 18, 19, 24, 30, 45, 52, 53, 54, 60, 64, 77, 80, 81, 88, 106, 123
  deutscher 52
Nationalsozialismus 52, 53
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 47
Nationalstaat 17, 22, 23, 24, 26, 33, 37, 41, 43, 47, 48, 51, 52, 59, 60, 64, 71, 72, 76, 77, 80, 81, 85, 94, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 109, 111, 122
NATO 61, 66, 67, 84, 90, 92, 104, 129
Neokolonialismus 37
neolithische Gesellschaft 74
neolithische Revolution 44

## O

Oligarchie 17, 19, 66, 68, 87
Osmanen 21, 63, 76, 80

Osmanisches Reich 17, 18, 28, 53, 63, 64, 79, 81, 82, 98, 128
Özal, Turgut 15, 68, 91, 120

**P**

Pariser Kommune 51
Perser 76, 77, 98, 100
Persien
  Perser 46, 76, 77, 98, 100
  persischer Nationalstaat 62, 63, 76, 100, 101
  persische Staatstradition 76
PKK 19, 61, 62, 69, 83, 88, 89, 90, 93, 94, 95, 96, 97, 104, 105, 108, 120, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 129, 130
Positivismus 28, 30, 31, 37, 71, 82, 85, 86
  positivistisch 19, 28, 29, 36, 37, 110
  positivistische Ideologie 53, 82, 85
  positivistische Konstruktion 30
  positivistische Philosophie 29
  positivistischer Darwinismus 102
  positivistischer Dogmatismus 86, 115
  positivistische Religion 30
  positivistischer Materialismus 29
Putsch 65, 87
  1960 67, 87
  1971 67, 87, 88
  1980 67, 69, 88, 89

**R**

Realsozialismus 48, 52, 76, 95, 96, 107
Republik 15, 16, 18, 20, 21, 22, 23, 28, 33, 34, 48, 50, 51, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 91, 92, 93, 97, 104, 106, 108, 109, 111, 112, 113, 114, 116, 117, 121, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 132, 135
Republik 20
Republik, 48
Robespierre 50

Rote-Apfel-Allianz 128
Russland 58, 129

S
Said-i Nursî 57, 67, 81
Schiiten 46
  schiitisch 79, 106
Schmitt, Carl 86
Schweiz 92
Seldschuk 45
Seldschuken 21, 63, 76
  seldschukisch 45, 46, 63, 78, 81
Sibirien 44
Silvan 78
Sowjetunion 59, 61, 66, 68, 84, 85
Sozialismus 39, 76, 88
  Sozialisten 57, 59, 64, 66, 67, 86, 128
Sulaimaniya 80
Sunniten
  sunnitisch 80, 86
Syrien 103, 105, 106, 118, 122
Szientismus 27, 37
  szientistisch 19, 36

T
tanzimat 18, 28, 128
Theologie
  antike 86
  politische 86
TKP 57
Türkei 15, 18, 19, 21, 22, 23, 28, 29, 40, 43, 47, 48, 49, 53, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 69, 70, 73, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 90, 97, 103, 104, 105, 108, 111, 112, 113, 114, 117, 118, 119, 122, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130
Türken 23, 30, 44, 45, 46, 56, 62, 63, 64, 76, 77, 79, 80, 82, 83, 98, 100, 106

Turkmenen 45, 46, 62, 63, 76, 79, 102, 118
Turkmenistan 44

**U**

Umayyaden 76
UN 125, 126
USA 19, 61, 66, 68, 69, 84, 85, 86, 89, 92, 97, 104, 119, 122, 124, 125, 126, 128, 129

**V**

Vahdettin 56
Vertrag von Qasr-e Schirin 102
Vietnam 44

**W**

Wahrheits- und Versöhnungskommission 125
Washington 104
Weltbank 66, 68

**Z**

zionistische Bewegung 60

# Weitere Veröffentlichungen Abdullah Öcalans

**2000**
Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik
KIZ, ISBN: 3000057390

**2003**
Gilgameschs Erben
Atlantik, Band 1 ISBN 3926529156
Atlantik, Band 2 ISBN 3926529164

**2005**
Plädoyer für den freien Menschen
Mesopotamien Verlag, ISBN 3931885739

**2009**
Urfa – Segen und Fluch einer Stadt
Mesopotamien Verlag, ISBN 9783931885946

**2010**
Jenseits von Staat, Macht und Gewalt
Mesopotamien Verlag
ISBN 9783941012202 Paperback
ISBN 9783941012554 gebunden

**Broschüren**
Krieg und Frieden in Kurdistan
International Initiative Edition, 3. Aufl. 2011
ISBN 9783941012660

Demokratischer Konföderalismus
International Initiative Edition, 2012, ISBN 9783941012486

Mehr auf www.ocalan-books.com

**Abdullah Öcalan**

## JENSEITS VON STAAT, MACHT UND GEWALT

600 Seiten
ISBN 9783941012202
Taschenbuch 15,00 EUR

ISBN 9783941012554 gebunden
25,00 EUR

Mesopotamien Verlag

Dieses Buch ist die bisher ausführlichste Darstellung von Philosophie und Politik der PKK und der kurdischen Befreiungsbewegung aus der Feder ihres wichtigsten politischen Repräsentanten.

Öcalans Vision einer kommunal organisierten demokratisch-ökologischen Gesellschaft gab der kurdischen Bewegung wichtige Impulse und bietet Anregungen für die globale Debatte um einen neuen Sozialismus. Sein Plädoyer gegen staatliche Gewaltverhältnisse und Krieg und Gewalt zur Durchsetzung von Machtinteressen bildet ihr theoretisches Fundament. Die Prinzipien des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie werden hier erstmals ausformuliert.

»Öcalan präsentiert sich als hervorragender Kenner der europäischen Geistesgeschichte wie auch der Geschichte und Kultur des Nahen und Mittleren Ostens. Vor diesem Hintergrund reflektiert er den Stand des internationalen Systems und der Konfliktregion Nahost nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ebenso wie – sehr selbstkritisch – die Geschichte der PKK und sein eigenes politisches Handeln.«
Prof. Werner Ruf, INAMO

## Martin Dolzer

# Der türkisch-kurdische Konflikt

## Menschenrechte – Frieden – Demokratie in einem europäischen Land?

2. erw. Auflage

220 S., 20 Abb., Br. 19,90 EUR

ISBN 978-3-89144-429-0

Pahl-Rugenstein

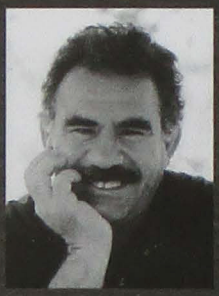
Die historischen Wurzeln heutiger Ereignisse und die Politiken der beteiligten politischen Akteure zu analysieren hilft, die Kurdistanpolitik in der Türkei verstehen zu können und Lösungsvorschläge zu bewerten.

Dieses Buch soll dazu beitragen, eine differenziertere Sichtweise des türkisch-kurdischen Konflikts zu eröffnen und das Schweigen über gravierende Menschenrechtsverletzungen und den andauernden Krieg des türkischen Militärs brechen.

Neben der praktizierten Kriegs- und Assimilationspolitik des türkischen Staates sind dabei türkischer Nationalismus, rassistische Herangehensweisen und die Rolle des Militärs genauso Thema wie das Agieren der kurdischen Bevölkerung und die Politik der kurdischen Bewegung.

In diesem Rahmen wird auch die, hauptsächlich auf wirtschaftlichen Interessen beruhende Politik deutscher und internationaler Regierungen kritisch beleuchtet.

Die skizzierten Lösungsvorschläge reichen von einigen kulturellen Zugeständnissen unter Aufrechterhaltung der Leugnung der politischen Willensäußerungen der kurdischen Bevölkerung und einer Vernichtungspolitik gegenüber der PKK seitens der türkischen Regierung, bis hin zu der, auf vielen Ebenen der kurdischen Seite und in einigen Gremien der EU diskutierten, Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Aufarbeitung des Konflikts und damit zusammenhängenden Amnestie-, Friedens- und Demokratisierungsperspektiven.



Die Roadmap ist ein außergewöhnliches Dokument. Sie bildete das Herzstück des geheimen Dialogprozesses zwischen Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat, der 2009 begann und Mitte 2011 abgebrochen wurde. Auch für alle weiteren Gespräche ist sie von zentraler Bedeutung. Öcalan definiert hier die für den Beginn eines wirklichen Friedensprozesses nötigen Schritte. Gleichzeitig skizziert er eine echte Lösung für die kurdische Frage. Jenseits traditioneller Lösungsmodelle wie Eigenstaatlichkeit oder territorialer Autonomie zeichnet er die Vision einer demokratischen Nation und einer gemeinsamen Heimat für alle Staaten, in denen Kurden leben – ja, für den gesamten Mittleren Osten. Indem er konventionelle Argumente entkräftet, schafft er Denkanstöße für sämtliche Parteien des Konflikts.

*»Die Roadmap ist großartig, wohlüberlegt, klar und überzeugend.« Hasan Hanafi*

*»Öcalan ist der Gramsci unserer Zeit.« Tamir Bar-On*

ISBN 978-3-89144-460-3

9 783891 444603

14,90 € (D)